Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

21.April 1979 Nr. 278

Erscheint wöchentlich
D 1870 CX
1,50 DM *incl. 6% MWSt.*

ALTERNATIV PRESSE TREFFEN IM

Café Oriental

Meine Damen und Herren, liebe Freaks! Beginnen wir lieber mit der WIRKLICHKEIT; – wenn wir das andere zuhaus erzählen, glaubt uns das sowieso kein Schwein. TATSACHE ist, daß auf dem letzten Treffen der Alternativpresse in Freiburg mehr gesoffen als ...▶

(Fortsetzung Seite 2)

JAHRES – RABATTMARKEN / AUSSCHNEIDEN + EINKLEBEN

1976. JAHR DES DRACHEN. SIE WERDEN VIEL RAUCH AUSATMEN. BRAVO! (10% Rabatt)	1979. DIE MARKE FÜR DAS LAUFENDE JAHR. SOFORT EINKLEBEN. (10% Rabatt)
1980. BERECHTIGT ZUM SOFORTIGEN EINTRITT IN DEN REAKTOR HARRYS(THREE HARRYS)BURG	1983 MERKE: ZUM ZEHNTEN MAL ALTERNATIV-PRESSE-TREFFEN IN **FREIBURG !!** (10% Rabatt)

✂ Zum Ausschneiden:

AUSWEIS DES ALTERNATIVREPORTERS (RASEND)

VORNE

entlang den Linien ausschneiden – zusammenkleben



(ABBILD DES INHABERS MIT PORTRÄT DER ELTERN) – MUSTER –

ALTERNAIVER PRESS AUSWEISS №

NAME .... (hier)

BERSTSCHUTZ .... (DONG!)

BERECHTIGT ZUM KOSTENLOSEN BESUCH DES OLYMP-KINOS CUXHAVEN

FÜR INTERNATIONALEN GEBRAUCH (von Plagiat + Verleumdung)

DECLARATION OF PRINCIPLES ON THE CONDUCT OF JOURNALISTS:

§§ 1 – 7 : HE WILL REGARD AS GRAVE PROFESSIONAL DUTIES THE FOLLOWING:–
PLAGIARISM.
CALUMNY, SLANDER, LIBEL AND UNFOUNDED ACCUSATIONS.
THE ACCEPTANCE OF A BRIBE* IN ANY FORM IN CONSIDERATION OF EITHER PUBLICATION OR SUPPRESSION.

*BESTECHUNGSGELD

HINTEN

auf Sperrholz kleben – aussägen

DIE BEAMTEN DER BAHNPOLIZEI WERDEN GEBETEN, DIE AUFGABEN DES INHABERS DIESES AUSWEISES ZU ERLEICHTERN.

taz-Stempel .... BUNDESBAHNDIREKTION

DIE POLIZEIBEAMTEN WERDEN GEBETEN, IN JEDER WEISE VOM BAHNSTEIG ZURÜCKZUTRETEN

taz-Stempel .... BEHÖRDE

NICHT VERGESSEN: JAHRES-RABATTMARKEN EINKLEBEN!

1969 hier kleben	**1970** hier kleben
1979 nie eben!	**1918** hier nicht
1981 dope	**1984** help!

KURZE

Hannover Adressen von Mieterinitiativen gesucht

Ein ausstud erter Architekt hat Material über den Konflikt Sozialmieter/staatliche Wohnungswirtschaft gesammelt. Er möchte es gerne Initiativen zur Verfügung stellen, die in neuen Wohngebieten, Stadtrandgebieten etc. entstanden sind. Seine Adresse: Wolfgang Voigt, Theaterstr. 13, 3000 Hannover; 0551/12443

Frankfurt Die SOVA stellt ihre Couch woanders auf

Die allseits beliebte sozialistische Verlagsauslieferung verläßt die Frankfurter Kurfürstenstraße zugunsten der ebenfalls Frankfurter Franziusstr. 44. Ferngespräche sind unter der Nummer 0611/49 07 59 möglich.

Illertissen In Illertissen war ein Haus besetzt

In Eile schickte uns ein Leser einen Ausschnitt aus den Nürnberger Nachrichten vom 7.April 1979, in dem mitgeteilt wird, daß ein sechs Tage lang besetztes Haus von, na von wem wohl, geräumt wurde. Bautrupps begannen sofort anschließend mit dem Abbruch des Hauses. Vielleicht ist es uns vom ID auf diesem Wege möglich, mit den Besetzern Kontakt aufzunehmen. Laßt von euch hören.

Lörrach Der erste Mai soll gefeiert werden

Um einen guten ersten Mai zu verleben und um denselbigen als Kampftag zurückzuerobern, sucht das Lörracher Kommunkkationszentrum noch Musiker, Theaterer, Künstler, Redner... die sich im Kommunikationszentrum Lörrach, Röntgenstr. 3, 7850 Lörrach, 07621/ 49383 noch vor dem ersten Mai melden.

Tübingen Treffen antimilitaristischer Frauen

Vom 18.-20. Mai wollen sich Frauen treffen, die sich der drohenden militärischen Gleichberechtigung von Mann und Frau widersetzen wollen. Für den kalten Versammlungsort ‚Spatzennest' werden Schlafsack und warme Kleider empfohlen. Genaueres bei Ulrike Adolph, Holzmarkt 1, 7400 Tübingen, 07071/5383

Gießen Revisionsverhandlung wegen Bubacknachruf

Am 25.4.79 findet um 11.oo Uhr im DLG Frankfurt die Revisionsverhandlung gegen Gloria statt. Grund ist der in Gießen veröffentlichte Bubacknachruf, den sie als damalige Fachschaftsvertreterin presserechtlich verantwortlich zeichnete.
Im ersten Prozeß vom Oktober 1978 vor dem Amtsgericht Gießen wurde sie freigesprochen. Die Revision kam auf Initiative der Staatsanwaltschaft Frankfurt zu stande. Da Gloria sich in der 1. Verhandlung nicht vom Inhalt des Nachrufs distanzierte – und es auch weiterhin nicht tun wird. Es wäre gut, wenn möglichst viele Leute zu dem Prozeß hinkämen.

Kontakt: Fachschaft Jura, Uni Gießen, Licherstr. 76, 63 Gießen

NEUHOF/ZENN ARBEITSMAPPE „SANFTE TECHNOLOGIE"

„Liebe Freunde,
wir möchten euch darüber informieren, daß wir mit dem Vertrieb der Arbeitsmappe „Sanfe Technologien" beginnen. Ihr könnt sie bei uns bestellen. Gegen Voreinsendung von 10,– DM (Einzelexemplar), 7,– DM (bei Abnahme ab 10 Exemplaren), 6,50 DM (Buchhandlungen) wird sie zugeschickt. Konto-Nummer 5746, Raiffeisenbank Gräfenberg/Oberfranken, Otterbach.

Kontakt: Klaus Gerlach/Peter Otterbach, Eichenmühle 2, 8501 Neuhof/Zenn

Hannover Fünftes Treffen der Paragraphenkotzer

Zum gleichen Zeitpunkt wie die antimilitaristischen Frauen treffen sich die staatsfeindlichen linken Juragruppen in Hannover. Verhandelt werden die Themen Berufsperspektive, Polizeirecht, Studienreform und Knastarbeit. Anmeldungen bei Paragraphenkotzer, Hanomagstr. 8, 3000 Hannover 91

Köln Schöne Postkarten zu erkaufen

Bei ‚Discordie' in Köln, Weyertal 13, sind zwei Postkartenserien zu erstehen. Jede der beiden hat 16 Postkarten, die eine mit Wandmalereien, die andere zeigt Motiveeines der ‚eigenständigsten spanischen Zeichner'.

Braunschweig Für bücherkaufende Frauen...

...in Braunschweig und Umgebung ist sicher wichtig zu erfahren, daß der Frauenbuchladen jetzt in der Magnikirchstr. 4 in Braunschweig zu finden ist. Telefon vorhanden: 407 44

Koblenz Knock Out für Babcock–reaktor Mülheim/Klärlich!

Bürgerinitiativen und Organisationen aus dem RAum Koblenz machen am Samstag, den 28. April einen Aktionstag gegen das Atomkraftwerk Mülheim/Kärlich. Der Reaktor in Mülheim ist von dem Babcock-Konzern gebaut, der auch Harrisbourg errichtete.
Der Aktionstag beginnt mir einer Demonstration durch die Koblenzer Innenstadt ab 10.30. Versammelt wird sich an der Rhein-Mosel-Halle.

Kontakt: Robert Burg, Hohenzollernstr. 96, 54 Koblenz.

Berlin Und noch 'ne Dokumentation

192 Seiten DIN A 4 mit über 200 Fotos und einer großen Zeichnung ist sie stark: Die Dokumentation über das „Alternative Umweltfestival Berlin" (4./.–16.7.78).
Inhalt: Was ist warum und wie gelaufen; Tips für Organisatoren ähnlicher Veranstaltungen; Hinweise für Pressearbeit und Alternativ–Technik und und und. Die Dokumentation kann für 10,– bestellt werden bei Ralph Rieth, Markgrafenstr. 85, 1000 Berlin 61, Pschkto. Bln/W. 400 37–106.

Münster Umweltzeitungstreffen vom 11. – 13. Mai

Das „Grüne Blatt" aus Münster lädt zum 2. Treffen aller Umweltzeitungen nach Altenmelle bei Osnarbrück ein. Termin: 11/13.Mai Anmeldungen an: „Grüne Blatt", c/o U. Backhaus, Diepenbrockstr. 24, 4400 Münster; oder bei Michael, Tel. 0251/392276

Dem Michael einen lieben Schmatz für die aufklappbare Karte.

Frankfurt Spendenaufruf für Ausweisungsprozeß

Der Rechtshilfefond für Ausländer bittet um Spenden. Insbesondere geht es um eine Anwaltsrechnung von 1100,68 DM, die von dem betroffenen Djala M. nicht aufgebracht werden können. Der Rechtshilfefond hat selbst schon 100,- DM eingezahlt und bittet um Einzahlungen bei der Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg, Kto.Nr. 29 927, Bankleitzahl 350 601 90 unter dem Stichwort Djalal.

Kontakt: Rechthilfefonds für Ausländer, Komitee Frankfurt, c/o ESG Lessingstr. 2, 6000 Frankfurt

Westberlin Tageszeitung zu verkaufen

Die Tageszeitung sucht nach wie vor Handverkäufer. 30% des Preises (1.–) gehören dem Widerverkäufer. Wer will, wendet sich an ‚die Tageszeitung', Wattstr.11/12, 1000 Berlin 65, Tel.:030/4631075 oder die lokale Unterstützungervereinigung.

FORTSETZUNG vom TITEL.... diskutiert wurde (von mir jedenfalls); NACKTE REALITÄT ist, daß die österlichen Delirien drei Tage anhielten und nur durch kurzen, schweißgebadeten Vollschlummer in den mittleren Morgenstunden unterbrochen wurden; mit NÜCHTERNER SACHLICHKEIT müssen wir darauf hinweisen, daß der antiabstinenzlerische Alkoholismus samt Cannabisrausch in der Alternativpresse auf der Tagesordnung steht obwohl er gar nicht auf der Tagesordnung stand.

Die Bedingungen, das Pressetreffen einmal von unten zu betrachten, waren äußerst günstig, denn schon am Eröffnungsabend sank ich trunken unter den Tisch, wo mich (- halb zog es mich, halb sank es selbst -) bereits eine umgefallene Fraktion des BLATT-Kollektivs lallend begrüßte. Laut schallten die Lieder und Trinksprüche von unten nach oben, höher und höher wuchs der Berg zärtlich ineinander verknäulter Menschenleiber heran und bildete ein famoses laokoonisches Zechgewimmel. Wein wurde bevorzugt behandelt. Weiter vorne gruppierte sich eine etwas diszipliniertere Versammlung um eine Filmleinwand mit "to have and not to have" drauf. Humphrey Bogart war dort zu sehen. Übelgenommen wurde uns, daß wir die deutschen Untertitel laut und choral mitsangen. In der mit Proviant bestens versorgten Fabrikhalle (Ort der Tagung) durfte zudem nicht getanzt werden. Immer wenn ein Bein grad einen zaghaften Hupfer riskierte, riskierte die Fabrik ihren Einsturz! So dünn ist in Freiburg die Decke! Ein Skandal, der leicht im Bodenlosen hätte enden können. Aber wir Säufer waren eigentlich ganz froh, daß wir nicht tanzen brauchten . . .

Ein gewagtes Unternehmen wurde geplant: In Genua sollen an saudumme Touristen magnetische Tirolerhüte verkauft werden. Damit gehen die dann durch die engen Gäßchen und kriegen irgendwo einen ebenfalls magnetischen Blumentopf auf den Kopf. Trefferquote 100 % – wegen der Vorteile des Magnetismus!

Dann würden die Herrschaften leider ausgeraubt werden. Beteiligt wären die Tirolerhut- Blumentopf- und Touristikbranche. Organisationsaufbau, Herstellung und Vertrieb ließe sich von pfiffigen Alternativprojektlern ohne weiteres auf die Beine stellen! – Es wurde auch prompt über gemeinsamen Papiereinkauf, Anzeigenverbund und überregionale Zusammenarbeit debattiert. Die "Tageszeitung" wurde plenar beglückwünscht: „Wir begrüßen das tägliche Erscheinen der TAZ aufs Schärfste," hieß das Telegramm, das eilig nach Berlin gekabelt wurde. Arbeitsgruppen tagten und nächtigten, draußen und drinnen, es wurde musiziert und gedichtet, draußen und drinnen, es blitzte und donnerte, draußen und drinnen und dann wurde wieder gefressen und gesoffen, dr. u. dr.

In den Wohnungen, nachts und früh, wachten mittags regelmäßig wildfremde Leute auf, die dort unmöglich eingeschlafen sein konnten, wie sie glaubhaft versicherten. Die Bettenordnung war der blanke Hohn auf die Geschlechtertrennung. Zum Frühstück gab's Eier, Nutella und Salami. Einige Leute fehlten, andere konnten sich nicht mehr an sich erinnern und manche drüngelten Tag und Nacht zum Aufbruch, weil sie immer aufs Plenum wollten, um endlich 'inhaltlich' zu saufen.

Fazit: seit Tagen schlage ich mich mit einem tiefsitzenden Kater rum, vielleicht bin ich auch zum Alkoholiker geworden. Das wird sich spätestens auf dem nächsten Treffen in Oldenburg erweisen . . .

Micky

Der Micky hat recht! So wars und das laß ich mir auch nicht nehmen. Auch nicht vom William aus Münster. Er hat uns eine Anzahl Fotos geschickt für die ich mich bedanken würde, wenn nicht zwei getürkte drunter wären. Sie zeigen ID'lerund Blatt'ler bei der Diskussion um die Tageszeitung. Das hat es, und ich war ja dabei. NICHT gegeben.

Doch das ist nicht der einzige Versuch geblieben, unsere Arbeit an diesem ID zu behindern:

Am Mittwochnachmittag, eineinhalb Tage vor Redaktionsschluß, kam ich in den ID und wurde jäh aus meinen Freiburger Träumen gerissen, und zwar von Lukas' lapidarer Bemerkung: „Irgendjemand hat gesagt, es gebe diese Woche keinen ID." Kurzum, es war wenig bearbeitet, nichts gesetzt, nichts organisiert. Nachforschungen nach Herkunft dieser Anordnung blieben – wie könnts anders sein – erfolglos. Nur eines hat sich dabei herausgestellt: Alle, aber auch alle, die in Frankfurt geblieben sind, haben sich daran gehalten – und ausgerechnet all die anderen waren in Freiburg oder sind im Urlaub.

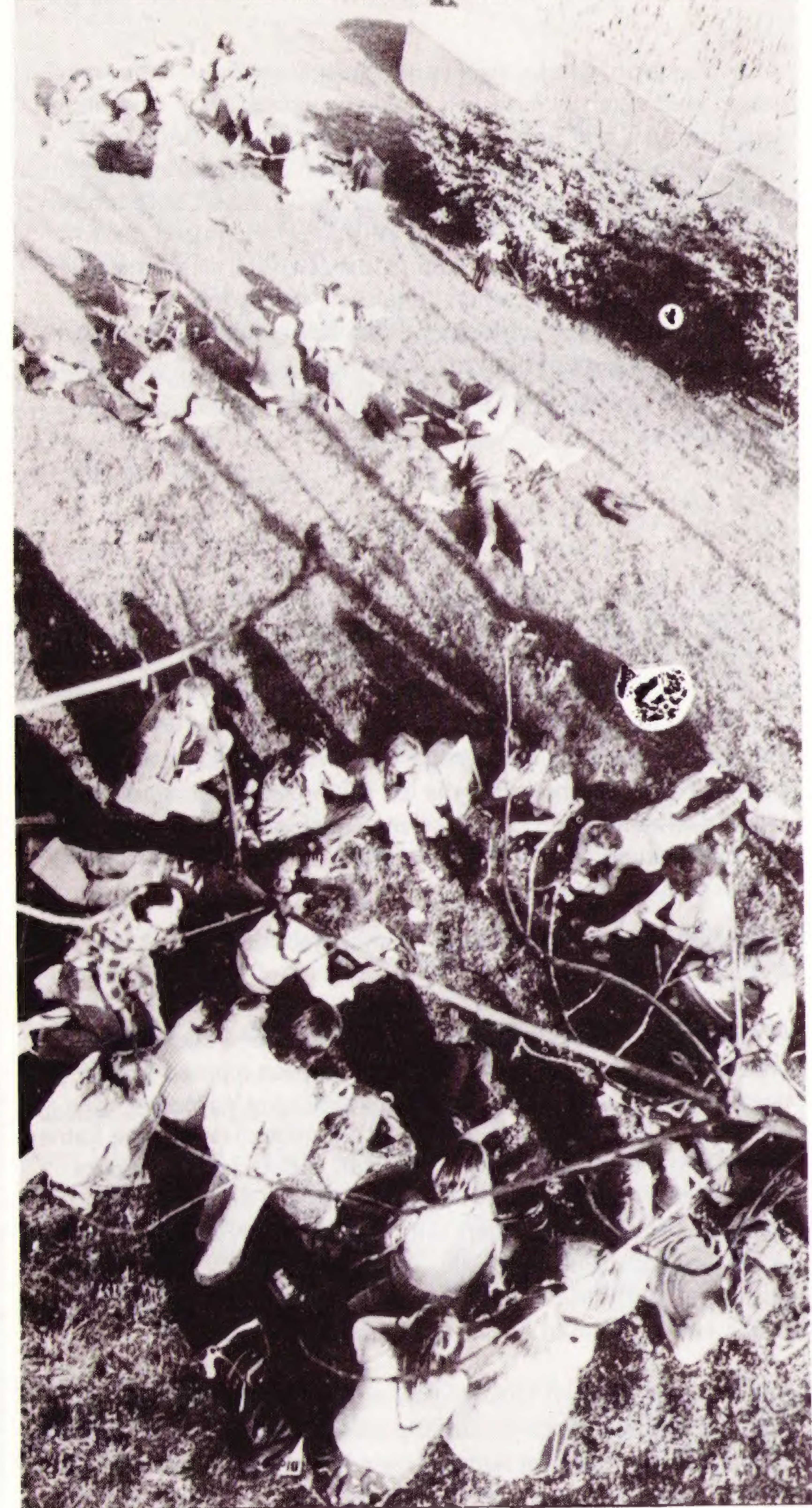
Und dann gibt es seit Dienstag diese TAGESZEITUNG ja täglich und da ist es schon zweimal passiert, daß die am nächsten Tag genau das gebracht haben, was wir am abend zuvor für den ID fertiggemacht haben. Wenn dahinter keine Absicht steckt!

Frieder

(Vielleicht ein Fall von alternativer Medienspionage mit Einsatz von telepathischen Mitteln? ? Die Setzerin)



TAZ-Diskussion auf dem Treffen der Alternativpresse



Auch in Freiburg: Arbeitskreis alternativer Anspruch und Realität

P.S. (WICHTIG)

Bei dem Treffen in Freiburg ist den Veranstaltern ein Defizit von 1000 DM entstanden. Das kommt zu einem wesentlichen Teil davon, daß die Leute, die erst Samstag ankamen, nicht mehr den Teilnahmebeitrag bezahlt haben. Die Stadtzeitung bittet diese Teilnehmer, 20,– DM auf ihr Konto zu überweisen:

Stadtzeitung für Freiburg Verlag GmbH
PSchKto. Karlsruhe 1499 69 – 750
Sparkasse Freiburg Nr. 206 5926 (BLZ 680 501 01)

Wie sie das restliche Geld eintreiben wollen und welche Erfahrungen sie mit der Organisation gemacht haben, wollen sie nächste Woche schreiben. Dann erscheint auch die Liste der in Freiburg vertretenen Zeitungen. Zeitungen, die sich dort nicht eingetragen haben und noch drauf wollen, können uns noch schnell schreiben oder anrufen.

Frankfurt Den Mann mit dem Sack gibt es noch

Zum täglichen Erscheinen der TAZ: die Broschüre über den Diskussionsverlauf des letzten Jahres ist noch zu haben. „Das obskure Objekt unserer Begierde" gibt es in allen linken Buchhandlungen. Für alle, die wissen wollen, was intern abgelaufen ist.

EINE SCHEISS-STIMMUNG

EINE SCHEISS-STIMMUNG

EINE SCHEISS-STIMMUNG ist in den letzten drei Wochen öfters im ID anzutreffen gewesen.
Du kommst dir einfach blöd vor, wenn du alleine oder mit ganz wenigen Leuten vor Bergen von

(kreuz irgendwas an) ..... Redaktionspost
..... fertigen, ungesetzten Manuskripten
..... Korrekturfahnen
..... zu versendenden ID's
..... usw
..... usw

herumstehst oder sitzt.
Gründe wie Urlaub, Häuserrenovierung, gebrochene Beine sind ja allen klar (obwohl ich's auch Mist finde, wie wenig die Betreffenden überhaupt Bescheid sagen, wann sie kommen und wann nicht), aber warum springen nicht andere für die Fehlenden ein, kommen neue Leute, machen was? ? ? ?
Ich denke, es gibt eine allgemeine Abwartestimmung gegenüber und wegen der TAZ. Sie erscheint jetzt, täglich aber stumpf, mit Basismeldungen, aber nur wegen Journalistenmangels, gesichert aber wer weiß ob für zwei, drei oder zweihundert Wochen. Sie macht den ID überflüssig, was Nachrichten, pure Meldungen betrifft. Ob sie ihn überhaupt überflüssig macht, weiß keiner. Wenn ich die TAZ angucke, habe ich das Gefühl, da ist ein Vakuum: jeden Tag, denke ich, können sieben oder acht Leute mal zusammen frühstücken und sagen: wollen wir nicht heute mal der TAZ was Gutes tun, ihr nämlich ein neues Gesicht (nein überhaupt ein Gesicht!) geben, sei es das einer linken Rundschau oder eines täglichen ID oder einer Freakzeitung oder was immer? !?
Und das wäre eine Revolution oder ein Putsch oder... Jedenfalls würde es dem ID Klarheit verschaffen. Denn die TAZ, wie immer sie aussieht, ist halt ein Riesending, und daß wir uns ungewollt daran orientieren, ist nur logisch.
Das kann ein Abwartestadium geben, vielleicht ein Vierteljahr, und das schmeckt mir nicht. Ich will was davon haben, daß es die TAZ gibt, ich erwarte mir davon ein Befreiung im ID, und zwar sofort. (Ebenso hat sich unser hervorragender Kollege Frieder Kern soeben geäußert; Applaus.)

Und wie?

Ich denke, die reinen Informationsdinger sollten wir zwar noch bringen, aber viel öfter als „Kurze", schlicht hintereinander, ohne große Überschriften usw. Viele quasi-offizielle Dinger, also wo die linksradikale Szene in die offizielle Mediensprache reinreicht (Presseerklärungen von Bürgerinitiativen, Rechtsanwälten, etc.) nimmt uns die TAZ ab; wir sollten sie schlicht nicht mehr oder nur noch ausnahmsweise bringen; das wäre ein Bruch für viele alte ID-„Kunden", aber wir geben ihnen dafür eine neue Chance: Tell It Like It Is Baby – But Use Your Own Words. Denn die Sprache der Presseerklärungen ist halt nicht ihre eigene Sprache, sondern ent-eignete. Das können wir jetzt lauter sagen, seit's die TAZ gibt. Den Betroffenen das Wort – und nicht dieses Schappi, was die Presseerklärungen sind, aus den weit geöffneten Mündern gelockt. Das bedeutet vor allem: mehr Interviews, Gespräche; ein bißchen Zeit dafür fällt ja vielleicht ab, wenn die Presseerklärungen nicht mehr bearbeitet werden müssen. – Und schließlich: der ganze Minderheiten-, Freak-, geschlossene Abteilungen-Bereich wird von der TAZ vernachlässigt, und zwar wie ich vermute, systematisch, d.h. sie fürchten, daß die erwarteten Volksmassen von ihnen abfallen, wenn sie zuviel Knast und Psychiatrie und Bömbeler und Päderasten und Indianerkommunen und lustvertonte Arbeitslose zu Wort kommen lassen. (Am schlimmsten ists im Betriebsteil, es kommt mir vor, wenn du nicht die deutsche Staatsbürgerschaft seit vierzig Jahren, das Gewerkschaftsbuch seit fünf Jahren und das dreizehnte Monatsgehalt seit zwei Jahren hast, kommst du denen gar nicht ins Visier. Darum: Her mit den Taxi-Freak-Me-

moiren!) — Ja, noch was: der Bilderdienst. So ein Mist. Je mehr Ansprüche, professionelle Höhen zu erklimmen (oh Gott was hammer uns genervt!), desto tiefer der Fall in die Unverbindlichkeit und bis hin zu Gerüchten, das ganze Ding sei in Frieden hingeschieden. Es war einmal...: ... ein guter Ansatz, übers Medium „Text" hinauszukommen, mit Bildersprache (die TAZ redet von Körpersprache, wo kein Fünkchen Realisierung dahinter schlummert! eine Frechheit) ein vielseitigeres Betroffenenmedium zu schaffen — und wir sollten ihn unbedingt weiterführen. Und zwar wieder im ursprünglichen Sinn: Daß Leute Bilder schicken, sogenannte Amateure.

Wenn das ein Magazin ist, bin ich für ein Magazin. Wenn sich die TAZ und viele, viele andere bürgerliche und Alternativblätter unsere Geschichten holen, bin ich für eine Presseagentur. Hauptsache, es läuft kein Journalismus, kein „Schreiben über ..." statt „von". Vielleicht sollten wir stärker, provozierender, den Begriff „Leserzeitung" verwenden, Läserzeidong — für Schwaben übersetzt.

Richard, im ID — Traum/Tagebuch

" DIE BÖMBELER STOPPEN — "

Über den Umgang mit Kommando-Meldungen

Frankfurt/Zürich 21. März *Der "Zeitdienst zur sozialistischen Information und Diskussion" ist sozusagen der Schweizer ID. Er erscheint wöchentlich, allerdings nur mit 8 Seiten. In seiner Nummer 10 vom 9.3. druckte er auszugsweise und mit eigenen Kommentaren versehen die Erklärung von Gruppen, die Bombenanschläge auf die Atomkraftwerke Kaiseraugst und Leibstadt verübt haben. Dies gab einem Leser zu einem empörten Leserbrief Anlaß. In seiner Nummer 11 vom 16.3. druckte der Zeitdienst daher den Leserbrief mit einem Redaktions-Vorspann ab. In dem Vorspann steht ziemlich viel vom Selbstverständnis der Zeitdienst-Redaktion. So schreiben sie z.B.:* **'Wir verstehen uns als Informations- und Diskussionsforum. Wir sind kein Dokumentationsdienst. In der BRD gibt es einen solchen, den ID (Informationsdienst zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten). Auch dieser ist nicht umfassend, die politische Linie der Macher bestimmt dort die Auswahl. Deshalb haben wir aus den Pressemeldungen der Kaiseraugst- und Leibstadt-Bömbeler nur das abgedruckt, was uns wichtig schien, um unsere Meinung wiedergeben zu können."** *Naja, und noch so ein paar Sachen in dieser Richtung. Eine Frankfurter Zeitdienst-Leserin und ID-Mitarbeiterin hat sich eines Leserbriefes nicht enthalten können:*

Redaktion Zeitdienst, Postfach 195, 8025 Zürich

Kommando-Meldungen, Macht, Zensur

Ihr lieben Zeitdienst-Leute: ich war ja ganz schön geplättet, nachdem ich den ersten Artikel im ZD 11 vom 16.3. gelesen hab.

Mir gehts weniger um die Leserbrief-Auseinandersetzung auf euren Artikel im Zeitdienst davor, "Die Bömbeler stoppen". Als teilweise recht leidgeprüfte ID-Mitarbeiterin hab' auch ich mein gespaltenes Verhältnis zu Kommando-Meldungen. Der ID hat sich denn ja auch viele Proteste und Verurteilungen zugezogen damit, daß er ebendiese Kommandomeldungen nur auszugsweise abgedruckt oder nur in einer Erklärung erwähnt hat. Glücklich waren wir im ID nie damit, auch wenn wir für uns erstmal keine andere Möglichkeit sahen, als Teile aus solchen Meldungen rauszustreichen. Und jeder solchen Zensurentscheidung gingen Diskussionen mit ziemlich vielen Fürs und Widers voraus.

DASS ihr also eine solche Zensur ausübt, ist dabei nicht so sehr mein Problem, sondern: WIE ihr sie ausübt und begründet. Und eure Bemerkungen dazu haben mich doch schon sehr geschockt. Für meine Begriffe drückt sich da eine für mich sehr bedenkliche Selbstüberhablichkeit und Arroganz aus, die mir ganz schön die Spucke wegbleiben läßt. Ich zitiere mal:

"Wir vom ZD können uns eine Gesellschaft wie die unsere — sie IST kompliziert und es wird sich nicht alles rückgängig machen lassen, was sie kompliziert macht — ohne Leute, die Macht ausüben, nicht vorstellen. Macht ausüben allerdings aufgrund eines definierten und beschränkten Mandates, unter ständiger Kontrolle durch die "Massen" — und es wird sich nicht verhindern lassen, daß Machtträger versuchen werden, die Macht zu behalten . . . Eine machtfreie Gesellschaft, wie sie unser Leserbriefschreiber andeutet, können wir uns schwer vorstellen. Konkretes Beispiel: In der Frankfurter Spontiszene gibt es keine festen Institutionen (das stimmt nicht ganz, auch dort gibt es Zeitungen, Buchhandlungen usw.) und doch gibt es Leute, die seit Jahren mehr zu sagen haben als andere, UNKONTROLLIERT.

DIE WUT ALS VORDRUCK

Abgebildet: Pressemitteilungen im Original

pressemitteilung

am 28.2.79 wurden von uns folgende scheiben eingeworfen und mit der aufschrift: weg mit der trennscheibe versehen:

quelle, karl-marx-str., 1000 berlin 44
kundenkreditbank, karl-marx-str., 1000 berlin 44

all diese zerstörten scheiben drücken unsere wut über die zusätzliche isolierung unserer genossen und genossinnen, unserer brüder und schwestern in den knästen durch die trennscheibe bei besuchen aus.

pressemitteilung

am 12.3.79 wurden von uns folgende scheiben eingeworfen und mit der aufschrift: weg mit der trennscheibe versehen:

kaiser's , reichenbergerstr. , 1000 berlin 36
bilka, kottbusser damm, 1000 berlin 36
quelle, karl-marx-str. , 1000 berlin 44

all diese zerstörten scheiben drücken unsere wut über die zusätzliche isolierung unserer genossen und genossinnen, unserer brüder und schwestern in den knästen durch die trennscheibe bei besuchen aus.

pressemitteilung

am 24.3.79 wurden von uns folgende scheiben eingeworfen und mit der aufschrift: weg mit der trennscheibe versehen:

bank für handel und industrie tempelhofer damm
sparkasse der stadt berlin west 1000 berlin 42

bauhaus, borussiastr., 1000 berlin 42

all diese zerstörten scheiben drücken unsere wut über die zusätzliche isolierung unserer genossen und genossinnen, unserer brüder und schwestern in den knästen durch die

Wenn wir von der LINKEN oder DEN LINKEN sprechen, so meinen wir Leute, die in etwa dieselben Ansichten haben wir wir. Wer dazu gehört, entscheiden wir, dieses Recht lassen wir auch anderen (Gruppen oder Einzelnen). Ebenso entscheiden wir, als Redaktionskollektiv, was für die Linke gut ist oder sein könnte. Wenn wir dies nicht tun würden, könnten wir es ebensogut sein lassen, eine Zeitung zu machen."

Um mal von vorn anzufangen: ich hab' ja nun keine Illusionen bezüglich machtfreier Gesellschaft und Umwälzung unserer Gesellschaft zu einer solchen. Und mir ist klar, daß mit dem Innehalten einer Institution auch innerhalb der Linken Machtausübung verbunden ist – und das manchmal nicht zu knapp. Konkret heißt das bei der Herstellung einer linken Zeitung: Zensurausübung. Ich will überhaupt nicht in Abrede stellen, daß durch Artikel- und Informationsauswahl, durch einfaches Bearbeiten eines zugesandten Textes bereits Zensur ausgeübt wird. Obwohl ich heilfroh bin, daß der ID über sein Konzept der Betroffenenberichterstattung – das sicherlich nicht überall anwendbar ist – Zensurausübung auf ein ziemlich geringes Maß zurückgeschraubt hat.

Zensur unter Kontrolle?

Trotzdem kann für mich Zensur- und Machtausübung von Linken nur vor dem Hintergrund einer fortwährenden und immer wieder neu diskutierten Problematisierung solcher Zensur- und Machtausübung laufen. Mein Traum, meine Vorstellung und meine Illusionen von einer machtfreien Gesellschaft war die Grundlage für meine politische Identität, Triebfeder meines politischen Handelns. Ohne diese Vorstellungen wüßt' ich überhaupt nicht, warum ich Linke sein sollte, wofür ich kämpfen sollte. Ich kann mir – rein von meinen Vorstellungen her – durchaus eine Gesellschaft ohne Leute, die Macht ausüben, vorstellen. Und mich erschreckt eure resignative Haltung: Macht wird überall ausgeübt, ist halt so, kann man nix dran machen, muß man halt seh'n, wie man damit umgeht. Das geht bis dahin: es wird sich nicht verhindern lassen, daß Machtträger versuchen werden, die Macht zu behalten. . . Hinter dieser vordergründig so realitätstüchtigen Erkenntnis verbirgt sich für meine Begriffe schon der erste Keim für die Entschuldigung dafür, daß man auch selbst, als Träger einer noch so kleinen Macht, versuchen wird, diese Macht zu behalten. Und das stimmt mich doch bedenklich, weil es für mich nicht angehen kann, mich im mir möglichen Rahmen mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu arrangieren, sondern für mich geht es darum, die Grundfesten dieser repressiven Gesellschaft – und Macht ist DIE wichtigste Grundfeste – radikal infrage zu stellen, auch wenn ich dabei gleichzeitig mich selbst mit infrage stellen muß.

Jetzt werdet ihr auf euren Zusatz hinweisen: **"Macht ausüben allerdings aufgrund eines definierten und beschränkten Mandates, unter ständiger Kontrolle durch die Massen..."** Ihr habt die Massen schon selbst in Gänsefüßchen gesetzt, denn mal ehrlich: wo sind denn in der augenblicklichen Wirklichkeit der Linken die Massen, die sie kontrollieren? Ich weiß nicht, ob das in der Schweiz so erheblich anders ist als in der BRD, aber für den ID sind die Massen, die ihn kontrollieren, nicht in Sicht. Macht ihr euch da nicht ein bißchen was vor?

Die absoluten Schwierigkeiten krieg' ich dann allerdings mit dem, was dann folgt: Linke sind für uns die Leute, die dieselben Ansichten haben wie wir; wir bestimmen, wer für uns zur Linken gehört; wir entscheiden, was für die Linke gut ist. Falls ihr – nach nochmaligem Nachdenken – das so für euch aufrechterhaltet, dann schlage ich vor, daß ihr euren Titel ändert in: Zur sozialistischen Information und Diskussion in UNSEREM Sinne.

Lieber öffentlich streiten als klammheimlich schneiden

Leute, überlegt doch mal, was ihr für eine Funktion habt! Ihr mach doch den Zeitungsdienst nicht für euch selbst und vielleicht noch ein paar Leutchen um eure Redaktion herum, sondern ihr macht das Blatt für die gesamte Schweizer Linke, wenn ich das recht verstehe, und für Teile der übrigen deutschsprachigen Linken mit. Woher nehmt ihr, als kleiner Ausschnitt dieser Linken, denn das Recht, so schwerwiegende und weite Teile der Linken einfach ausschließende, mindestens aber bevormundende und irgendwo auch manipulierende Beschlüsse zu fassen. Zur Linken gehören für mich nicht nur die Leute, die ähnliche, oder wie ihr sagt: in etwa dieselben Ansichten haben wie ich. Ich kann doch nicht all die anderen, die erheblich andere Ansichten haben, sich aber auch als Linke begreifen und definieren, mit einem Federstrich wegwischen, weil ich von Hohen Gnaden mal so bestimme, daß die für mich nicht dazugehören. Wenn das eine Person für sich macht, dann find' ich das schon schlimm genug, aber wenn das eine Redaktion einer Zeitung für die Linke macht, dann krieg' ich da ein bißchen Angst. Sicherlich ist die Auseinandersetzung mit Linken, die nun mal total andere Vorstellungen haben, nicht besonders erfreulich, und ich kann ihr als einzelne Person vielleicht aus dem Weg gehen – aber doch nicht als Institution der Linken so darüber hinwegtrampeln, wie ihr das in euren Äusserungen tut. Ich meine damit nicht, daß man hinter den anderen herrennen und wegen der Ausgewogenheit stets und ständig deren Positionen im eigenen Blatt bringen soll. Mit Auseinandersetzung meine ich nicht die unkritische Wiedergabe anderer Positionen. Aber mindestens dann, wenn andersmeinende Linke sich z.B. an den ID wenden, dann muß dessen Redaktion sich damit auseinandersetzen und ihre Auseinandersetzung für den Leser auch öffentlich machen. Und nicht sagen: na, das sind aber keine Linke, das ist auch gar nicht gut für die Linke, das kommt mir nicht in mein Blättchen!

Daß ihr den Leserbrief gebracht habt und ein bißchen darauf eingegangen seid in einem Vorspann, hat bei mir weniger den Charakter einer Auseinandersetzung erweckt. Ich krieg' das eher so rein, als wolltet ihr an diesem Exempel mal statuieren, was ihr in Zukunft ein für allemal nicht mehr macht. Und als wolltet ihr den Briefschreiber gleichzeitig denunzieren. Mir gehts – wie gesagt – nicht um die Diskussion darüber, was ihr in diesem konkreten Fall hättet bringen müssen und nicht gebracht habt und welche Formulierung in diesem Zusammenhang nicht so ganz glücklich war und welche nicht. Mir gehts um euer Selbstverständnis, das sich in den von mir zitierten Sätzen ausdrückt, und das ich recht bedenklich finde. Ich verbinde damit für mich keine Bewertung des Zeitdienstes als Zeitung.

Also auf bald, im Strandcafe! *

Daß ihr euch dann bei all dem ausgerechnet noch auf die Frankfurter Spontiszene beruft, bringt mich ja beinahe auch auf die Palme. Ihr könnt euren Lesern ja viel über die Frankfurter Spontiszene erzählen, wenn sie hauptsächlich in der Schweiz leben! ERstens stimmt für meine Begriffe nämlich diese Einschätzung nicht, die ihr da bringt, – und da bin ich recht sicher, daß das auch noch mehr Linke aus der Frankfurter Spontiszene finden. Und zweitens finde ich das euren Lesern gegenüber ziemlich elitär, mit Argumenten zu kommen, die sie nicht nachprüfen können, weil sie einfach nicht wissen, um was es geht. Jeder, der die Frankfurter Szene nicht kennt, muß sich minderbemittelt und hoffnungslos "out" vorkommen: die Frankfurter Spontiszene muß man aber kennen! Und selbst wenn in Frankfurt seit Jahren Leute unkontrolliert mehr zu sagen hätten als andere: ist das denn am Ende ein Argument für die Aufrechterhaltung solcher Zustände? Sollten da nicht lieber tausend antiautoritäre Züricher hier in Frankfurt einbrechen und solche patriarchalischen Strukturen mal knacken. . .?

(Übrigens: ich spreche hier nicht für das ID-Kollektiv insgesamt).

Mit solidarischen Grüßen: Renate

**"Strandcafe": liegt an der Koselstraße, ständiger Aufenthaltsort Frankfurter Spontis, soweit sie nicht in der "Batschkapp" herumhängen — 395,5 km vom Pinkus weg.*

schlupfwinkel

VON DER SCHWIERIGKEIT, SICH IN EUROPA FREI ZU BEWEGEN

Frankfurt, 10. April

Wir, Tom und Frieder, sind letztes Jahr im Dezember nach Irland gefahren, um Urlaub zu machen, um Pilze zu essen und Bier zu trinken. Bei unserer Ankunft in Rosslare (das ist der Hafen, wenn man mit dem Schiff von Frankreich kommt) wurden wir von den Einwanderungsoffizieren drei Stunden lang festgehalten und mit unsinnigen Fragen bombardiert – wieviel Geld wir dabei

unsere Fachabteilung
von der Planung bis zur Durchführung.



Preiswerter Irland-Urlaub für junge Leute, Schüler und Studenten mit oft kleinem Budget. Zum Beispiel mit Jugend- und Studentenzügen über London für Studenten und junge Leute bis 26 Jahre. Buchung in allen Jugend- und Studentenreisebüros. Bis zu 50% Ermäßigung (bis 23 Jahre) mit dem „Inter Rail Pass".
In Irl... 50% Ermäßigung für Schü...
in Bahn und B...

hätten, wo wir hinwollten, ob wir Leute kennen, ob wir schon mal in Irland waren. Diese Verhöre fanden in getrennten Räumen statt. Die bürokratischen Hohlköpfe suchten dann in gemeinsamen Gesprächen nach Widersprüchen, die im weiteren Verlauf der Verhöre eingebaut wurden. Formulare mit dem schlichten Titel 'Einreiseverweigerung' wurden durch die Gegend getragen.

Nach verschiedenen Telefonaten und geheimnisvollen Gesprächen und einer freundlich gemeinten Bemerkung, daß man ja nur seine Pflicht tue, wurden wir ins Land entlassen. Da wir beide, zusammen mir anderen schon einmal nicht in ein Land – nämlich nach Belgien – einreisen durften, wäre es nur recht und billig gewesen, wenn wir einen Bericht für unsere Hauszeitung geschrieben hätten, über diese elenden Pflichtigtuer an den Grenzen der Welt. Wir haben aber keinen geschrieben.

Im folgenden veröffentlichen wir einen Bericht eines Menschen, dem die Einreise nach Irland verweigert worden ist:

"Ich kam von Frankfurt via Amsterdam am 27.3.79 in Dublin/Airport um 20.15 Uhr an. Bei der Paßkontrolle schaut der Immigration Officer in ein dickes Buch (mit handschriftlichen Eintragungen). Er sagte, ich solle hinten in der Halle Platz nehmen, er habe noch einige Fragen an mich. Als alle anderen Passagiere durch die Paßkontrolle sind, außer 6 griechischen Seeleuten, die zunächst wie ich warten mußten, kam der Immigration Officer, fragt, wie lange ich in Irland bleiben wolle und was der Zweck meines Aufenthaltes sei.

Ich antwortete: "Ein paar Tage Ferien - bis Freitag!" Er will wissen, ob ich ein Rückflugticket habe. Ich verneine. Mein Flugticket. Ich reiche es ihm. Dann geht die Fragerei weiter: "Geld!" Ich zähle ihm das Geld vor: 590 DM in Scheinen, mehr als 10 DM in Münzen. Er zählt das Geld nach, gibt es mir zurück und sagt: "Okay." Ich frage, ob ich nun meinen Ausweis haben könne. Er fragt mich, ob ich nicht schon einmal nicht einreisen durfte. Ich bejahe seine Frage. "Ich habe einige Auskünfte über Sie einzuholen", fährt er fort. "Folgen Sie mir in den Warteraum." Ich antworte: "Nein, ich gehe nicht in diesen Warteraum, ich war dort schon einmal mehrere Stunden eingesperrt, ich möchte diese Erfahrung nicht wiederholen."

(Ich bin bereits im Dezember 1977 am Dublin/Airport aufgehalten worden, war in diesem Warteraum mehr als 3 Stunden eingesperrt, war schließlich zur Fitzgibbon Street Garda Statin gebracht, in eine Zelle gesteckt und am nächsten Morgen nach Deutschland abgeschoben worden. Begründung damals: "You are not in a position to support yourself" – heißt im Klartext: zu wenig Geld. Ich verfügte im Dezember 1977 über 250 DM; von meinen Eltern oder von Freunden mir telegrafisch Geld schicken zu lassen, wurde mir nicht gestattet.)

Bissig antwortete der Immigration Officer, daß ich dann eben in der Kälte stehen bleiben solle. 5 Minuten später hat er es sich offensichtlich anders überlegt, er herrscht mich an, er könne keine Anfragen über mich anstellen, wenn ich in der Halle immer auf und ab liefe. Ein zweiter Immigration Officer fragt mich, ob ich jemals in England gewesen sei. Ich antworte: "Ja, ca. 10 mal!" Er fragt, ob ich nie abgeschoben worden sei. Ich antworte nein, nie. Er schüttelt sichtlich erstaunt den Kopf und will dann wissen, ob ich vielleicht meine politische Haltung seit dem letzten Englandaufenthalt geändert habe. Ich antworte: Nein.

Mehrfaches Fragen, wielange ich noch warten müsse, hat immer nur die stereotype Antwort: "Wir haben in Ihrem Fall noch Nachforschungen anzustellen." zur Folge. Man erklärt mir, das lange Warten habe ich nicht den Immigration Officers zu verdanken, sondern der ganzen bürokratischen Prozedur; da ich schon einmal abgewiesen worden sei, müssten nun diejenigen ausfindig gemacht werden, die das letzte Mal die Entscheidung gefällt hätten und das sei zu so später Stunde schwierig.

Bis 22.45 Uhr werde ich in Ruhe gelassen. Dann kommen vier Immigration Officers und verkünden, daß mir die Einreise

verweigert wird und daß ich jetzt in den Wartesaal müsse. Ich verlange die Begründung für das Einreiseverbot. Sie antworten, daß ich diese gleich schriftlich bekommen werde. Ich sage, gut, dann warte ich weiter hier, ich habe bereits erklärt, warum ich nicht in diesen Warteraum gehe. Sie stürzen sich auf mich: "Sie sind Gefangener." Sie packen, zerren, treten, schlagen mich: "Wir werden dich schon bewegen." Einer zerrt mich an den Haaren, die anderen packen mich irgendwo am Körper. Ich schreie und strample.

Im Warteraum schmeißen sie mich auf den Fußboden, ich knalle mit dem Hinterkopf auf. Sie reißen mir den Mantel vom Leib, zerren an meiner Weste, an meinen Stiefeln, drohen mir, mich zu entkleiden. Sie fordern mich auf, aufzustehen, zerren mich hoch. Da ich von diesen Herrschaften nicht angefaßt werden möchte, sage ich: "ok, ich leere meine Taschen aus!" Ich leere sämtliche Taschen. Sie wollen, daß ich die Stiefel ausziehe. Es geht ihnen nicht schnell genug, sie reißen sie mit von den Füßen. Ich verspüre starke Kopfschmerzen. Zwei Herren tasten mich von oben bis unten ab, mehrfach.
Dann muß ich meine Tragetasche ausleeren.

Nachdem sie nicht gefunden haben, was sie interessierte, darf ich alles wieder einpacken, Weste und Stiefel wieder anziehen. Die vier Herren geben sich jetzt freundlich. 2 verlassen dann den Raum. Minuten später kommen zwei jüngere Herren — offensichtlich keine Immigration Officers. Ich ignoriere alle, nachdem ich gesagt habe, ich rede nur noch mit einem Anwalt, dem deutschen Botschafter oder einem kompetenten Botschaftsangehörigen.

Die neu aufgetauchten Herren machen sich erst mal lustig, sagen, sie würden keinen Botschafter sehen. Sie versuchen dann, mich auszufragen. Warum sind Sie hier? Wohin wollen Sie? Wie lange? Zu wem? Wen kennen Sie in Irland? Haben Sie hier Freunde?

Ich antworte: "Ich habe hier keine Freunde, kenne nur Plätze und Namen von früheren Aufenthalten zwischen Donegal und Killarney und aus der Presse."

Sie: "Welche Namen?"

Ich: "Jack Lynch, FitzGerald."*

Sie versuchen, diese Antwort plump aufzugreifen und wollen wissen, woher ich Jack Lynch kennen würde. Ich antworte, daß ihn jeder kennen würde. Ich wiederhole, daß ich jemanden von der Botschaft sprechen möchte, da ich hier, ohne daß jemand davon Kenntnis hat, festgehalten würde, daß dies meiner Meinung nach illegal sei und ich darüberhinaus getreten und geschlagen worden sei, daher jetzt starke Kopfschmerzen habe.

Sie: "Wer hat geschlagen und getreten? Wenn wir dich geschlagen hätten, würdest du den Mund nicht mehr aufmachen. Zeig doch irgendwelche Zeichen davon."

Ich antworte, es sei hinlänglich bekannt, daß man Gefangene auch schlagen und treten könne, ohne äußerlich sichtbare Spuren zu hinterlassen, daß ich ihnen das ja nicht sagen müsse, sie wüßten das sicher besser als ich.

"Wir treten dich in den Arsch und dann aus dem Land." ist ihre Antwort, "so Typen wie dich kennen wir." Mit Sachen wie Polizeibrutalität solle ich ihnen gar nicht erst kommen, dies Thema sei vorbei. Ich könne mich ja an die hervorragende deutsche Justiz wenden oder gleich nach Straßburg zum Human Rights Court. Sie sagen, ich sei so nervös, rauche zuviel, warum?

Sie: "Was macht dein Vater? Industrieller, Politiker, arbeitet er in einem Bordell?"

Einer sagt mir, er wisse alles über mich. Ich bin neugierig und frage: "So bitteschön, was denn?"

Er grinst nur und wiederholt: "Wohin willst du, wen kennst du? Namen?" Ich antworte nur: "Ich möchte jemanden von der Botschaft sprechen."

* (Jack Lynch, FitzGerald: zwei irische Präsidenten)

Schließlich verlassen die beiden Herren den Raum, ein Immigration Officer geht ebenfalls. Ich bin nur kurz allein mit einem Herren, dann wird ein zweiter Herr gebracht, da man mir nicht trauen könne. Ich rede kein Wort mehr.

Schließlich betreten wieder mehrere Herren den Raum und bringen mir die schriftliche Begründung für die Einreiseverweigerung. Ich möchte wissen, was in den European Communities (Aliens) Regulations steht. Sie antworten, sie müßten mir keine weiteren Details geben. Ich möchte die deutsche Botschaft anrufen. 6 Herren begleiten mich in einen anderen Raum, einer gibt mir eine Telefonnummer — bei der deutschen Botschaft ist natürlich um diese Zeit (24.00 Uhr) niemand mehr, nur ein Anrufbeantworter.

Ich werde anschließend ins Freie gebracht und in ein Auto gesteckt. In der Fitzgibbon Street Polizei-Station werde ich sofort in eine Zelle gebracht. Ich verlange eine wärmere Zelle, Minuten später wird mir ein Heizgerät gebracht. Ich verlange, einen Anwalt zu sprechen. In der 'Irish Times' vom 27.3. stand ein Artikel über den Anwalt Miles Shevlin, von dem ich früher schon gehört hatte. Ich bat, Herrn Shevlin anrufen zu dürfen. Der Polizeibeamte sagte, er werde dies tun. Um 0.55 Uhr kommt er zurück in die Zelle und sagt, er habe Myles Shevlin erreicht, dieser würde nicht kommen, wüßte aber, daß ich die Garda Station um 8.45 Uhr am Morgen verlassen würde.

Um 2.00 Uhr lege ich mich hin. Kurz darauf muß ich mich zweimal kurz übergeben, einmal ist etwas Blut in dem Erbrochenen. Ich klingele. Zwei Polizisten kommen. Ich fordere einen Arzt. Sie sagen, sie würden sich darum kümmern. Um 2.30 Uhr werde ich aus der Zelle geholt. Man sagt mir, ich würde in ein Hospital gebracht, würde aber wohl verstehen, daß ich die ganze Zeit mit Handschellen an einen Polizisten gekettet bleiben müßte. Ich sage: "Nein, ich verstehe das nicht, es ist überflüssig."

Sie legen mir die Handschellen an den linken Arm. Ich werde an einen Polizisten gekettet, in einen Streifenwagen gebracht und in das St. Lawrence's Hospital gefahren. Einer Krankenschwester erzähle ich, daß ich geschlagen und getreten worden sei, starke Kopfschmerzen habe, mich zweimal übergeben mußte; außerdem, daß die Kopfschmerzen sich bis in den Nacken erstreckten und daß mir der rechte Daumen und das rechte Handgelenk schmerzten.

Sie sagte, ein Doktor käme gleich, ich solle mich entkleiden und hinlegen. Ich wurde mit dem Polizeibeamten allein gelassen, dem ich erst einmal erläuterte, daß ich mich ja nur entkleiden könne, wenn er die Handschellen lösen würde, worauf er zunächst seinen Teil der Handschellen öffnete. Schließlich sah er ein, daß er auch mir die Handschellen abnehmen muß. Nachdem ich mich entkleidet hatte, wurden die Handschellen sofort wieder angelegt.

Ein Arzt untersuchte mich und machte mir klar, daß er nichts feststellen könne, ich könne entweder die Nacht im Hospital bleiben oder zurück in die Zelle. Dies sei meine freie Entscheidung, ich sollte nicht den Eindruck bekommen, daß nicht alles für mich getan würde; ich entschied mich, im Hospital zu bleiben. Ich wurde in einen anderen Raum gefahren, immer noch an den Polizisten angekettet. Ich blieb auch in dem anderen Raum in Handschellen dem Polizisten verbunden. Schlafen war unmöglich, da die Handschellen störten und ich zudem alle 45 Minuten den Puls gemessen bekam, die Körpertemperatur und den Blutdruck. Ich erhielt zwei Schmerztabletten; die Kopfschmerzen blieben. Ich habe heute, zwei Tage nach meiner Rückkehr, noch ein dumpfes Gefühl im Kopf.
Um ca. 4.30 Uhr hatte der Polizist die Nase voll von den Handschellen, er entfernte zunächst einen Teil, nach ca. weiteren 20 Min. den meinen.

Um 6.10 Uhr — inzwischen hatte ein Schichtwechsel bei der Garda (irische Polizei) stattgefunden — wurde ich aufgefor-

dert, aufzustehen, mich anzukleiden und wieder mitzukommen in die Zelle. Ich wurde um 9.00 Uhr schließlich aus der Zelle geholt.

Vorher Kontakt zu Herrn Shevlin aufzunehmen, wurde mir verweigert, da er laut Garda nicht kommen würde. Die Botschaft durfte ich ebenfalls von Fitzgibbon Street Garda Station nicht kontaktieren. Dies wurde mir dann allerdings sofort am Flughafen gestattet. Ich sprach mit einem Herrn v. L. (vollständigen Namen habe ich vergessen). Der erklärte mir, ich solle mich, wenn ich jetzt nach Frankfurt zurückfliegen müsse, dem nicht widersetzen, er nähme Kontakt auf mit dem Außenministerium, sehe aber wenig Chance, für mich etwas tun zu können, da sich Irland — wie andere Staaten auch — nur ungern in eigene Entscheidungen reinreden lassen würde. Er sagte mir, ich könne jederzeit wieder anrufen. Falls er etwas erreichen würde, würde er am Flughafen anrufen.

10 Minuten später saß ich im Flugzeug nach Frankfurt."

In einem Telefongespräch teilte der deutsche Botschafter mit, die Einreiseverweigerung sei von ganz oben gekommen, die Iren würden da, wie alle Staaten, nur ungern eine Einmischung dulden.



Das Leben auf dem Lande
HAUSDURCHSUCHUNGEN, BESPITZELUNG, DUMME FRAGEN VON POLIZISTEN

Irlhäusel 19. April *Eine Wohn- und Produktionsgemeinschaft aus dem bayerischen Ort Irlhäusel ist seit langer Zeit schon beliebtes Observationsobjekt der lokalen beamteten Saubermänner. Wo Esel Alfred und Katze Zille zusammen mit Enten und Hühnern leben, wo die Wohngemeinschaft Holz verarbeitet, Gartenbau betreibt und Gitarren baut, da kann sich nur verdächtiges abspielen. In einem offenen Brief an den Innenminister Baum beschwert sich die Gruppe über diese Belästigungen. Wir zitieren aus dem Brief und wünschen dem Herrn Minister ein offenes Ohr.*

" 1 Monat nach Einzug im Irlhäusel: Hausdurchsuchung durch die Polizei
kriminalpolizeiliche Nachforschungen über uns in der Nachbarschaft
Hinweise, daß wir "überwacht" werden, von informierten Personen aus der Bevölkerung
Im Nov./Dez. 1978 fast tägliches (nächtliches) Vorfahren eines Streifenwagens der Polizei Dorfen, zum Zwecke des "Autonummernnotierens"
Zur Zeit Verdacht auf Beobachtung (?) aus Zivilautos.

Deutschland im Herbst 1977: Noch im Einzug begriffen, werden wir mit der Polizei konfrontiert: Ohne Hausdurchsuchungsbefehl durchsuchen etwa ein halbes Dutzend schwerbewaffneter Polizisten unsere Wohnräume und nehmen unsere Personalien auf. Obwohl wir für derartiges grundsätzlich kein Verständnis aufbringen, können wir im Zusammenhang mit der konkreten Situation, in der sich die BRD in jener Zeit befand, eine gewisse Verständnisbereitschaft aufbringen. Und schließlich, was nützen dem Grundrecht seine Grundsätze, wenn es in den Lauf der staatlichen Maschinenpistolen blikken muß? So fassen wir das Ganze als einen einmaligen Vorfall auf, der auch den meisten Beamten etwas peinlich zu sein scheint. Doch einige Monate später erfahren wir aus der Nachbarschaft von kriminalpolizeilichen Nachforschungen über uns. Zur selben Zeit bekommen wir auch den Hinweis, daß wir überwacht werden.

An einem Wochenende im Herbst 1978 besuchen uns einige Freunde zu einer Art "Urlaubstreffen"; Freunde aus Berlin, Nürnberg, Zürich und aus England. An diesem Wochenende beginnt auch die Polizei mit dem Notieren der Autonummern der vor unserem Haus parkenden Privatwagen. Nur zwei Tage in Berlin zurück, erfährt unser Freund auch schon von polizeilichen Nachforschungen in der Firma, wo er arbeitet. In den folgenden zwei Monaten fährt fast jede Nacht ein Polizeiauto in den von uns angemieteten Hof, mit dem Ziel, die Nummern der parkenden Autos aufzuschreiben. Auf Anfrage wird uns von den notierenden Beamten nichts über den Grund ihres Handelns erklärt. Als es schließlich so gespenstisch wird, daß sie sogar mitten in der Nacht mit einer Lampe am Haus herumleuchten, entschließen wir uns, abermals eine Begründung für diese Vorfälle einzuholen, diesmal auf der Polizeistation selbst. Dabei erklärt der verantwortliche Polizeichef u.a., die Polizei habe ein Interesse, sowohl an uns, als auch an unseren Gästen und fragte nebenbei, ob wir glaubten, in einem Polizeistaat zu leben. Momentan ist die Autonummernaufschreibaktion, wie es scheint, abgeblasen und wir sehen stattdessen immer wieder häufig dasselbe Auto im Kriechgang am Hause vorbeifahren.

Daß diese fortgesetzten Belästigungen unseres häuslichen Friedens uns psychisch belasten versteht sich von selbst. Wir müssen aber auch ständig aufpassen, auf den einen Trick der



autoritären Erziehung nicht hereinzufallen: Uns schuldig zu fühlen, nur weil wir wie potentielle Verbrecher behandelt werden. Wir sind keine Verbrecher! Wir haben uns nichts vorwerfen zu lassen. Und schließlich: Uns wird ja auch konkret nichts vorgeworfen, die Polizei "begründet" ihre Aktionen stets mit Gerüchten, Interessen, Tratsch und meistens gar nicht.

Wir leben ziemlich abseits in den Höhenlagen bayerischer Rechtspolitik, Fremdlinge in der bäuerlichen Umgebung. Was sollen unsere Nachbarn von uns denken, wenn immer wieder die Polizei vorfährt? Und schließlich — WARUM fährt die Polizei vor? Warum begründet sie nichts? Warum werden uns keine richterlichen Befehle zum Befahren unseres gemieteten Grundstückes gezeigt? Warum werden Autonummern unserer Besucher aufgeschrieben? Warum Herr Minister, warum? Wir haben es miterlebt, daß unser Berliner Freund in irgendwelche Nachforschungen verwickelt wurde; was passiert mit den Autonummern eines Schäfers, eines Postbeamten, der Kindergärtnerin? Wenn eine Freundin von uns ihre bereits versprochene Sozialarbeiterstelle bei der Stadt München nach (!) der "Anfrage" plötzlich nicht mehr bekommt, dann vielleicht weil ihr

Auto mal unter unserer Kastanie parkte? Was passiert mit den aufgeschriebenen Nummern? Was dabei mit den ermittelten Daten? Müssen wir auch damit rechnen, daß unsere Briefe geöffnet, unsere Gespräche mitgehört werden? Können Sie bitte dazu beitragen, uns diese Fragen zu beantworten?

Wir fragen Sie, warum das Ganze? Wir fragen Sie dies, als in unseren Grundrechten Verunsicherte und mit dem ratlos—bitteren Beigeschmack eines hilflosen Protestes . . .

Vielleicht ist Ihnen der mit dem "Deutschen Schallplattenpreis" und dem "Deutschen Kleinkunstpreis" ausgezeichnete "Künstler des Jahres", Konstantin Wecker, bekannt, der in seinem Lied "Hexeneinmaleins" die Lage wie folgt beschreibt:

. . . immer noch werden Hexen verbrannt
auf den Scheiten der Ideologien.
Irgendwer ist immer der Böse im Land
Und dann kann man als Guter
Und die Augen voll Sand
In die Heiligen Kriege ziehn.

. . . Schrecklich, schrecklich!
Und die Mönche der Demokratie wedeln Verzeihung heischend
Mit der Rute und sieh:
Der Freigeist geht um.
Alle sind aufgeklärt,
Doch wer weiß Bescheid?
Heute haßt man modern.
Die Angst ist die Flamme unserer Zeit
Und die wird fleißig geschürt.
Sie verbrennen dich mit ihren Zungen
und mit ihrer Ignoranz.
Dicke, freundliche Herren bitten per Television zur Jagd.
Tausende,
Zum Feindbild verdammt,
Halten sich fürs Exil bereit.
Die Schlupfwinkel werden knapp Freunde,
Höchste Zeit aufzustehen.

Tausende, zum Feindbild verdammt, halten sich fürs Exil bereit! Wir schreiben Ihnen mit der Bitte, nachzuprüfen, warum wir für die Staatsgewalt interessant sind. Warum wir wegen was verdächtig sind? Warum unsere Freunde, Bekannten und Besucher? Wir bitten Sie zudem, um soviel demokratische Offenheit und Klarheit uns mitzuteilen, ob wir eventuell in diesem Staate unerwünscht sind und ob wir uns im oben zitierten Sinne fürs Exil bereithalten, d.h. vorbereiten sollen?

Mit frei gemeinten Grüßen. . ."

IN ISNY ISNYX LOS?

Isny
16. April

Wie wohl die meisten ID-Leser empfinden auch wir Allgäuer den ID im Großen und Ganzen als Frustblättchen. Um auch mal Erfreulicheres zu bringen, wollen wir euch einen Bericht aus der Provinz schicken. Irgendwie macht das der Frühling, daß wir auf einmal alle so optimistisch sind und uns so gut fühlen und so möchten wir gerne auch allen ID-Lesern Frühlingsgefühle bescheren.

Denn in und um Isny ist was los, es tut sich einiges im Allgäu. Isny ist eine Kleinstadt von 12 000 Einwohnern im schwäbischen Allgäu. Im weiteren und näheren Umkreis gibt es eine größere Anzahl von Wohngemeinschaften und Landkommunen, die bisher eigentlich nur Kontakt in begrenztem Maße zueinander gefunden haben. Einzige Kontaktmöglichkeiten sind Jugendhäuser (in Isny gibt es seit fünf Jahren ein immer noch selbstverwaltetes Jugendhaus) und Landdiskos und Kneipen.

Die Möglichkeit in diesen entweder von staatlichen oder von wirtschaftlichen Einrichtungen abhängigen Treffpunkten miteinander in Kontakt zu kommen, sind sehr eingeschränkt. Gründe dafür sind Konsumzwänge und das fast unvermeidliche Abgedrängtwerden in eine Konsumhaltung, die sehr wenig Raum für Kommunikation läßt. Teils durch die sehr laute Musik, teils durch den sehr eng gesteckten Rahmen, fällt es schwer, auf andere als nur verbale Art zu kommunizieren, selbst das wird sehr erschwert.

Aus diesen Gründen und einem sehr elementaren Bedürfnis heraus haben drei Wohngemeinschaften in Isny begonnen, ein von allen staatlichen und wirtschaftlichen Zwängen unabhängiges Kommunikationszentrum aufzubauen. Wir haben unsere Ersparnisse zusammengelegt und eine alte Bruchbude (Fachwerkhaus) in Isnys Altstadt gekauft. Aus der anfänglich beabsichtigten Renovierung wurde ein fast völliger Wiederaufbau des sehr baufälligen Hauses: Kanalisation, Neue Wände, Decken, Böden, Erneuerung des Fachwerks und des gesamten DAchstuhls. Somit hat sich der Zeitpunkt der Fertigstellung um mehr als ein Jahr verschoben.

Bis jetzt steht der Rohbau mit einem neuen Dach, bis zum Herbst hoffen wir, den Rohbau fertiggestellt zu haben und im Spätherbst soll die Teestube eröffnet werden.

Das Haus umfaßt einen großen Veranstaltungsraum, eine Teestube mit Küche, Büro, Bücherei/Archiv, lagerräume, sanitä re Anlagen und einen Garten mit einem Rundbänkchen um eine wunderschöne, jahrhundertealte Tanne.

Als rechtliche Grundlage haben wir einen inzwischen als gemeinnützig anerkannten Verein gegründet mit dem hochtrabenden Namen „Isnyer Aktions- und Kommunikationszentrum e. V." Wir möchten eine ZDL-Stelle einrichten und zwei Leuten von uns eine Arbeitsstelle schaffen.

Da wir mit der Zeit in erhebliche Geldschwierigkeiten gerieten haben wir alle Arbeiten selbst ausgeführt, das Baumaterial haben wir nicht gekauft, sondern aus Abbruchhäusern geholt.

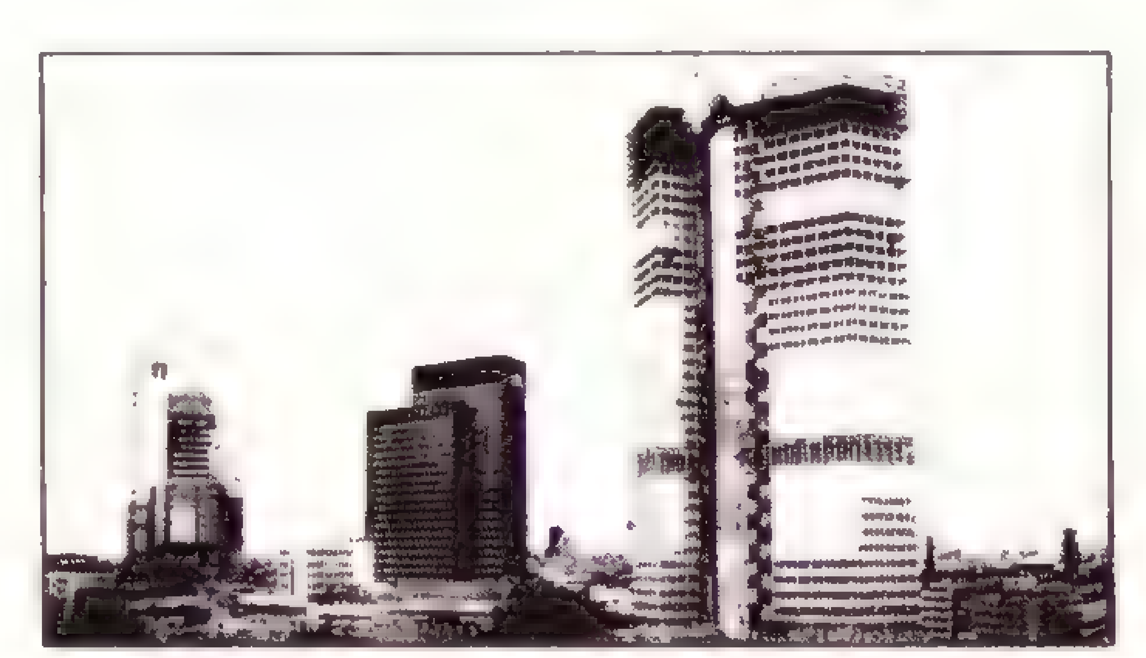
Um den Wiederaufbau des Hauses überhaupt ermöglichen zu können, mußten Einrichtungen wie zum Beispiel eine Holz und eine Metallwerkstatt aufgebaut werden. Zum einen, um Geld verdienen zu können, um die Leute zu unterstützen, die ihre ganze Zeit in die Bauarbeiten steckten, zweitens um alle Arbeiten selbst machen zu können.

Die Holzwekstatt ist inzwischen zu einer maschinell voll ausgerüsteten Schreinerwerkstatt herangewachsen, die von vier Leuten betrieben wird, die sich so ihren Lebensunterhalt verdienen, Überschüsse wandern in die Baukasse. In diesem Jahr wird die Werkstatt durch Gründung einer Firma auf rechtlich solide Füße gestellt, einer von uns wird die Meisterprüfung machen, so daß die anderen bei ihm dann eine Ausbildung machen können. Unsere Werkstatt macht Innenausbau, Aufarbeitung von Gebrauchtmöbeln, Möbelherstellung, Drechslerarbeiten, Kinderspielzeug.

Eine kleine Metall- und Kfz-Werkstatt hat sich auch nebenher gebildet. Eine weitere Gruppe hat sich auf landwirtschaftlichen Bereich gefunden: eine Wohngemeinschaft bewirtschaftet schon einen Allgäuer Grünlandhof und betreut Jungvieh, eine Milchkuh und Kleintiere. Dazu kommen noch einige Obst- und Gemüsegärten,die biologisch-organisch bewirtschaftet werden. Zwei von uns werden bei einem befreundeten Bauern eine Landwirtschaftslehre machen. Zukunftstraum ist ein eigener Hof mit Schreiner- und Metallwerkstatt. Es sind auch schon konkrete Überlegungen da, gemeinsam einen Hof zu erwerben.
Eine andere Wohngemeinschaft verdient sich ihren Lebensunterhalt mit dem Nähen von Steppdecken, die mit naturbelassener Schafwolle gefüllt werden.
Eine weitere Interessengruppe hat sich durch unsere Kinder entwickelt: einige von uns haben eine Ausbildung im sozialen Bereich und möchten zusammen mit dem Bauernhof ein Heim für Pflegekinder betreiben. Um Erfahrungen zu machen, machen wir ab diesem Jahr Kinder- und Jugendfreizeiten.

Das hört sich jetzt alles so positiv an. Wir hatten jedoch zwischendrin Zeiten, wo wir dachten, daß alles auseinanderfällt. Erstens waren finanzielle Probleme teilweise so drückend, daß wir nicht mehr aus noch ein wußten: einmal wollte die Stadt von uns 9000 Mark für Parkplätze kassieren und wir wußten zu der Zeit nicht einmal, womit wir Ziegelsteine kaufen sollten, wo doch schon ein Berg von unbezahlten Rechnungen herumlag. Dann wieder ließ die Baugenehmigung endlos auf sich warten, so daß wertvolle Zeit verstrich. Auch innerhalb der Gruppe gab es grosse Schwierigkeiten, sodaß wir schon resignieren wollten, aber zum Glück gab es immer wieder einen Aufschwung, immer wieder war wenigstens eine/einer da, die/der noch nicht allen Mut verloren hatte. Einen unheimlichen Schock hat es uns zum Beispiel versetzt, als sich herausstellte, daß der Dachstuhl vollkommen erneuert werden mußte; eine Zimmerei hätten wir nie bezahlen können und gerade in der Zeit gab es unheimliche Krisen in der Gruppe. Aber auch hier gabs wieder einen mit Optimismus und zu zehnt haben wir ohne fachmännische Hilfe und ohne Baugerüst einen neuen Dachstuhl gezimmert.
Diese Schwierigkeiten und der starke Druck von außen (Behörden, Banken, Schuldner) hat unseren Zusammenhalt sehr gestärkt, ein unheimlich schönes Gefühl von Solidarität entstand, unsere Beziehungen haben sich entwickelt und intensiviert. Am schönsten waren unsere Baulager im Sommer, an denen zwischen 15 und 30 Leute arbeiteten (es waren viele Freunde und Bekannte aus den Städten da). Die meist sehr harte körperliche Arbeit wurde kaum als solche empfunden, wir hatten alle großen Spaß dran und haben nicht zuletzt sehr viel über handwerkliches Arbeiten und über Arbeiten in einer großen Gruppe gelernt. Wir haben uns noch oft in der Dunkelheit Lampen auf der Baustelle montiert und sehr zur Verwunderung unserer Nachbarn bis Mitternacht durchgearbeitet. Unsere uns recht gut gesonnenen Nachbarn haben diesen Arbeitseifer oft mit spendierten Brotzeiten belohnt, obwohl sie nicht immer mit der Art und der Lautstärke unserer Musik einverstanden waren. Was auch gut war, daß Männer und Frauen die gleiche Arbeit gemacht haben, was einer Frau allein körperlich zu schwer war, haben dann eben zwei getan. Abends gab es Feste in der nebenanliegenden kleinen Wohnung (eigentlich war ja immer ein Fest), in der wir alle gemeinsam gegessen und geschlafen haben. Alles lief auf engstem Raum ab, aber wir haben uns sehr gut dabei gefühlt. Was wir auch gelernt haben: gemeinsam zu besitzen. Wir haben zusammen das Haus gekauft, später hat jede(r), der was übrighatte, dazugegeben; wir haben zusammen einen Transit, eine Säge und einen Traktor gekauft.

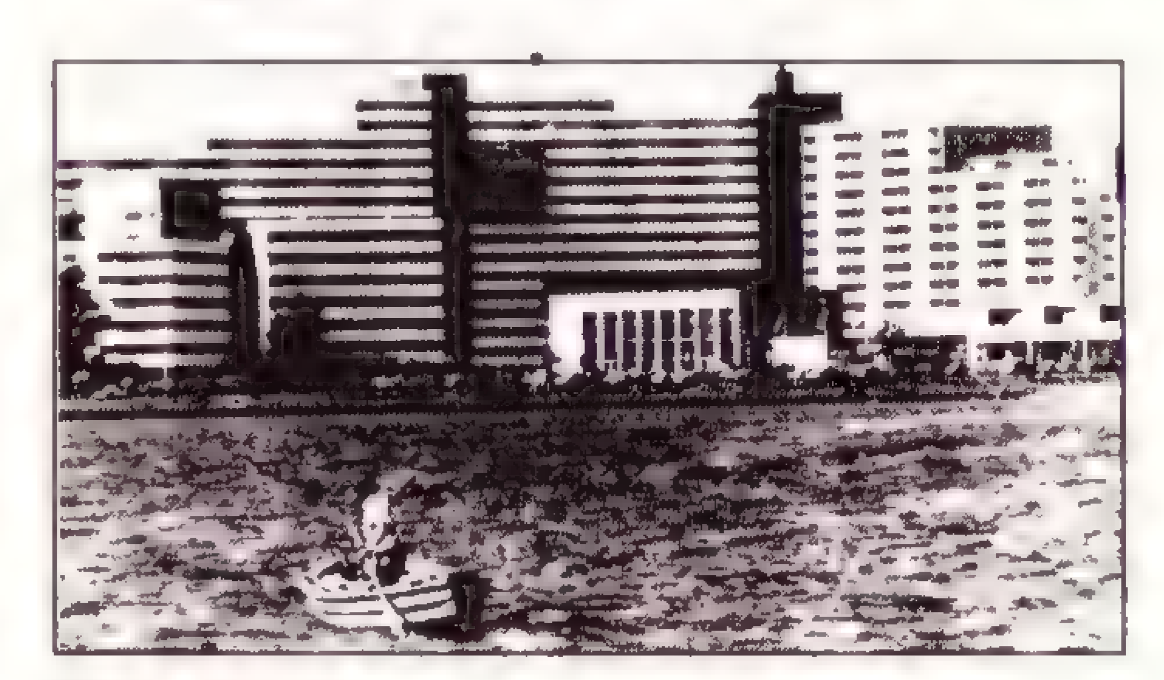
Auch in politischer Hinsicht ist einiges gelaufen. Es hat zwar Zeit gedauert, bis wir begriffen, daß man auf dem Land nicht in die sowieso kaum vorhandenen Betriebe gehen kann um die proletarischen Massen zu bekehren. Inzwischen haben wir auch begriffen, daß in der Provinz ganz spezielle Probleme bestehen und daß es ganz eigene Bereiche für politische Arbeit gibt. Wir haben dies Problem am eigenen Leib verspürt, und so kommt unser Drang nach politischer Betätigung aus unseren eigenen Bedürfnissen heraus, wir opfern uns politisch nicht auf.
Zuerst konzentrierten wir uns auf die Lokalpolitik. Auch die Notwendigkeit für einen aktiven Natur- und Umweltschutz einzutreten hat sich sehr schnell abgezeichnet. Und zwar laufen in unserer noch relativ unberührten Gegend Bestrebungen von großen Tourismusunternehmen, Gemeinden, Gastronomie und Geschäfte mit finanziellen Vorteilen zu locken und unsere Landschaft mit einer widerlichen Art von technisierten Konsum-Tourismus zu überziehen.



Arbeitsplatz



Wohngebiet



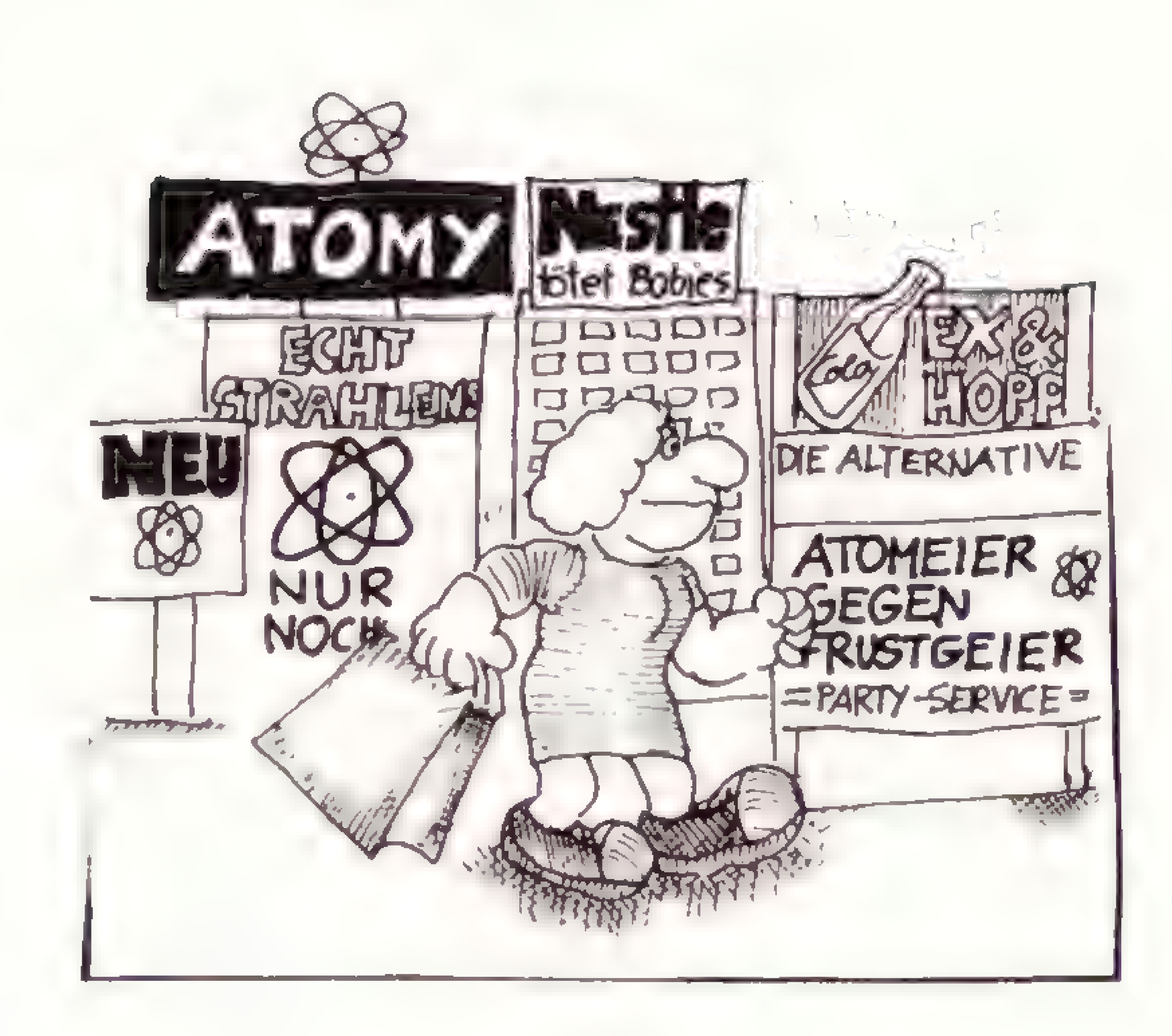
Urlaubsort

Zu diesem Zweck wird der Bau von Autobahnen und Straßen, von Seilbahnen und Skiliften, von Hotels und Feriendörfern vorangetrieben, und selbst in unserer kleinen Stadt soll ein Super-Freizeitzentrum gebaut werden.
Gegen dieses Projekt hat nun unser Arbeitskreis ein Bürgerbegehren gemacht und wir haben die Durchführung eines Bürgerentscheids erzwungen. Eine Tatsache, die Stadtverwaltung und Gemeinderat in totale Konfusion gebracht hat, so was gabs ja noch nie! Bisher konnte man so einfach über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden, ja sogar die gesetzlich vorgeschriebenen Bürgerversammlungen brauchte man nicht zu machen, es könnte ja zu unbequemen Fragen kommen. Die Diskussion über das Freizeitzentrum hat bei vielen Bürgern ein Nachdenken über die Probleme des Naturschutzes und des Tourismus bewirkt. Vor allem jedoch haben die Isnyer gelernt, daß man Beschlüsse der Obrigkeit nicht hinnehmen muß, sondern daß man mitreden und mitentscheiden kann.

Auch gegen die geplante, total überflüssige Autobahn A 98 hat sich eine Bürgerinitiative gebildet (wir haben im ID Nr.276 schon darüber geschrieben). Es gab Demon strationen, Protest-

versammlungen und eine Aktion, bei der auf der Trasse Bäume gepflanzt wurden, und sogar ein Feldgottesdienst abgehalten wurde (an dieser Aktion haben sich sehr viele ältere Leute und die Landbevölkerung beteiligt).
Das wärs eigentlich alles in allem. Und zum Schluß: wenn ihr Lust habt uns zu besuchen, wir werden den ganzen Sommer über bauen und Arbeit gibt es noch genug. Über Ostern haben wir ein Baulager und den ganzen August über sind wieder viele Freunde von uns da. Wir freuen uns über jede Form der Unterstützung, über Mitarbeit, Information, Beispiele. Vielleicht gibt es noch mehr Gruppen in der Provinz, die ähnliches vorhaben, laßt doch mal von euch hören. Ich habe noch einen schönen Bau gezeichnet (fast so schön wie die Tanne vor unserem Haus), wo ich mal so alles reingeschrieben habe, was wir uns so vorstellen, wünschen, erträumen.

Kontaktadresse:
Wohngemeinschaft Oberweiherhof 49, 7972 Isny-Menelzhofen,
Telefon 07562 / 8004



sanfte, grüne, rädelsführer

ARBEITSGEMEINSCHAFT SANFTE ENERGIE GEGRÜNDET

Bensheim, 17. April

Im März 1979 fand um Jugendzentrum Frankfurt-Höchst eine Ausstellung mit dem Titel „Energie - selbst gemacht" statt. (der ID berichtete darüber in der Nr. 271). Ein Teil der daran beteiligten Lehrer und Schüler, zusammen mit anderen Leuten, hat jetzt die „Arbeitsgemeinschaft Sanfte Energie" gegründet.
„Wir meinen, daß die Ökologiebewegung zwei Beine braucht, auf denen sie stehen und sich fortbewegen kann. Das eine ist unser aller Protest und Kampf gegen die Atomkraftanlagen, die Umwelt- und Lebenszerstörung. Das andere ist die Entwicklung und Verbreiterung von Alternativen —in der Energieerzeugung, in den Arbeits- und Lebensformen. Und dann, damit die Fortbewegung ein bißchen schneller geht als nur auf den Beinen, brauchts noch ein Fahrrad. Und das ist für uns die überregionale Zusammenarbeit der Initiativen und Leute.
In unserer Arbeitsgemeinschaft tun wir das andere (den sanften Weg beschreiten), ohne das eine (den Widerstand gegen...) zu lassen. Und damit andere anderswo auch davon erfahren, was wir vorhaben, damit wir möglichst viele Mitmacher, Nachahmer, Weitererzähler usw. finden, würden wir uns freuen, wenn wir und eben jene „anderen anderswo" bald etwas über unsere Arbeit in eurem Blatt lesen könnten."
Die Arbeitsgemeinschaft hat gerade die erste Ausgabe ihres „Programms für eine sonnige Zukunft" für den Zeitraum Mai-Oktober 1979 herausgegeben. Darin stehen unter anderem Themen und Termine verschiedener Seminare, Kurse und Workshops, z.B. Energieeinsparung und Einsatz dauerhafter Energiequellen in Wohngebäuden, Selbstbau von Sonnenkollektoren, Alternativen der Energiepolitik. Die Broschüre ist zu beziehen bei der Arbeitsgemeinschaft in der Bachgasse 46 in 6140 Bensheim 3.
Ab Mitte August bis Mitte November kann die Ausstellung „Energie selbst gemacht" auf Wanderung gehen.
Gruppen oder Organisationen, die die Ausstellung in ihrer Stadt zeigen wollen, finden genauere Informationen im obengenannten Programmheft.

Zentrum für alternative Technologie
„Seit einiger Zeit überlegen eine Reihe Leute, zum Teil unabhängig voneinander, in der BRD etwas ähnliches aufzubauen wie das „Centre for Alternative Technologie" in Wales. ...Deshalb haben wir für die Wochenenden vom 4. — 6. Mai und 22. — 24. Juni zwei Arbeitstreffen für ernsthaft Interessierte organisiert..."
Dazu steht im „Programm für eine sonnige Zukunft":

Vorschlag für eine Konzeption eines
Zentrums für Umweltfreundliche Technologien

Allgemeine Ziele:
Das zentrum soll der forschung und erziehung im interesse der menschlichkeit und der zukunft der erde gewidmet sein.
Die großtechnologischen, wachstumsorientierten gesellschaften verhindern die entfaltung unserer fähigkeiten und ein erfüllendes leben weiter teile der bevölkerung.
Daher werden im zentrum lösungen auf der ebene der „Mittleren Technologien" gesucht.
Die hauptaufgaben im technologischen bereich sind demnach:

— die entwicklung von energiesystemen
— landwirtschaft, fischkulturen
— hausbau
— landschaftsgestaltung

dies alles unter dem aspekt eines ausgewogenen verhältnisses zu unserer „natürlichen umwelt".
Das „zentrum" unterstützt durch seine arbeit bürgerinitiativen, die gegen umweltzerstörung kämpfen, insbesondere den kampf gegen atomkraftwerke.
Es soll eine wiederbevölkerung und wiederbelebung des „Flachen Landes" ohne zersiedelung zu fördern, aber auch neue möglichkeiten für umweltbewußtes leben und arbeiten in den städten aufzuzeigen.
Zu diesen zwecken wird eine funktionierende demonstrationssiedlung geschaffen. Sie soll konkret die aufregenden möglichkeiten aufzeigen, zu leben, und dabei nur einen verschwindenden Anteil der nicht erneuerbaren resourcen der erde zu verbrauchen und ein minimum von umweltverschmutzung und verschwendung zu erzeugen.

Das zentrum wird auf gemeinschaftlicher basis errichtet und geführt. Die gemeinschaft, die dort lebt und arbeitet, versucht muster für das tägliche leben zu erarbeiten, die die menschlichen bedürfnisse nach erfüllung und verantwortung ernstnehmen. Das zentrum finanziert sich aus den erträgen der eigenarbeit der aktiven mitglieder , durch spenden und evtl. zuschüsse. Eine noch zu erstellende satzung legt die rechte und pflichten der mitglieder fest.

REVOLUTION IST STRASSENTHEATER – ERSTAUFFÜHRUNG IN KARLSRUHE

KARLSRUHE
28. MÄRZ

„Heute ham wir viel erkannt, der Widerstand wird militant. Liebe Grüße von einem Karlruher Menschenwesen.

Liebe IDler,
Ihr werdet euch sicher freuen, wenn ihr (seit Jahren endlich wieder) hört, daß sich auch in Karlsruhe der Widerstand verstärkt. Tja, in der „grünen Stadt des Rechts" ist die Zeit des betongrauen Frustes zu Ende. Die Unruhe in Karlsruhe wächst Nach der verbotenen Schahdemo, nach der Fahrpreisdemo, die viele deprimiert hat, weil sie so perfekt unter der Kontrolle der Grünen war, nachdem unbekannte Einbrecher des Nachts die Hebelschule zu Kleinholz verarbeiteten und innerhalb der letzten Monate 5 Karlsruher Schulen mit Parolen vollgemalt hatten, nachdem auch sonst immer mehr Parolen zu sehen sind,nachdem sich ein autonomer Schülerrat gebildet hat, nachdem die Karlsruher Militanten Undogmatischen die erste Nummer ihrer illegalen undogmatischen Zeitung verbreitet haben, fand nun am Samstag, dem 24. 3. ein irre guter Aktionstag zu Gorleben statt.
Am Mittag gab's ne Kundgebung mit anschließender Demo und Fässerrollaktionen. Es waren fast keine Bullen da, weil die sich dachten, eine Aktion, die von der BBU und Schülern organisiert war, könne ihnen nicht gefährlich werden, eher ganz gut eine Alibi-Funktion übernehmen. Sie hielten sich also die ganze Zeit zurück, wollten die herrlichste Plastikdemokratiefassade aufbauen, die man sich denken kann. Diese Suppe haben wir ihnen gründlich versalzt, und ich glaube, die werden noch eine ganze Weile an verdorbenem Magen leiden.

Anschließend an die Demo besetzten wir (110 Leute) nämlich die Bernardus-Kirche. Ein Kirchentyp redete mit uns, so liberal und verständnisvoll, daß uns warm ums Herz wurde. Er meinte, bis 19.00 Uhr könnten wir drin bleiben aber dann würde es Ärger mit dem Oberpriester geben. Wir verfaßten also ein spontanes Flugblatt, verteilten es in der Stadt und machten Öffentlichkeitsarbeit, um noch Leute zur Unterstützung unserer Aktion anzutörnen. Um 19.00 Uhr fand ein Gottesdienst statt, und wir verließen die Kirche, um nicht zu stören. Danach gingen wir, so etwa 80 Leute, wieder rein, diskutierten die Besetzung, bildeten Arbeitsgruppen, die Essen und Schlafsäcke herbeibringen sollten, für Infoständestände sorgten und ähnliches. Tja und schließlich standen die Bullen vor der Kirche, und zwar nicht so wenige wie am Nachmittag sondern 'ne ganz hübsche Anzahl. Der dämliche Oberpfaffe hatte sich entschlossen, den Kampf fürs Leben zu stoppen und sich lieber fürs Seelenheil der Gläubigen einzusetzen. Obwohl wir uns lammfromm verhalten und nie gestört hatten! Er pochte auf sein Hausrecht. (Die Kirche muß angeblich um 20.00 Uhr geschlossen sein). Irgendjemand setzte durch, ohne Widerstand die Kirche zu verlassen, und wir gingen.

Natürlich hatten alle eine unheimliche Wut im Bauch, und kaum jemand dachte dran, jetzt aufzugeben. Es ging erst richtig los. Im Laufschritt überfallen wir die Innenstadt mit Kriegsgeschrei, lassen die Wut raus, die in uns steckt. Wir stellen aus Bänken eine Barrikade zusammen, die die Bullenwagen, die uns folgen, stoppen, blockieren die Straßenbahnschienen. Nulltarifparolen werden gerufen. Es geht nicht mehr gegen Gorleben allein, sondern alles was uns stinkt, was jahrelang einen Frust in uns aufgestaut hat. Wir stellen uns auf die Straße und halten den Verkehr an. EIN schöner teurer BMW wird gestoppt und johlend umtanzt. Wir rufen: „raus mit den Bonzen", „BMW unterstützt das KKW". Zufällig, zu seinem Pech, kommt ein Bus des Karlsruher Kernforschungszentrum vorbei. Wir halten ihn an, demolieren ihn. Es ist ne Sache, die es in Karlsruhe noch nie gegeben hat, ein unheimlich starkes Feeling. Und alle machen mit, auch die, die sonst nie viel von Millitanz gehalten haben. Als die Bullen kommen, ihre Hunde vorführen, und die Krisenstäbe ziehen, wächst unsere Empörung, unsere emotionale Bereitschaft zur Selbstbefreiung nur noch. Sie greifen einen Typ raus. Unsere Versuche, Verhaftungen und Festnahmen zu verhindern, sind hilflos und unentschlossen. Drei andere Leute werden festgenommen, einer bekommt einen Tritt in die Eier, daß er zusammenbricht. Ein anderer wird in einem Bullenwagen von den Schweinen zusammengeschlagen. Unser Haß äußert sich in Sprechchören gegen die Menschenjäger. Dreck aus den umliegenden Beeten fliegt den Bullen entgegen, es kommt zu Keilereien. Schließlich sind sie abgehauen, ohne daß es ihnen gelang, den Platz zu räumen. Wir konnten die Gefangenen nicht mehr herausholen, sie bekommen jetzt Anzeigen wegen Landesfriedensbruch, Beleidigung, Widerstand, Körperverletzung, versuchte Gefangenenbefreiung, Sachbeschädigung und ähnlichem Scheiß.

Als sich die Unruhe gelegt hat, stehen wir noch zusammen, reden darüber, sind völlig aufgeputscht und erregt, aber viele viele Leute sind sich darüber im Klaren, daß dieser Aktionstag unheimlich lehrreich für uns war und ein ganz wichtiger Schritt in der Entwicklung der Karlsruher Scene war. Am nächsten Tag konnte man in der Stadt Wandparolen wie: „Heute ham wir viel erkannt, der Widerstand wird millitant' lesen.

Es liegt was in der Luft, was uns spüren läßt, daß sich auch hier etwas entwickelt, daß über legale Infoarbeit, „Komitee weg mit!!" und „Resolution gegen" hinausgeht. Wir haben an diesem Tag das Pflaster noch nicht aufgemacht, den Strand noch nicht gefühlt, haben es nicht verhindern können, daß Leute, die wir lieb haben von den Bullen zusammengeschlagen und verhaftet wurden, aber wir merken, wie durch die Fugen in Karlsruhes grauen Wänden wieder das Leben dringt. Wir haben uns in dieser Nacht etwas davon zurückgenommen, waren keine Märtyrer mehr, jammerten nicht ohnmächtig über die beschissene Lage – wir waren offensiv. Und das hat uns unheimlich gutgetan. Ihr werdet sicher noch viel von uns hören.



BESETZUNG DER PETRI-KIRCHE BEENDET

Hamburg 18. April — Am Mittwoch, dem 18. April 1979, wurde in Hamburg die Besetzung der Petri-Kirche beendet. Die anwesenden etwa 250 Besetzer verließen geschlossen die Kirche und machten einen kurzen Demonstrationszug durch die Hamburger Innenstadt, der vor dem niederländischen Konsulat endete. Dort wurde eine Erklärung verlesen und den Konsulatsbeamten überreicht, in der die Abschaltung aller Atomkraftwerke und die Einstellung aller Verfolgungen von AKW-Gegnern gefordert wird.

Die Konsulatsbeamten ließen sich nicht zu einer Stellungnahme bewegen, sicherten aber zu, die Erklärung weiterzuleiten. Sie waren zuvor darauf hingewiesen worden, daß in der BRD inzwischen eine große Öffentlichkeit zu der Strafverfolgung von AKW-Gegnern besteht.

Eso Oldefest und Karl Winter, die, anstatt ins Gefängnis nach Holland gegangen sind, haben bisher noch keinen Antrag auf Asyl gestellt. Allerdings bereiten eine Anzahl niederländischer Bürgerinitiativen eine Asylkampagne vor.

Die Besetzer der Petri-Kirche treffen sich jeden Freitag, 19 Uhr, im Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9, 2 Hamburg 13. Außerdem haben sie ein überregionales Treffen gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern am selben Platz für den 12. Mai, 14 Uhr, organisiert. Telefon: 040-247 690.

Am 26. April 1979, 11 Uhr, beginnt vor dem Landgericht in Hannover der Prozeß gegen 18 Teilnehmer der Grohnde-Demonstration. Dabei geht es um die Schadenersatzforderungen der niedersächsischen Landesregierung, die sich von diesen 18 (von 20 000 Anwesenden) die Kosten für den Polizeieinsatz ersetzen lassen will.

VIDEOBAND VON DER BESETZUNG DER ST. PETRIKIRCHE

FRANKFURT 17. April — Wir haben ein 10-Minuten Videoband zur Kirchenbesetzung von St. Petri mit dem Titel „Laßt Eso los" produziert. Es wird der Hintergrund der Besetzung geschildert. Ihr bekommt von uns Kopien gezogen, wenn ihr uns 15 Minuten Videoband zuschickt. (Und 1,50 DM Briefmarken!).

Kontakt: Medienladen, Rostockerstr. 25, 2000 Hamburg 1, Tel.: 040 / 246 384.

Bei folgenden Videozentren sind schon Kopien und die dazugehörigen Videogeräte für Vorführungen auszuleihen:

Dortmund: Videogruppe ESG, c/o Nils Holger Schomann, Hansemannstr. 92, 4600 Dortmund-Mengede, 0231—351696.

Köln: Kölner Wochenschau, Hohenzollernring 97, 5000 Köln 1, 0221—522164.

Aachen: Uwe Gienow, Bismarckstr. 174, 5100 Aachen, 0241—806001.

Frankfurt: Video-Werkstatt-Bornheim, Germaniastr. 98, 6000 Frankfurt-Bornheim, 0611—458225.

Freiburg: Medienwerkstatt, c/o Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg, 0761—26877.

München: Glockenbachwerkstatt, Videogruppe, Blumenstr. 7, 8000 München 2, 089—268838.

Berlin: Media Berlin, c/o A. Kanitz, Goethestr. 6, 1000 Berlin 15, 030—312596.

Amsterdam: Open Studio, Herengracht 156, NL-Amsterdam, 020—243720.

Hannover: Jugendzentrum, —Videogruppe—, Kornstr. 30, 3000 Hannover, 0511—715032.

WEITERE BEHINDERUNG VON BOHRUNGEN IN GORLEBEN

LÜCHOW-DANNENBERG 12. April — Die wendländischen Waldläufer gegen die Atommüllfabrik haben sich selbst ein Beingestellt. Eigentlich war für Dienstag, den 17. April 1979, eine Aktion gegen die Bohrfahrzeuge geplant. Und zwar am Abstellplatz der Fahrzeuge in Lüchow. Das aber hatten die Lüchow-Dannenberger selbst verhindert. Am Gründonnerstag nämlich sperrten sie mit 200 Leuten und etwa 40 Autos die Zufahrt zu diesem Abstellplatz sehr erfolgreich: die Fahrzeuge konnten nicht in ihre Wochenendquartiere — sie wurden irgendwo im Wald zusammengestellt und bewacht.

Nach dem Beginn der hydrogeologischen Bohrungen am Mittwoch, 17. April, behinderten dann etwa 50 Leute diese Bohrungen und einen Vermessungstrupp, der sich zum Bohrloch aufgemacht hatte. Festnahmen gab es bei dieser Aktion keine.

Die Go-ins im Kreishaus von Lüchow vom 15., 16. und 19. April (siehe ID Nr. 276) haben inzwischen Erfolg gehabt: der Kreisausschuß erfüllte die Forderung nach einer öffentlichen Kreistagssitzung und setzte für den 11. Mai eine Anhörung an. In einer Erklärung forderte der Kreisausschuß die Bundes- und die Landesregierung auf, sich zu den Ergebnissen des Hearings in Hannover in absehbarer Zeit zu äußern. Im anderen Fall sehe er die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit gefährdet.

BROKDORF—II — „RÄDELSFÜHRER"-PROZESS

HAMBURG 11. April — Am 8. Mai 1979 beginnt nach mehrfacher Verschiebung in Itzehoe der Brokdorf—II-Prozeß gegen Prof. Jens Scheer, Bremen und Uli Lenze, Hamburg. Die Anklage lautet: „Landfriedensbruch in besonders schwerem Fall." Die beiden sollen angeblich die Rädelsführer der versuchten Bauplatzbesetzung am 13.11.76 gewesen sein. — „Leitung einer nicht genehmigten Demonstration unter freiem Himmel" und „Aufforderung zu strafbaren Handlungen" lauten die weiteren Vorwürfe.

Ein Fotograf der Kieler Elektrizitätswerke war eigens nach Brokdorf gefahren, um J. Scheer aufzuspüren und hat ihn bei Megaphon-Ansprachen fotographiert, wozu er sich als Text ausgedacht hat, J. Scheer und U. Lenze hätten wie die Feldherren die Demonstranten eingewiesen und mit einem „Pfeifsignal" zum Angriff auf den Bauzaun beordert. Weiter soll J. Scheer mit Lehmbrocken und „mindestens einmal" mit einem Stein geworfen haben (dieser Stein ist erforderlich, um als „Waffe" den „besonders schweren Landfriedensbruch" zu begründen.). U. Lenze wird zudem vorgeworfen, auf Flugblättern und in Veranstaltungen der KPD zur Besetzung des Bauplatzes aufgefordert zu haben.

Neben den Aussagen dieses Zeugen wird umfangreiches Material (Film und Fotos) sowie zahlreiche Polizisten aufgeboten,

die insgesamt den Eindruck einer von den zwei Kommunisten angeführten Schlacht erwecken sollen.

Vor kurzem wurde Prof. Scheer von der Anklage freigesprochen, zur Platzbesetzung bei der Brokdorf- III - Demonstration am 19.2.77 aufgerufen zu haben. Denn an diesem Tag war es ihm nicht um eine konkrete Besetzung, sondern um eine gemeinsame Demonstration aller Atomkraftgegner gegangen, unabhängig von den Vorstellungen über die Formen des Widerstands bei Festhalten am prinzipiellen Recht des Widerstands in allen Formen. Umsomehr wird die Justiz versuchen, in diesem neuen Prozeß J. Scheer endlich hinter Gitter zu bringen, um damit auch das bisher noch nicht rechtskräftige Berufsverbot endlich durchsetzen zu können.

Der am Dienstag, 8.5. beginnende Prozeß vor dem Landgericht Itzehoe wird an den folgenden Dienstagen, 15., 22., 29.5. usw. fortgeführt. Wer nähere Information wünscht – eine Broschüre dokumentiert die Anklageschrift und die Vorgeschichte der Demonstration –, oder wer den Prozeß beobachten will oder sich als Zeuge zur Verfügung stellen kann, wende sich an: *Rechtsanwalt Dieter Magsam, Ottenser Hauptstr. 41, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040 / 390 01 03.*

PROZESS GEGEN ARNIM NEWERLA UND ARNDT MÜLLER

Stuttgart 3. April *Seit dem 3. April wird den Rechtsanwälten Arnim Newerla und Arndt Müller im "Einzweckgebäude" in Stuttgart-Stammheim der Prozeß gemacht. Vor Prozeßbeginn hat uns Rechtsanwalt Werschak folgende "Information und Kurzeinschätzung" geschickt:*

Die Rechtsanwälte Müller und Newerla, die nach dem Asylersuchen des Kollegen Dr. Croissant in Frankreich das Stuttgarter Büro fortgeführt und die IVK-Sektion der BRD vertreten haben sind angeklagt

der Mitwirkung an der Herausgabe der "texte der RAF"
der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung durch Beteiligung am Info-System
Verwendugn des Stuttgarter Büros als Informationszentrale der RAF
und als Treffpunkt und Sammelstelle potentieller Unterstützer der RAF
Brieftransport zwischen Gefangenen und Illegalen
Transport von Sprengstoff und Waffen

Politisch dient das Verfahren mehreren Zwecken:
1.Soweit das Info-System angeklagt ist,handelt es sich bereits um eine Standard-Beschuldigung der Bundesanwaltschaft gegen Verteidiger der Gefangenen aus der RAF. Die Beschuldigung zielt darauf ab, Anwaltstätigkeit, die am Schutz des Lebens, der Integrität und Identität der Mandanten aus der RAF gegen zerstörende Haft- und Isolationsbedingungen orientiert ist, zu unterbinden. Mit dieser jahrelangen wiederholten Beschuldigung wurden Verteidigerausschluß-Gesetze vorbereitet und gerechtfertigt.
2. Im wesentlichen unterscheidet sich das beginnende Verfahren durch die Steigerung der Beschuldigung: nicht mehr Papier, sondern Sprengstoff und Waffen liegen auf dem Tisch. Dieser Vorwurf beinhaltet den bislang schärfsten Angriff auf Rechtsanwälte. Damit werden alle zuvor ergangenen Gesetze die die Rechte von politischen Gefangenen auf umfassende Verteidigung eingeschränkt und – korrespondierend – Schutzlosigkeit ddieser Gefangenen herbeigeführt haben, perfekt abgesichert. Auch das sogenannte Kontaktsperregesetz wurde mit Hinweis auf die in der Anklage erhobenen Beschuldigungen legitimiert.
3. Der Vorwurf "Waffentransport" beinhaltet gleichzeitig den Versuch, den Tod von Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe am 18.10.77 in Stammheim als geklärt darzustellen: die schon zu einem Dogma erhobene Selbstmord-These soll, insbesondere auch im Hinblick auf ausländische Zweifel, justiziell abgesichert werden.

Die Angeklagten und die Verteidigung werden das Verfahren offensiv angehen und sich nicht abstrusen Konstruktionen unterwerfen.

Zum aktuellen Stand:

Mit einer Reihe von Maßnahmen hat das Gericht schon vor der Hauptverhandlung die Verteidigung behindert:

Richter Foth bestellt im Oktober 78 – noch bevor er über die Zulassung der Anklage entschieden hatte – sogenannte Sicherungsverteidiger, obwohl die angeklagten Rechtsanwälte nach ihrer Inhaftierung bald Pflichtverteidiger ihrer Wahl hatten;
Foth verweigerte den zwei weiteren Wahlverteidigern Duplikate der Akten mit dem Hohn, die Verteidiger sollten Akteneinsicht auf der Geschäftsstelle nehmen: in ca. 90 Stehordnern und Akten!
Foth hat den mehrmals gestellten Antrag, den Rechtsanwälten Müller und Neverla Umschluß zur Prozeßvorbereitung zu gewähren, abgelehnt, weil dies bewährten Grundsätzen der Strafprozeßordnung widerspreche, obwohl seine Praxis wenige Monate zuvor eine entgegengesetzte war: den Belastungszeugen Speitel und Dellwo hatte er für acht Wochen täglich vierstündigen Umschluß bewilligt
erst nachdem das Gericht erfahren hatte, daß die Verteidigung Kenntnis vom Umschluß Speitel/Dellwo hatte, hat Foth den angeklagten Rechtsanwälten vor zehn Tagen wenigstens gemeinsamen Hofgang eingeräumt;
Foth hat die Manöver der Bundesanwaltschaft mit den zwei konditionierten Informanten Speitel und Dellwo für die Vorverurteilung der Rechtsanwälte Müller und Newerla mitgemacht:
vorgezogene Verhandlung gegen Speitel und Dellwo;
im Urteil gegen Speitel/Dellwo befunden, die Beweisaufnahme habe eine lückenlose Aufklärung des Waffen- und Sprengstofftransports erbracht, ohne daß die angeklagten Rechtsanwälte Gelegenheit zu Aussagen gehabt hätten.

Kontakt: Gernot Werschak, Kreuzstr. 8, 67 Ludwigshafen

An den ersten Verhandlungstagen war der große Saal im StammheimerProzeßgebäude längst nicht gefüllte. Laßt euch nicht vom Filzen beim Betreten des Prozeßgebäudes abschrekken, kommt zu den Verhandlungen. Sie finden jeweils dienstags und donnerstags ab 9 Uhr statt.

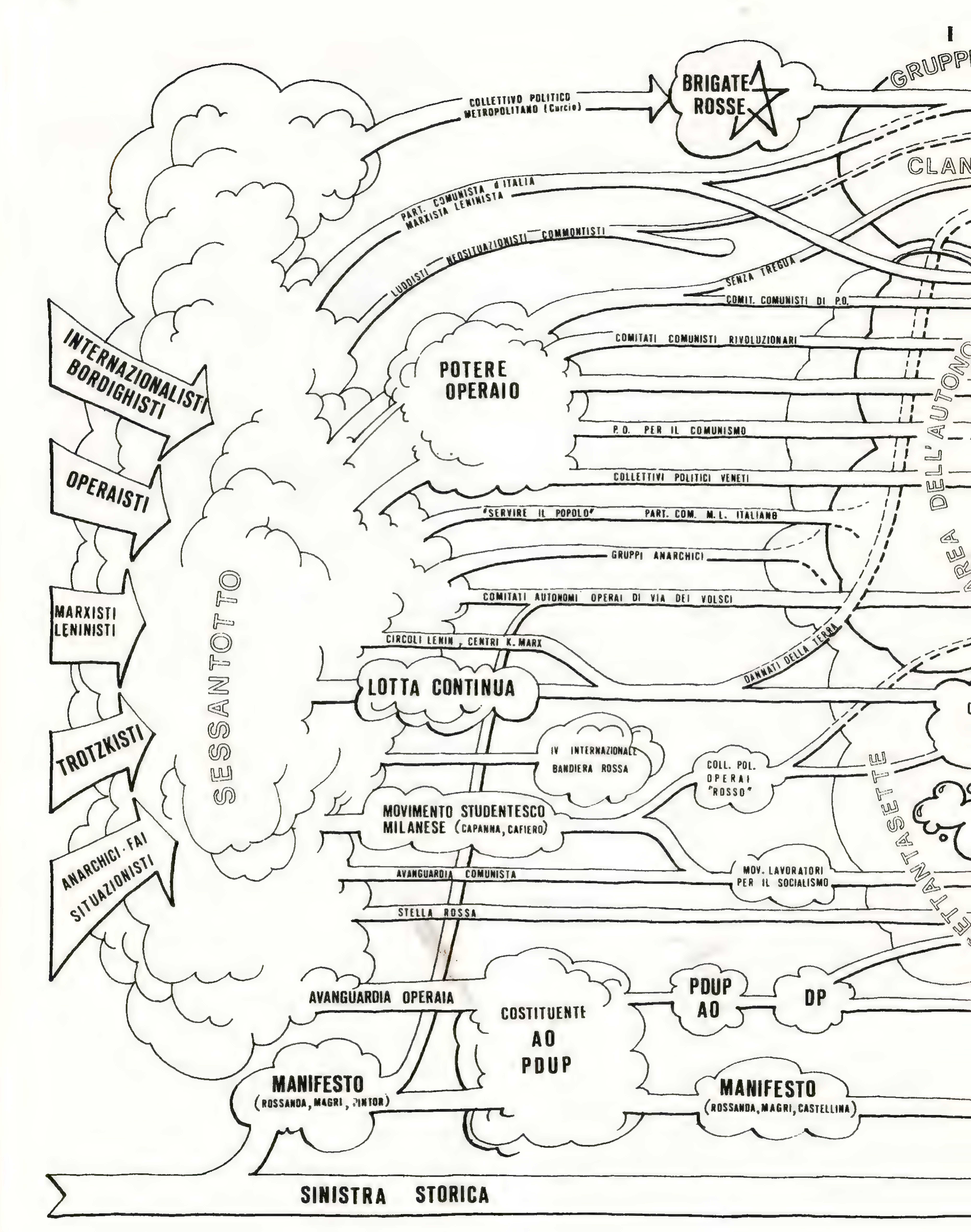
SPENDENAUFRUF

Der Vorsitzende des 2. Strafsenats des OLG Stuttgart, Dr. Eberhard Foth, hat den angeklagten Rechtsanwälten Müller und Newerla jeweils nur einen Wahlverteidiger beigeordnet. Für die Beiordnung eines zweiten Wahlverteidigers "besteht indes kein Anlaß"(Foth). Da den Angeklagten stattdessen jeweils ein sogenannter Sicherungsverteidiger beigeordnet wurde, sie "die erforderliche Verteidigung – auch im Hinblick auf den beträchtlichen Umfang der Akten – gewährleistet" (Foth).

Die Angeklagten haben zu den ihnen aufoktroierten Verteidigern kein Vertrauen. Andererseits sind etwa 100 Leitz-Ordner zu bearbeiten, was für nur einen Verteidiger unmöglich zu bewältigen ist. Schon aus diesem Grunde brauchen die Angeklagten jeweils einen weiteren Verteidiger ihres Vertrauens. Dies gilt umso mehr, als das Verfahren gegen die beiden angeklagten Rechtsanwälte der nachträglichen Rechtfertigung des Kontaktsperregesetzes, der Trennscheibe und der Selbstmordthese von den Gefangenen in Stammheim dienen soll.

Die Verteidigung in diesem Verfahren ist mit hohen Kosten verbunden, die keine Kanzlei verkraften kann. Wir bitten daher um finanzielle Unterstützung durch Überweisung einer Spende auf das Spendenkonto **Detlef Feuerborn, 68 Mannheim, Kontonr. 155 06 – 752 PSchA Karlsruhe.**

Als gewählte Verteidiger: Detlef Feuerborn, Mannheim, Dr. Gerhard Härdle, Heidelberg, Monika Schiele, Mannheim, Gernot Werschak, Ludwigshafen.



I
GRUPPI
BRIGATE ROSSE
COLLETTIVO POLITICO METROPOLITANO (Curcio)
CLAN
PART. COMUNISTA d'ITALIA MARXISTA LENINISTA
LUDDISTI
NEOSITUAZIONISTI
COMMONTISTI
SENZA TREGUA
COMIT. COMUNISTI DI P.O.
COMITATI COMUNISTI RIVOLUZIONARI
INTERNAZIONALISTI BORDIGHISTI
POTERE OPERAIO
P.O. PER IL COMUNISMO
OPERAISTI
COLLETTIVI POLITICI VENETI
"SERVIRE IL POPOLO"
PART. COM. M.L. ITALIANO
AREA DELL'AUTONO
GRUPPI ANARCHICI
MARXISTI LENINISTI
SESSANTOTTO
COMITATI AUTONOMI OPERAI DI VIA DEI VOLSCI
CIRCOLI LENIN, CENTRI K. MARX
DANNATI DELLA TERRA
LOTTA CONTINUA
IV INTERNAZIONALE BANDIERA ROSSA
TROTZKISTI
COLL. POL. OPERAI "ROSSO"
SETTANTASETTE
MOVIMENTO STUDENTESCO MILANESE (CAPANNA, CAFIERO)
ANARCHICI-FAI SITUAZIONISTI
AVANGUARDIA COMUNISTA
MOV. LAVORATORI PER IL SOCIALISMO
STELLA ROSSA
AVANGUARDIA OPERAIA
PDUP AO
DP
COSTITUENTE AO PDUP
MANIFESTO (ROSSANDA, MAGRI, PINTOR)
MANIFESTO (ROSSANDA, MAGRI, CASTELLINA)
SINISTRA STORICA

ARMATI
BR
AZIONE RIVOLUZIONARIA
DESTINI
PRIMA LINEA
NAP
TERRORISMO DIFFUSO
P. C. d'I.
MIA
RIVISTA METROPOLI (PIPERNO, SCALZONE)
SETTANTASETTE
AUT. OPERAIA DI PADOVA (Toni Negri)
ORG. PROLET. ROMANA
VIA DEI VOLSCI
"ROSSO"
COORDIN. NAZ. LC
CONVEGNO DI RIMINI
AREA DELL'AUTONOMIA CREATIVA
INDIANI METROPOLITANI
LC QUOTIDIANO
MOVIMENTO LAVORATORI PER IL SOCIALISMO
STELLA ROSSA
RADIO CITTA' FUTURA
GRUPPO DEGLI
DP
MANIFESTO (ROSSANDA, PINTOR)
PDUP (MAGRI, CASTELLINA)

DIE „NEUE LINKE" SEIT 1968

In der Zeichnung nebenan wird die neue italienische Linke in ihrer Entwicklung seit 1968 (Sessantotto) über die Bewegung 77 (Settantasette) bis zur heutigen Situation gezeigt. Ganz unten die historische Linke (Sinistra storica, also PCI,PSI usw.), dann die PCI-Abspaltung Manifesto und ihre Vereinigung und Trennung von Avanguardia Operaia und der PDUP, die sich inzwischen zur Democrazia Proletaria (DP) zusammengeschlossen haben. Dann weiter oben die Mailänder Studentenbewegung (Movimento Studentesco Milanese), aus der sich die Zeitschrift der Autonomia "Rosso" und die dem hiesigen KBW vergleichbare MLS (Movimento Lavoratori per il Socialismo) entwickelt haben. Als nächstes Lotta continua, von der eine Reihe von Genossen zur Guerillagruppe NAP (Nuclei Armati Proletari) gegangen sind; nach dem Kongreß von Rimini gab es Lotta continua nur noch als Zeitung (quotidiano), erst in den letzten Monaten hat sich die nationale Koordination (Coordin. Naz.) von LC wiederbelebt. In der großen Wolke der '77er-Bewegung taucht unvermittelt die kreative Autonomie (Area dell'autonomia creativa) mit den Stadtindianern (Indiani metropolitani) auf: sie scheinen keine Vergangenheit und keine Zukunft zu haben. Weiter oben dann Potere Operaio, das sich anfang der 70er Jahre aufgelöst hat und in verschiedene autonome Kollektive aufgegangen ist, die die Autonomia (Area dell'autonomia) bilden. Dazu gehören die Autonomia von Padua (Toni Negri) und die neue Zeitschrift der Autonomia „Metropoli" (Piperno, Scalzone). Die nicht durchgezogenen Linien zeigen die Veränderungen der einzelnen Gruppen an. Ganz oben dann die klandestinen bewaffneten Gruppen (Gruppi armati clandestini), mit dem terrorismo diffuso" (verbreiteter Terrorismus) und den Guerillagruppen Prima Linea und Roten Brigaden.

Aus „La Republica", Piazza Indipendenca, I - 00185 ROMA



Zur Verhaftung von Toni Negri

DIE ELIMINIERUNG DES SOZIALEN PROBLEMS

Rom 15. April Anfang April wurde in Italien gegen 22 Genossen der "Autonomia" Anklage erhoben; Haftbefehle wurden u.a. gegen die Theoretiker der Autonomia Toni Negri, Orest Scalzone und Franco Piperno, der seitdem untergetaucht ist ausgestellt. Gegen Negri wird der schwerste Vorwurf erhoben: er sei an der Entführung Moros beteiligt gewesen und habe das letzte Telefongespräch zwischen den Roten Brigaden und Frau Moro geführt. In den italienischen Zeitungen heißt es dann gleich, die Führer der Autonomia seien die Führer der Roten Brigaden. Und das, nachdem die Autonomia die Roten Brigaden scharf wegen ihres Guerilla-Konzepts angegriffen und umgekehrt die Roten Brigaden die Autonomia als "Feiglinge" und "Schlappschwänze" beschimpft hat. Aber jetzt soll Toni Negri Chef der Roten Brigaden sein. Das juristische Konstrukt wird offensichtlich.

Daneben wird den Genossen aus der Autnomia vorgeworfen, daß sie von '70 bis '74 in der "Potere Operaio" mitgemacht haben; die Potere operaio war damals eine legale politische Organisation, jetzt wird sie nachträglich zu einer kriminellen Vereinigung gemacht. Dann wird ihnen vorgeworfen, in den Zeitschriften "Rosso, Autonomia und Contrinformazio-

ne und zahlreichen anderen Zeitungen und Broschüren, in Flugblättern und Schriften mit offensichtlich subversivem Inhalt" zum bewaffneten Aufstand aufgerufen zu haben. Außerdem wird ihnen als den Theoretikern der Autonomia die Praxis der sog. "Massenillegalität", von Enteignungen und Einbrüchen, von Entführungen und Attentaten auf Kasernen, Gefängnissen und Parteibüros und auf sog. "Höhlen der Schwarzarbeit" vorgeworfen. Gerade die letzten Anklagepunkte machen deutlich, daß sich die Verhaftungen gegen eine ganze politische Richtung, die "area dell' autonomia" (die Scene der Autonomen) richtet. Getroffen werden soll ein soziales Phänomen von Massenmilitanz, das von der Autonomia in Anlehnung an die Theorie der "fabbrica diffusa"(der verbreiteten Fabrik, die durch die Dezentralisierung der Produktion auf die ganze Gesellschaft ausgeweitet wurde) als "terrorismo diffuso" (verbreiteter Terrorismus) bezeichnet wird. Der Staatsanwalt, der Negri und die anderen verhaftete, bestätigte dies indirekt, indem er von dem entscheidenden Schritt zur endgültigen Lösung eines sozialen Problems, nämlich des "terrorismo diffuso" sprach. Indem der Massenmilitanz ihre theoretischen Köpfe abgeschlagen werden, will man das soziale Problem der marginalisierten Jugendlichen lösen. Die Aktion geht weit über ein Wahlkampf-Manöver hinaus (in Italien wird am 3. Juni gewählt), sie ist offenbar von langer Hand vorbereitet und Anfang April auf europäischer Ebene mit den Innenministern von Frankreich, Italiens, der BRD, Schweiz und Österreichs abgesprochen worden. Die Anklage war übrigens von dem im Februar von der Guerillagruppe Prima Linea erschossenen Staatsanwalt Alessandrini vorbereitet worden.

Die Situation von Lotta Continua

Der Angriff auf die Autonomia findet zu einem Zeitpunkt statt, in dem es kaum Spielraum für Massenkämpfe gibt. Das beste Beispiel hierfür ist die Situation der Lotta continua: während der Moro-Entführung und danach hatte sie (die ohnehin nur noch als Zeitung besteht) versucht, einen "dritten Weg" zwischen Staat und Roten Brigaden einzuschlagen und stattdessen auf "Massenkämpfe" zu setzen. Sie hat dabei eine Problematisierung von "Gewalt" und eine Kritik an der Guerilla geleistet, die in Deutschland vergleichbar ist mit der Kritik der Spontis, ausgehend von Mescalero, an der Guerilla. Über diese Problematisierung kam Lotta continua aber nicht hinaus, praktische Konsequenzen waren sehr schwierig. In dieser Situation scheint sie zwischen der KPI auf der einen Seite und den Guerillagruppen bzw. die den "terrorismo diffuso" theoretisierende Autnomia auf der anderen zerrieben zu werden. Vielen, vor allem jüngeren Genossen, war die intellektuelle Kritik an der Guerilla zu wenig; immer mehr verbeitete sich die Meinung, daß "die einzigen, die noch etwas machen, die Leute aus der Autonomia oder den Guerillagruppen sind", Und auf den Demonstrationen wurde gerufen: "Wie kommt es nur, wie kommt es nur, sie (die Polizei) schießen und wir nie, früher oder später, früher oder später, werden auch wir schießen."

In Mailand wurde im letzten Herbst das dortige Büro von Lotta continua von mit der römischen Redaktion unzufriedenen Genossen besetzt. Sie forderten den Wiederaufbau von Lotta continua zu einer "Organisation", die sozialen Inhalte hierfür waren allerdings ziemlich unklar. Die Vorstellungen der Mailänder Genossen, die sich in Abgrenzung zur "verwaschenen" Zentralredaktion "Lotta continua für den Kommunismus" nennen, stimmten allerdings in ihrem Wunsch nach Praxis und Organisation mit der Autonomia überein. Der Konflikt innerhalb der Lotta continua spitzte sich im Winter zu, Ende März fand eine nationale Versammlung von LC statt; die Mailänder drohten, die Redaktion zu besetzen und damit die Zeitung zu paralysieren. Auf der Versammlung waren auch viele Genossen aus der Autonomia da (u.a. die jetzt angeklagten Scalzone und Piperno). Zu einer Besetzung der Redaktion von LC kam es nicht, da auch die Mailänder ein Weiterbestehen der Zeitung wollen. Der Eklat wurde vermieden und eine Lösung "all'italiana" gefunden: am 10. Mai soll es wieder eine nationale Versammlung der Lotta Continua geben, außerdem soll ein Koordinationsgremium eingerichtet werden, und die Zeitungsmacher versprechen, eine bessere Zeitung zu machen.

Reaktionen auf die Verhaftungen

Eine Lotta Continua, die in sich gespalten und gelähmt ist, und eine Autonomia, deren Theoretikern der Prozeß gemacht werden soll — das ist die aktuelle Situation . .

Auf die Verhaftung von Negri, Scalzone u.a. sollten in den größeren italienischen Städten Demonstrationen der Autonomia stattfinden, die aber verboten wurden. In Rom und Bologna kommt es zu größeren Straßenauseinandersetzungen mit Molotow-Cocktails und Straßensperren. In den Zeitungen ist zu lesen: "24 Stunden Guerilla in Rom". Auf Immobiliengeschäfte und Justizgebäude gibt es in Norditalien Attentate. In Padua, dem Zentrum der Verhaftungswelle, findet eine nationale Versammlung der Autonomia statt. Die Stadt ist total von der Polizei eingenommen. Wer mit dem Zug gekommen ist und den Bahnhof verläßt, muß sich erstmal an die Wand stellen und wird abgetastet. Eine Demonstration kommt unter diesen Bedingungen nicht zustande. Drei Genossen aus der "area dell'autonomia" von Padua werden in ihrer Wohnung getötet, während sie gerade eine Bombe zusammenbauen. Es ist das tragische Ergebnis einer Situation, in der sie keine legale Handlungsperspektive mehr sehen.

Die Verteidiger Negris und der anderen wollen, daß Beweise gegen ihre Mandanten, von denen die Staatsanwaltschaft redet, möglichst schnell auf den Tisch gelegt werden, und fordern deshalb neben der Freilassung der Verhafteten, daß ein Prozeß möglichst schnell stattfindet. Aber von seiten der Staatsanwaltschaft heißt es nur, es gäbe "Beweise".

Ein Gespräch mit Franco Piperno

Franco Piperno ist einer der bekanntesten Genossen der Autonomia von Rom. Die folgenden Ausschnitte eines Interviews mit ihm (der inzwischen flüchtig ist) stammen aus der Repubblica vom 11. April:

"In einigen Zeitungen hieß es, daß die Führer der Roten Brigaden, die Professoren, verhaftet seien."

Piperno: "Die erstaunlichste Sache ist die Dummheit der Anklagen und ich denke besonders jener gegen Toni Negri, der als Führer der Roten Brigaden angesehen wird. Der italienische Durchschnittsleser weiß sehr wohl, daß Negri seit 6 Jahren in harten, andauernden Polemik mit den Roten Brigaden steht . . Das ist die breiteste Unterdrückungsoperation, die es in Italien je gab. In den Tagen der Moro-Entführung wurden 240 Genossen verhaftet, aber sofort wieder freigelassen . . . Das Ziel jetzt ist nicht eine politische Gruppe, sondern die neue soziale Opposition."

"Was repräsentiert die Autonomia organizzata?"

"Ich würde sagen: es ist eine Art, sich zu einem neuen sozialen Phänomen zu verhalten, das die Welt erschüttert, d.h. daß immer mehr Jugendliche die traditionelle Arbeitsmoral verweigern, die auf Qualität der Arbeit aus sind und in ihr nicht ein Einkommen sehen, das sie ohnehin verlangen, sondern ein Moment von Selbstverwirklichung. Sie (gemeint ist der Journalist G.Bocca von der Repubblica) haben das vor einigen Tagen bei der Fiat in Turin gesehen und in der Journalistensprache erzählt, was wir in unserer Spezialistensprache sagen. Sie haben von Jugendlichen gesprochen, die mit den traditionellen Werten der alten Arbeiterbewegung, der historischen Linken, nichts anfangen können. Wir von der Autonomia - wie ungeschickt, ungeduldig und unangenehm Sie uns auch sehen wol-

len — sind die einzigen, die sie repräsentieren. Die anderen haben den Kontakt zu ihnen verloren, wissen nicht, auf welchem Vulkan sie sitzen . . . Meiner Ansicht nach ist diese Verhaftungswelle eine große politisch-militärische Aktion, die lange vorbereitet ist. Wenn es nicht so wäre, wären nicht die 70 Leute verhaftet worden, die seit 7 Jahren öffentlich Politik machen und die als einem grundlegenden Punkt in ihrem Leben an den politischen Massenkämpfen der neuen Opposition teilgenommen haben . . . Diese Operation hat nicht die organisatorischen Kader der Autonomia getroffen, hat sich in einem bestimmten Sinn nicht um die aktiven Protagonisten gekümmert. Sie hat die Symbolfiguren getroffen, die, die versuchen, zu vermitteln und den aufkommenden Bedürfnissen eine politische Ebene zu geben, eine politische Rationalität. Deshalb machen wir uns auch besonders Sorgen."

"Denken Sie, daß ein Teil der Jugendlichen der Autonomia jetzt zum bewaffneten Kampf übergehen wird?"

"Wenn sich in den nächsten Tagen die Absicht, eine ganze soziale Schicht zu terrorisieren, bestätigen wird, würde ich nicht ausschließen, daß Hunderte Jugendlicher die Konsequenz ziehen, daß es in Italien keine Möglichkeit für einen offenen politischen Kampf für die neuen sozialen Bedürfnisse gibt. An diesem Punkt gibt es dann die Alternative: nach Hause oder in die Klandestinität gehen. Ich zweifle daran, daß viele bereit sind, nach Hause zu gehen . . . Die neue Opposition, sagt man, ist eine Minderheit, aber eine Minderheit, die das Land anzünden kann. Vergessen Sie nicht, daß es am 12. März 1977 100.000 in Rom waren, die demonstriert haben."

"Sie sagen, daß die Verbindung Negri-Rote Brigaden undenkbar ist."

"Sicher, da reicht der gesunde Menschenverstand, um das zu verstehen. Die Leitung einer klandestinen terroristischen Bewegung ist kein Hobby oder eine Teilzeitarbeit. Du stehst auf, gehst nach Padua (wo Negri Professor ist), um eine Vorlesung zu halten, schreibst einen Artikel, eine Zeitschrift, antwortest Kollegen von der Sorbonne und zwischen 6 und halb 7 rufst du einen Rot-Brigadisten an und sagst ihm, wen er in die Knie schießen soll. Was soll denn der Quatsch! Oder wenn man an Oreste Scalzone denkt, einer, der "öffentlich" war, auch wenn er schlief, bei dem sich in den letzten Jahren Versammlungen, Treffen, Kundgebungen, Straßenauseinandersetzungen, Diskussionen nur so abgewechselt haben. . . "

"Aber in den Zeitungen der Autonomia ist dauernd von Gewalt die Rede."

"Ich weiß, daß das schwierig zu erkären ist, aber die Gewalt der neuen Jugendopposition ist nicht etwas, was man vorherbestimmen kann. Niemand in Italien ist in der Lage, die verbreitete Gewalt zu kontrollieren. Wir versuchen, die zu verstehen und, um sie zu verstehen, waren wir ihr nahe. Und jetzt wollen sie uns eliminieren. Der "terrorismo diffuso" ist Bestandteil eines allgemeinen sozialen Phänomens: dem Ausbruch von irrationalen und plötzlichen Formen jener neuen sozialen Schichten, von der ich sprach. Wenn das Wachstum dieses neuen sozialen Subjekts in unserem Land zu falschen Formen der Gewalt führt, sind die Gründe darin in erster Linie auf den abgestumpften Widerstand zurückzuführen, auf den die neuen Bedürfnisse treffen, nicht um sich zu bestätigen, sondern nur, um sich eine Identität zu geben."

LINKSOPPOSITION IN DER UDSSR – ANFANG ODER ENDE?

Leningrad 3. April — *Am 3. April sollte der Prozeß gegen den 20-jährigen Arkadi Tsourkov in Leningrad eröffnet werden. Tsourkov ist Mitglied der "Linken Opposition", einer Gruppe von Dissidenten, die nach unserem Sprachgebrauch als "linksradikal" bezeichnet werden können. Im folgenden eine einleitende Übersetzung eines Artikels über den Prozeß vom 10.4. sowie einer gekürzten Übertragung einer dreiteiligen Serie vom 4., 5. und 10.4. (alle aus Liberation).*

Der KGB hat in Leningrad alle Vorkehrungen getroffen um mögliche Reaktionen auf den Prozeß gegen die Köpfe der "Linken Opposition" abzuwürgen. Der Prozeß gegen A. Tsourkov, der am 3.4. eröffnet wurde, sollte am 5.4., spätestens aber am 6.4. zu Ende sein. Aber weder in Leningrad noch in Moskau konnte jemand bestätigen, ob der Prozeß nun beendet sei oder nicht, oder ob der Urteilsspruch auf später verschoben worden wäre. Man weiß auch nicht mit Sicherheit, was die Mutter von Tsourkov von der einzigen Sitzung, zu der sie zugelassen worden ist, nämlich zu der Eröffnung des Prozesses am 3.4., zu berichten hatte.

Die sowjetischen Medien haben über den Beginn des Prozesses nichts bekannt gegeben und auch über das Ende wurde offensichtlich nichts veröffentlicht. Auch von dem Anwalt Tsourkovs kann man nichts erwarten, denn seit seiner Einsetzung hat er sich geweigert die Familie hinzuzuziehen oder zu informieren. Noch dazu hat er sich den Versuchen von Irena Lopotoukhina, der Freundin des Angeklagten, entgegengestellt, ihren Freund in der Haft zu heiraten.

Der Fluß der Informationen über den Prozeß, die zu Beginn durchgesickert waren, ist schon am ersten Prozeßtag ausgetrocknet worden, nachdem die Telephone der Familie und der Freunde abgestellt worden waren. Die Mutter Tsourkovs berichtete, daß er eine verschlossenen Haltung eingenommen hätte, während die Mitglieder des Gerichts ihm gegenüber eine außergewühnliche Aggressivität und Flegelhaftigkeit an den Tag legten. Der Vorsitzende und die Beisitzer unterbrächen ständig seine Erklärungen.

Der nächste Prozeß gegen Mitglieder der "Linken Opposition" wird Alexander Skobov, 21 Jahre, betreffen und ist für den 16. April vorgesehen. In Übereinstimmung mit dem sowjetischen Recht wird er hinter geschlossenen Türen stattfinden, in Abwesenheit des Angeklagten, ohne Anwalt oder einen anderen Vertreter der Verteidigung. Das ist deshalb der Fall, weil das psychiatrische Serbski-Institu nach einer Beobachtung von mehreren Wochen Skobov in einem Gutachten für unzurechnungsfähig und an "schizoider Psychopathie" leidend befunden hat. Eine solche Diagnose legitimiert ein verkürztes Verfahren zur Urteilsfindung in Abwesenheit des Angeklagten aufgrund dessen man das Urteil schon vorhersagen kann: Internierung in einer speziellen Klinik bis zur "Gesundung" des Kranken.

Die Leute, die der "Neuen Linken" der UdSSR zuzurechnen sind, traten im Februar 1976 zum ersten Mal in Erscheinung, als sie während des XXV. Parteitages der KPdSU in Leningrad anti-sowjetische Flugschriften verbreiteten, in denen die stalinistische Politik der Regierung angegriffen wurde, die Trennung zwischen Partei und Jugend hervorgehoben und der ganze Parteitag als ein einziger Bluff bloßgestellt wurde. Sie forderten dagegen die Schaffung einer pluralistischen Gesellschaft mit einem menschlichen Sozialismus.

Die Flugschriften wurden vor allem vor den Fakültäten, auf dem Nevski Prospekt und in der Metro verteilt. Die Verteilung war weder einfach noch ungefährlich; vor allem während Wahlen und Parteitagen werden von den Behörden aus Angst vor

der — in Leningrad besonders starken — Opposition die Kontrollen verschärft. Die Polizei und der Geheimdienst setzen zusätzliche Verstärkung der Patrouillen ein und erhalten noch Unterstützung von freiwilligen Zusatzkräften. Trotz aller Kontrollen und obwohl die Verteilung an besonders belebten Punkten stattgefunden hatte, brauchte die Polizei zwei Wochen, in denen sie den Weg der Pamphlete zurückverfolgen mußte, um an die Verteiler heranzukommen. Sie stieß bei der Ermittlung auf die Universität und ließ von den dort Anwesenden tausende von Schriftproben für graphologische Untersuchungen nehmen (in dem Flugblatt gab es eine handgeschriebene Passage) und führte hunderte von Verhören durch. Das Ergebnis dieser unglaublichen Aktion brachte die Polizei auf den Kreis um Skobov, Tsourkov und Lepetoukhina, allesamt Schüler oder junge Studenten. Die Früchte der Verhöre dieser rd. 30 Leute umfassenden Gruppe waren mager. Die Beweise langten lediglich für eine Anklage gegen einen: Andre Raznikov. Raznikov wurde wegen anti-sowjetischer Propaganda (Art. 70) und Verbreitung verleumderischer Äußerungen über die Regierung (Art. 190.1) zu zwei Jahren Lager verurteilt. Wegen seines jungen Alters — er war 17 — kam er nach zwei Monaten Lager für zwei Jahre in die Armee. Seine Freunde waren zum größten Teil entweder aus den Fakultäten ausgeschlossen oder auf die Schwarze Liste gesetzt.

Etwa in der gleichen Zeit hatt Alexander Skobov in einem Holzhaus am Stadtrand eine Kommune gegründet (dessen Nachbarn waren Felix Vinogradov und seine Familie, dessen Vater ein hoher KGB-Funktionär war). Skobovs Eltern, vermögende Intellektuelle, warfen ihren Sohn wegen seines Lebenswandels aus ihrem Haus, um den Ruf der Familie zu schützen. Ein anderer, der unter dem Zwang des Konformismus und der sozialen Anpassung in der Familie litt und dessen Vater Oberst beim Innenministerium war, war Alexander Tschistiakov. Auch er war deshalb oft in der Kommune zu finden.

Die Kommune stand jedermann offen. Ihre Adresse bekam man im "Cafe Sphinx", in welchem junge Leute verkehrten, die mit ihrer Lage unzufrieden waren und sich dort trafen, um z.B. über psychiatrische Behandlung, Foltermedizin, Pazifismus und Dissedententum zu reden. Sie führten offene Diskussionen und waren bunt gekleidet, z.T. mit alten Armee-Surplus-Klamotten und niemand, dem sein guter Ruf etwas wert gewesen ist, kehrte dort ein. Die Kommune selbst war dürftig ausgestattet: eine Schreibmaschine war vorhanden, ebenso Zucker und Brot. Skobov hatte seine Bücher hergeholt: den jungen Marx, Kropotkon, Trotzki, einige Dissidenten und ausländische Literatur. Eine zeitlang war auch eine Ausgabe des Archipel Gulag vorhanden. An den Wänden hingen Poster von Che Guevara und einem bärtigen Christus mit seinen bewaffneten Jüngern sowie Bilder aus dem Bereich der nonkonformistischen Malerei.

Skobov selbst war ebenso eine bunte Gestalt, die als offene, großzügige und idealistische Persönlichkeit galt. Politisch ordnete er sich als anarcho-syndikalistisch ein. Er arbeitete als Nachtwächter und nahm nebenher an Fernkursen der historischen Fakultät teil. Von seinem geringen Einkommen finanzierte er die Unterkunft, Tee und Zucker für alle, die ihn besuchten: Hippies oder Maler aus vielen Teilen Rußlands, mit denen er sympathisierte, ohne selbst ein Hippie zu sein. Untereinander stellten sie in den Gesprächen ihre Gemeinsamkeiten fest, die eine Zusammengehörigkeit signalisierten, die ohne Organisation vorhanden war. Sie verstanden sich alle als Kritiker an der herrschenden Regierung; ihnen allen lag ein Wechsel dieser Herrschaft sehr am Herzen.

Aus ihren — im übrigen sehr vielfältigen — politischen Ansichten entstand die Zeitschrift 'Perspektive', deren erste Ausgabe im Juni '78 veröffentlicht wurde. Zwei weitere Ausgaben im Juli und August folgten. Hauptgegenstand der Hefte sind theoretische Artikel z.B. aus der "Chronik der laufenden Ereignisse", sowie u.a. ein Bericht von der Demonstration vom 4.7.78, an der 15.000 Jugendliche spontan teilgenommen hatten und die von der "Blauen Division", einer Polizei-Spezialeinheit, aufgelöst worden war. Insbesondere die Nr. 3 der Perspektive wird zum Diskussionspapier für eine für September geplante "Pansowjetische Konferenz", einem großen Treffen der "Linken Opposition".

Im August wird die Hausgemeinschaft von der Polizei durchsucht. Die wertvolle Schreibmaschine wird beschlagnahmt. Dennoch — d.h. trotz der spürbaren Bedrohung, die auf allen lastete — ging das Leben dort weiter, der vorgesehene Termin des 12. September für das Treffen wurde wegen dieses Vorfalles nicht verschoben; erst als sich eine Kontroverse abzeichnete, die von einer orthodox-marxistischen Gruppe ausging, deren Papiere für die Konferenz nicht rechtzeitig eintrafen, verlegte man den Termin auf Oktober.

Im September teilte Skobov seinen Freunden mit, daß er beschattet würde. Im Oktober wird er schließlich vom KGB vorgeladen und verhört. Nach dem 10. Oktober finden in der Kommune sowie bei Freunden und Sympathisanten Hausdurchsuchungen statt. Hierbei legt die Polizei ihr besonderes Augenmerk auf Waffen und Sprengstoff, die Suche bleibt jedoch erfolglos. Währenddessen finden ständig Verhöre statt, sowohl auf Vorladungen hin, als auch in "Gesprächen" unmittelbar am Arbeitsplatz der Betroffenen. Die Verhöre laufen nahezu schematisch ab: Fragen nach der Person und der politischen Meinung Skobovs und Reznikovs, nach der Konferenz und ihrem Ablauf, nach der Zeitschrift 'Perspektive' — insbesondere der Nr. 3 und deren Funktion als Programm der Gruppe, nach möglichen Auslandsverbindungen Skobovs.

Dieser wird am 14.10. verhaftet. Reznikov wird davon unterrichtet und rät den anderen durchzuhalten. Zwei Monate darauf — am 14.12. — werden die Vertreter der Gruppe aus Moskau und Gorki auf dem Weg zur Konferenz auf dem Bahnsteig verhaftet und in ein Gefängnis gebracht. Bessov aus Moskau wird getrennt in der Anstalt Katchenko interniert.

Jemand, der nicht genannt sein will, beschreibt die Verhöre die im "Großen Haus" des KGB stattfinden: *"Ich mußte innerhalb von 6 Stunden 3 Verhöre über mich ergehen lassen."* Beschreibung der bekannten Taktik des Verhörs zwischen ' vernünftiger' Aufforderung und aggressiver Drohung. *"Die Dummheit ihrer Argumente stört sie (die Vernehmer) nicht. Das Grundlegendste ist Angst zu erzeugen und noch einmal Angst, um dich zu brechen."*

Die Durchsuchungen werden fortgesetzt und man findet bei Reznikov ein Exemplar des "Gulag". Irene Reznikov gelingt es mit den Dokumenten (für die Konferenz) in der Toilette zu verschwinden und sie hinunterzuspülen, bevor die Polizei die Tür aufbricht. Man sucht außerdem nach der "Chronik..." und der Zeitschrift "Continent", um der Originale der Perspektive-Artikel habhaft zu werden.

Der nächste Schlag ist die Verhaftung Tsourkovs am 31.10. Das Verfahren gegen Tsourkov und Skobov stützt sich auf die Artikel 70 (Propaganda und Agitation), Artikel 72 (Bildung einer Vereinigung) und Artikel 190.1 (Verbreitung anti-sowjetischer Verleumdung). Die geschlossene Haltung der beiden und ihrer Freunde erschwert die Ermittlungen der Behörden.

Artikel 70 kommt nicht mehr zur Anwendung. Skobov wird ins Moskauer Serbski-Institut gebracht, wo er einer psychiatrischen Untersuchung unterzogen wird. Sein Verfahren wird abgetrennt. Das Vorgehen ist der normale Verlauf, wenn der Angeklagte die Aussage verweigert oder sonst nicht gebrochen werden kann. Aus Furcht vor Widerstand von seiner Seite vor Gericht stellt man einen völlig Gesunden als verrückt hin.

Trotz aller Einschüchterungsversuche findet am 5.12. eine Demonstration gegen die Verhaftung von Skobov und Tsourkov statt. Die Polizei, die von der Veranstaltung erfahren hatte, umstellte den Versammlungsort und kreiste die 200 Demonstranten ein und nahm Reznikov und 15 andere Personen

HARRISBURGER – Da strahlt die ganze Familie ! (vierfarbig, als Kleber oder Button, zu bestellen bei ASTA UNI Ffm, Jügelstr.1, 6000 Frankfurt. Mindestabnahme 10 Stück gegen Vorkasse)



vorläufig fest. Man hatte den 5.12. gewählt, weil er der Jahrestag der Verabschidung der Stalin'schen Verfassung war, an dem die demokratische Bewegung für die Durchsetzung der dort gewährten Menschenrechte zu demonstrieren pflegte.

Nach dem Tag der Demonstration nimmt die Repression noch zu. Der KGB startet eine Kampagne zur "politischen Information" unter Schülern und Studenten, dem Rekrutierungsfeld der Opposition. Sie wurden zu "Gesprächen" und Verhören vorgeladen und bedroht. Man sprach auch mit ihren Eltern, die das Verhalten ihrer Kinder als Bedrohung ihrer eigenen Existenz begriffen.

Am 12.12. wird Reznikov zusammengeschlagen und von Unbekannten auf einer Polizeistation abgeliefert. Er bekommt 12 Tage Arrest wegen 'Hooliganismus' – Rowdytum.

WELCHES PROGRAMM VERTRITT DIE GRUPPE DER "LINKEN OPPOSITION"?

Die Gruppe "Linke Opposition" ist auf keine Linie festgelegt. Aufgrund des Alters der Mitglieder und ihrer vorwiegend von Schule und Elternhaus geprägten Erfahrung beziehen sich ihre konkreten Vorstellungen stark auf den Bereich "Erziehung". Auf den anderen Gebieten sind ihre Erfahrungen weniger gemeinsam bzw. einheitlich; hier ist ihr Wissen bruchstückhaft und aus Büchern heraus bezogen. Sie sahen nicht zuletzt in der Veröffentlichung von Artikeln, die in der UdSSR unzugänglich sind eine Aufgabe, die als Voraussetzung für die weitere Erarbeitung konkreter Perspektiven in der gegenwärtigen Lage in der Sowjetunion galt. Das Spektrum der literarischen Interssen, das in den Artikeln der 'Perspektive' sich abzeichnete, reichte von den oben genannten klassischen Autoren bis hin zu Marcuse ("Der eindimensionale Mensch") und Cohn-Bendit ("Der Linksradikalismus. . .").

Die "Linke Opposition" sah sich ihrem Selbstverständnis nach als Erbe der russischen sozialrevolutionären Bewegung. Nach unserem Verständnis würden wir sie als "Ultralinks" einordnen. Der Sowjet-Staat ist für sie der Inbegriff des "monopolkapitalistischen Staates", an dessen Spitze eine "neue Aristokratie" über das gesellschaftliche Mehrprodukt verfügt und eine "chauvinistische und imperialistische Politik" betreibt, um den Staat als "Selbstzweck" aufrechzuerhalten. Auf der anderen Seite befindet sich die Arbeiterklasse, "aller Rechte und Aussichten auf die Zukunft beraubt"; sie "flüchtet in den Alkoholismus und die Gleichgültigkeit gegenüber ihrem eigenen Schicksal und dem der Gesellschaft"; sie hat "alle revolutionären Fähigkeiten eingebüßt". Die Kollektivierung der Bauern hat den "Bankrott" der Landwirtschaft mit sich gebracht und "die Vorteile individueller Bewirtschaftung" bewiesen.

Innerhalb der Diskussion, wie sie in der Nr. 3 der 'Perspektive' geführt wurde, zeichnete sich ein Gegensatz ab: zwischen den "Partisanen" einerseits und den Pazifisten andererseits. Die Partisanen, als Befürworter eines gewalttätigen Aktionismus, beziehen sich unter anderem auch auf die "deutschen Anarchisten", z.B. die Rote Armee Fraktion, während die Pazifisten der Meinung sind, daß sich die Repression in der UdSSR noch verstärken wird, der Staat gezwungen sein würde, Reformen zu veranlassen. Zu letzteren zählen auch Tsourkov Skobov, deren Absicht innerhalb der Gruppe immer gewesen ist, sie für viele Fraktionen und Meinungen offen zu halten, als einen Kristallisationspunkt der Opposition, und um den sektiererischen Zerfall vorzubeugen.

CENTRE DE DOCUMENTATION CRITIQUE

PARIS
März 79

Mit folgendem Brief stellt sich eine neue Initiative in Frankreich vor und deckt damit wohl ein allgemeines, wichtiges Bedürfnis ab:

Die modernen Formen von Herrschaft, von Ausbeutung, von Unterdrückung sind heute weniger als jemals zuvor in nationalen Grenzen eingeschlossen. Schon besteht der politische Raum Europas in der Form von drei Exekutivorganen, die nach und nach installiert worden sind: der NATOkomplex, der EWGkomplex, der juristische Komplex Europas, der im Begriff steht ratifiziert zu werden – die in der demokratischen Fiktion durch die Gesetzgebungsmacht des europäischen Parlaments legitimiert werden sollen.

Auf diesen Machtsystemen artikuliert sich ein einseitiges Informationssystem von Massenmedien, deren Ziel die Aufrechterhaltung und Verinnerlichung einer Übereinstimmung mit der imperialistischen Ordnung bedeutet.

Im Anblick dieser Situation wollen wir einige praktische und theoretische Elemente des Kampfes und des Widerstandes von einem Land ins andere vermitteln.

Aus diesem Grund versuchen wir in Paris ein Zentrum kritischer Dokumentation (Centre du Documentation Critique Internationale) einzurichten, wo eine Sammlung von ausländischen Publikationen, Zeitungen und Bulletins, die kaum oder nicht zu finden sind, die von allen interessierten Personen benutzt werden können.

Wir adressieren uns hauptsächlich an die, die in der Verteilung von Analysen und Informationen einen undogmatischen, kritischen und radikalen Standpunkt einnehmen (seien sie Marxisten, "kritische" Marxisten, Anarchisten, libertäre Bewegung, oder nicht etikettiert. . .).

Allerdings haben wir zu diesem Versuch weder Kredite noch Unterstützung. Wir verfügen nur über einen Ort und treffpunkt, wo sich Militante (Militant heißt in Frankreich: aktiv - politisch- tätig sein!), Mitarbeiter von Stadtteilgruppen, Mitglieder unterschiedlicher Kollektive (Schulgruppen, Rechtshilfegruppen, Frauengruppen, usw.) treffen können: ein Buchladen für alle.

Wir appellieren also an eure Mitarbeit, indem wir euch auffordern, wenigstens ein Exemplar eurer Publikationen ab jetzt uns zu schicken, die den interessierten Leuten mehrere Tage in der Woche zur Verfügung gestellt werden können. Wir glauben, daß dieser Versuch nicht nur dazu dient, euren Wirkungskreis zu vergrößern und ein Interesse an eurer Arbeit zu wecken; wir hoffen auch, er wird die Möglichkeit eines Informationsaustausches erwecken, wie die von Diskussionen und Bekanntschaften.

CENDOCRI, Centre de Documentation Critique Internationale, Librairie La Commune, 11 rue Barrault, 75013 Paris, Tel. 00331/ 580 08 71

HARRISBURG – DIE SCHEISSE STRAHLT UND STRAHLT

Harrisburg
9. April

Ein Frankfurter Genosse, der angesichts der Katastrophe im US-Atomkraftwerk "Three Mile Island" bei Harrisburg in die USA flog, schickte uns folgenden Bericht, den wir überarbeitet haben:

Vor der Landung reißt die Wolkendecke auf, die Ausmaße der Stadt New York erschrecken mich. Doch es war dann ganz einfach, den Platz zu finden, wo die Demonstration angekündigt war. Viele Passanten helfen mir weiter. Im World Trade Centre nirgendwo ein Plakat, nirgendwo eine Wandbesprüht wegen Harrisburg, keine Plaketten – wieviele wohl kommen werden?

Meine Enttäuschung kennt keine Grenzen: ein paar hundert Demonstranten ziehen mit Fahnen und Spruchbändern um eine der größten Banken der Welt herum. Das Gebäude ist mehrere hundert Meter lang und breit, ringsherum Wolkenkratzer. Doch es scheint hier niemand an Selbstbewußtsein und Entschlossenheit zu mangeln. Die Organisatoren haben direkt vor dem Eingangsportal die Rednertribüne aufgebaut. Auch der eisige Sturm, der mehrmals Leute mit ihren Spruchbändern zu Boden reißt, scheint niemand abzuhalten. Etwa eine Stunde lang zieht der Zug immer wieder um das Bankgebäude vehement und anklagend die Parolen, die bis spät nachts um elf durch die Straßenschluchten hallen: Nie mehr Harrisburg, Schließung von Indian Point (AKW 20 km von New York weg), Schließung aller Atomkraftwerke!

Die Menge ist inzwischen auf dreitausend angewachsen, viele haben sich spontan angeschlossen, aus den Kneipen und von den Bürgersteigen wird eifrig zugestimmt und immer wieder: shut them all down! Der Sturm zerreißt die Worte – oder war es: shoot them all down!?

Tausende Fäuste recken sich gegen das Bankgebäude.

Auf alten Flugblättern der Mobilizers for Survival, einer der drei kleinen Umweltgruppen in New York, ist noch von Moratorium, Reformen und 'die AKw's sicherer machen' die Rede. Hier ist davon nichts mehr zu hören. Die Redner decken in einer sehr ungeschminkten direkten Sprache die verantwortungslosen Machenschaften der Regierung bei Atomtests und der Atomenergieprofiteure beim Bau und Betrieb ihrer Anlagen auf. Wir wollen und brauchen sie nicht und werden auch für die Atomkatastrophe nicht bezahlen (bisher wurden allein 700 Mill. dafür ausgegeben)!

Auf den endlos langen Straßen und neben den Hochhausriesen des World Trade Centers komme ich mir, obwohl der Zug jetzt auf mehrere tausend Leute angewachsen ist, doch noch immer etwas verloren vor, doch um mich herum herrscht eine etwas andere Stimmung – auf der einen Seite Zorn, Wut und Betroffenheit über den Unfall und kämpferische Aufbruchstimmung.

Seither gab es fast jeden Tag in New York Veranstaltungen und Demonstrationen. Es geht dabei immer wieder um Harrisburg, die Stillegung der Reaktoren im Staat New York und darum, die Inbetriebnahme von einem Versuchsreaktor der Columbia Universität in Manhattan zu verhindern.

Im Bus von New York treffe ich viele, die vor einer Woche geflohen sind und jetzt zurückkehren. Eine Schülerin sagt, von ihrem College seien 3/4 abgehauen. Middletown zählte vor dem Reaktorunfall nur wenige hundert Seelen, es liegt unmittelbar in der am schlimmsten betroffenen 5-Meilen-Zone. Die meisten Häuser sind immer noch verlassen.

Am Freitag, als das Risiko einer Explosion im Reaktor nochmal sehr nahe rückte, befahl der Gouverneur die Evakuierung der Vorschulkinder und schwangeren Frauen. Ein Konvoi von 26 Schulbussen schob sich aus der Stadt, danach kamen gleich die eilig mit dem notwendigsten beladenen PKWs der übrigen Bewohner, die eigentlich in den Häusern bleiben sollten, für die so eine Art Ausgangssperre bestand. Ähnlich war es in den anderen Ortschaften in der 5-Meilen-Zone. Insgesamt dürften etwa eine viertel Million Menschen im Umkreis von 30 Meilen geflohen sein. Die meisten Kneipen und Geschäfte hatten geschlossen, mangels Kunden oder weil sich die Angestellten auch abgesetzt hatten. Eine Stahlfirma in Harrisburg konnte nicht mehr weiterarbeiten. Geschlossen waren auch der Flughafen, der Bahn- und Busbahnhof, weil die Angestellten nicht mehr zur Arbeit erschienen. Vor allem diese Tatsache belegt die Unglaubwürdigkeit der Evakuierungspläne der Regierung, die nur darauf beruhen, die Menschen aufzufordern, mir ihren Autos das Gebiet zu verlassen. Dies führt jedoch zum Chaos und zur Verstopfung der Straßen, Unfälle, Panik . . . Öffentliche Verkehrsmittel sind nicht mehr verfügbar, weil ihre Bediensteten ebenfalls ihre Familien in Sicherheit bringen wollen. Ebenso sieht es bei Feuerwehr und Zivilschutz aus. Arbeitslose und Ghettobewohner hätten ohne Auto eh keine Chance! Um das Desaster der ganzen Atompolitik auch in diesem Bereich nicht offenkundig werden zu lassen, konnte die Regierung gar nicht die Totalevakuierung anordnen.

Angeblich ist den acht kontaminierten Arbeitern im Atomkraftwerk nichts passiert, die Radioaktivität wurde "abgewaschen", und sie sind o.k.. Einer erzählt, er sei mit seinem Job zufrieden und kaute mir aus der Styroporbox sein Essen vor, sagte dann: Ich verstehe nichts davon, aber ich glaube wirklich an die Atomenergie. Ich frage, wie er das meint: weil wir sie brauchen.

In Philadelphia gibt mir jemand den Tip, daß am Sonntag in allen größeren Städten Demonstrationen stattfinden würden – auch in Harrisburg. Er gab mir Adressen. Schon am frühen Morgen herrscht hektische Aktivität. Laufend melden sich Leute und fragen, was sie tun können. Es sind Hausfrauen, Leute jeden Alters, oder solche, die früher mal hier gewohnt haben.

Die Pressekonferenz der Bürgerinitiative in Harrisburg ist gut organisiert, der Info-Tisch enttäuscht allerdings. Nichts von der bei uns bekannten Anti-AKW-Literatur, es gibt nur ein Flugblatt über Niedrigradioaktivität, ein paar Plaketten, Unterschriftenlisten, die ein Moratorium fordern. Nach einer Stunde haben sich etwa 1000 Leute vor dem Sitz des Gouverneurs versammelt. Viele Familien mit ihren Kindern, Leute jeden Alters und aller mittelständischen Berufsgruppen sind gekommen.

Die Redner zeichnen noch einmal sehr genau auf, wie nah alle hier am Rand einer großen Katastrophe standen, wie verantwortungslos die Atomfirmen und die Regierung die wirkliche Gefahr heruntergespielt haben.

Die Regierung wurde aufgefordert, endlich ihr technologisches Vietnam einzugestehen. Alle Redner, zum Teil erst engagierte Atomgegner seit dem Unfall, Wissenschaftler und Honoratioren aus der Gegend, wiesen darauf hin, daß man auf die Einsicht der Regierung und der Wirtschaftsbosse nicht mehr warten kann, sondern selbst handeln muß.

DIE ATOMINDUSTRIE GEHT ÜBER LEICHEN. GEHT SIE AUCH ÜBER ROTE ZAHLEN?

Chicago/
Harrisburg
5. April

David Moberg hat für "In these Times", eine linke Zeitung in Chicago, über die Atomindustrie nach Harrisburg geschrieben:

Die Atomindustrie wackelt

Wenn der teilweise "Meltdown" im Atomkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg der Atomindustrie in den USA das Genick bricht, dann nur indirekt deswegen, weil die Angst und die Besorgnis wegen der Gefahren der Atomenergie unendlich gewachsen sind. Vielmehr wird der Unfall die Entwicklungen vorantreiben, die schon vorher erwarten ließen, daß AKWs ganz einfach schlechte Investitionen sind. Diese Entwicklun-



Demonstrierende Harrisburger vor dem Amtssitz des Gouverneurs von Pennsylvania

gen sollten auch daran erinnern, daß Entscheidungen über Atomenergie — und Energie überhaupt — nie einfach ökonomische sind, sondern politisch-ökonomische, und das sollten sie auch sein.

Die Atomindustrie steht schon seit einigen Jahren auf wackligen Beinen. Aufträge für neue AKWs sind seit 1973 drastisch zurückgegangen: letztes Jahr sind nur zwei neue bestellt worden, und neunzehn bereits angekündigte Aufträge wurden gestrichen. Dieses Jahr sind noch weitere gestrichen worden, darunter letzte Woche einer im Staat New York. Der Rückgang der Aufträge bedroht die Zukunft der Atomindustrie. Firmen, die Reaktoren bauen, stellen Überlegungen an, auszusteigen, und qualifizierte Ingenieure überlegen sich, woanders hinzugehen.

Der eine Grund für den Rückgang: die Elektrizitäts-Nachfrage ist nichtso schnell gewachsen, wie die Branche es in den letzten fünf Jahren vorausgesagt hatte. Die bestehende „Reservekapazität" von 37 %, obwohl 20 % ausreichen, spricht nicht gerade für die Notwendigkeit neuer Elektrizitätswerke. Weil Atomanlagen nur etwa 12% unserer Elektrizität (und weniger als 1 Prozent unserer gesamten Energie) liefern, meinen einige Beobachter, die Stromversorgung wäre sogar gesichert, wenn die meisten AKWs stillgelegt würden, wenn die AKWs bloß geographisch ein bißchen gleichmäßiger verteilt wären, anstatt sich in den Staaten Illinois, New York und South Carolina zu massieren.

Auch bereits existierende und im Bau befindliche AKWs stehen vor schweren und wahrscheinlich wachsenden wirtschaftlichen Problemen. 1972 kostete ein Pfund aufbereitetes Uranerz (sogenanntes "yellowcake") im Direktkauf ("spot market") etwa 19 Mark; heute ungefähr 84 Mark. Sogar die Preise im Rahmen von langfristigen Kaufverträgen sind auf 33 Mark geklettert; für 1985 wird mit 55 Mark gerechnet. Relativ billiger Brennstoff — billig zum Teil wegen indirekter Subventinen vom Staat — war der Vorteil der Atomindustrie und ist immer noch der Hauptgrund für die geringeren Kosten von Atomstrom pro Kilowattstunde (nach den Zahlen des Energieministeriums von 1977: 2,6 Pfennig im Gegensatz zu 3,2 Pfennig von Strom von modernen Kohlekraftwerken) Aber das größte Problem sind nicht die steigenden Urankosten und die geringen Mengen des verfügbaren Brennstoffs, solange es keine Brüter gibt. Das Problem sind die Kapitalkosten des Kraftwerkbaus. Atomare Kapitalkosten sind hoch. Das Energieministerium schätzt sie auf 1,66 Pfennig pro Kilowattstunde produzierten Stroms, d.h. 60 % der Gesamtkosten (Vergleich: 1,22 Pfennig = 36 % bei Kohlekraftwerken). Es ist sehr wichtig, daß von 1972 bis 1977 die Kapitalkosten eines AKW-Neubaus um 25 % in Jahr zugenommen haben, beinahe dreimal so schnell wie die allgemeine Inflationsrate (nach Charles Komanoff, einem führenden Ökonomen für Atomwirtschaft, der für den Beirat für ökonomische Prioritäten — Council on Economic Priorities — arbeitet). Zwar sind auch die Kosten für Kohlekraftwerke gestiegen, aber die Steigerung bei den AKWs von 1970 bis 1975 war zweieinhalb mal schneller. Komanoff sagt, daß ein durchschnittliches AKW, das 1979 fertig wird, wahrscheinlich 1,89 DM pro Kilowatt-Kapazität kosten wird, verglichen mit 1,22 bei Kohle. Schätzungen der Versorgungsunternehmen liegen niedriger, aber auch sie sagen einen Anstieg von 50 % in den Kapitalkosten zwischen 1980 und 1985 voraus, so daß der Preis pro Kilowatt-Kapazität dann doppelt so hoch sein wird wie 1977. Man muß sich klarmachen, daß die Kosten im Durchschnitt , nach Richard Pollock von "Critical Mass", sowieso schon das Doppelte dessen betragen, was die Schätzungen vor ein paar Jahren besagten. Die Kosten-

steigerungen haben verschiedene Ursachen, aber ein großer Teil ist direkt oder indirekt auf den Druck der Öffentlichkeit wegen Sicherheitsproblemen zurückzuführen. John Crowley, ein Manager für fortgeschrittne Verfahren bei der Firma United Engineers, hat berechnet, daß die Umweltschutz- und Sicherheits-Auflagen, die zwischen 1967 und 1978 hinzugekommen sind, 395 Millionen Mark Mehrkosten – am Beispiel eines 1000-Megawatt-AKWs, das 1978 fertig wurde – verursacht haben. Damit könnte so ein AKW so an die 1,425 Milliarden Mark kosten.

Die Sicherheitsprobleme verteuern die AKWs nicht nur, weil mehr und bessere Schutzsysteme eingebaut werden müssen, sondern sie verlängern auch die Zeitspanne zwischen Baugenehmigung und Fertigstellung, die seit den Anfängen der Branche von 5 bis 6 Jahren auf 10 bis 12 Jahre gestiegen ist. Nach der Studie eines Parlamentsbüros (Congressional Budget Office) kostet jeder Monat Verlängerung dieser Zeitspanne etwa 19 Millionen Mark. Die hohen Zinsen, die die Versorgungsunternehmen bei der jetzigen Inflationsrate zahlen müssen, verschärfen diese Schwierigkeit noch. Denn gegen die steigenden Versorgungskosten mit Strom, Gas, Wasser usw. gibt es sowieso immer mehr Opposition, und in den meisten Bundesstaaten dürfen die Versorgungsunternehmen die Kosten von laufenden Bauarbeiten nicht in ihre Bereitstellungspreise hineinnehmen.

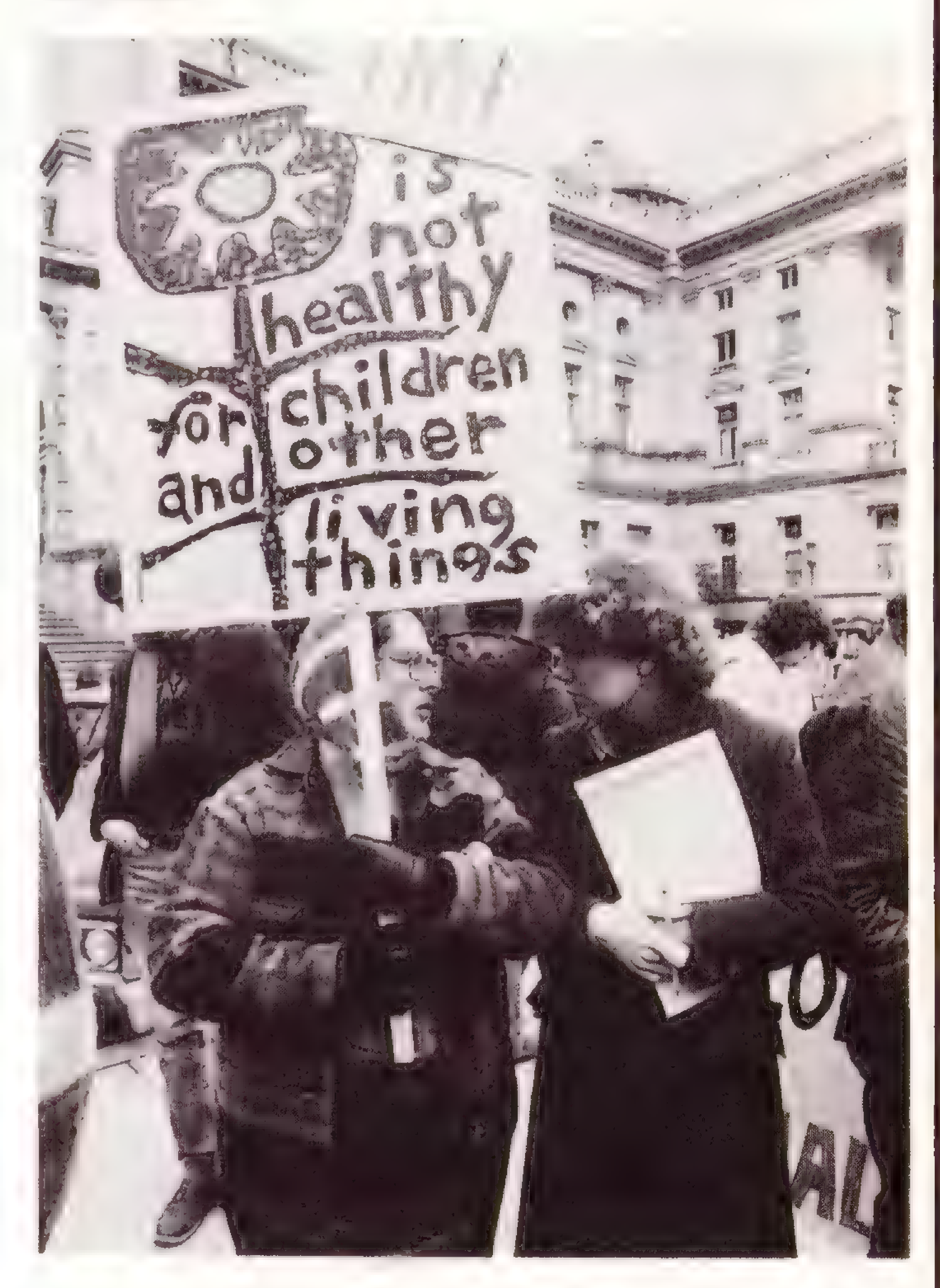
Der Harrisburg-Unfall durchkreuzt die „dringende" Sanierung der Atom-Profite

Um diese Kosten zu verringern, hat die Branche auf schnellere Genehmigungsverfahren und weniger öffentliche Beteiligung bedrängt. Die Regierung Carter unterstützt sie dabei. Im wesentlichen sind Carter und sein Energieminister Schlesinger der gleichen Meinung wie die Branche, daß die Atomindustrie eine „reife" Branche sei, deren „Lernkurve" flacher wird (die also nicht mehr viel zu lernen hat), so daß man die ganzen Genehmigungsverfahren vereinfachen kann.

Noch bevor dem Unfall von Three Miles Island wurde dieses Argument im Januar stark angeschlagen. Die Aufsichtsbehörde (Nuclear Regulatory Commission) wies nämlich die Ergebnisse ihrer eigenen Reaktorsicherheits-Studie (Rasmussen-Report) zurück, in der versucht wird, die Wahrscheinlichkeit gefährlicher Unfälle klar zu bestimmen. Dementsprechend „muß die Wahrscheinlichkeit eines möglichen katastrophalen Reaktorunfalls wieder als ‚unbekannt' betrachtet werden", sagte die Parlamentsstudie (vom Congressional Budget Office) im Februar. Der Unfall von Three Mile Island bestätigte diese Unsicherheit umso stärker, als einige der ernstesten Probleme dieses AKWs im Rasmusssen Report noch nicht einmal einbezogen waren, zum Beispiel die potentiell explosive Wasserstoffwolke, die Zerstörung wichtiger Anzeige-Geräte durch Strahlung, und das Problem eines verlangsamten Kühlwasserflusses durch einen teilweise geschmolzenen Reaktor, das sich erst am Schluß entwickelte. „Darüber müssen wir ernsthaft nachdenken", sagt der Atomingenieur Crowley. „Es gibt tonnenweise Papier mit Forschungsergebnissen und doch ist etwas passiert, an das wir nie gedacht hatten."

Probleme der Instandhaltung und Sicherheit haben im Lauf der Jahre zu einem anderen großen ökonomischen Problem beigetragen: dem der Verläßlichkeit von Reaktoren. Anstatt wie vorausgesagt mit 80% Auslastung, funktionierten Atomreaktoren von 1973 bis 1976 nur mit etwa 55% Auslastung. In den letzten zwei Jahren ist es ein bißchen mehr geworden, aber die zusätzlichen Kapitalkosten für Atomreaktoren bedeuten trotzdem, daß die Festkosten und Zinskosten der Stromherstellung stark in die Höhe gehen, wenn die Auslastung sinkt.

Welchen Einfluß wird der Unfall von Three Mile Island auf diese Kosten haben? Man kann sicher annehmen, daß die Dauer der Genehmigungsverfahren größer, nicht kleiner wird. „Kein AKW ohne Baugenehmigung wird künftig gebaut werden", sagt Komanoff eindeutig, und zudem, daß genehmigte und sogar im Bau befindliche AKWs vielleicht gestoppt werden. Zweifellos werden die Sicherheitsanforderungen erhöht, manche Sicherheitssysteme bereits bestehender AKWs vielleicht umgebaut wobei Bau- und Stillstandszeit eine Menge Geld kosten. Weitere Kosten, die auf die Atomindustrie zukommen, sind: Veränderung der Funktionspläne, wesentlich erhöhte Qualitätsmaßstäbe auf allen Stufen der Produktion, höhere Kosten von Arbeit und Material bei der Ausrüstung, und striktere Beaufsichtigung durch die NRC. Mehr öffentliche Aufmerksamkeit dürfte ausserdem zu häufigeren Abschaltungen führen, denn „die einzelnen Schritte, die zu diesem Unfall führten, passieren bei uns jeden Monat, obwohl dies das einzige Mal war, wo sie zu einem meltdown weitergegangen sind", nach Marc Messing vom Environment Policy Center (eine Art Öko-Institut in Washington). All das führt zu verminderter Kapazitätsausnutzung und höheren Kosten.



Es wird auch einen größeren Druck geben bei der Kostenanalyse geplanter Atomanlagen, die Kosten der Entsorgung und der Demontage („decommissioning"; das ist der Abbau eines AKWs, das nach 30jähriger Betriebszeit ausgedient hat) mitzurechnen. Die Entsorgung ist noch immer ungelöst, und kein AKW ist jemals demontiert worden (das kostet noch einmal so viel wie der Aufbau!). Daher, sagt Messing, „würde ich so aus der Hand sagen, die Kosten von AKWs dürften etwa zwei bis drei Mal so hoch liegen wie heute." Die Aktien der Atomindustrie sind denn auch nach dem Unfall enorm gefallen, aber viele Investoren hatten schon längst vorher die Lust an der Atomindustrie verloren. Bestimmt wird es eine Riesen-Werbungsanstrengung geben, um die Amerikaner davon zu überzeugen, daß wir Atomkraft brauchen, obwohl sogar eine komplette Stillegung der AKWs im Moment nur eine geringe Steigerung der Ölpreise (Komanoff: 5%) und der Strompreise bedeuten würde – und dieser Nachteil könnte eventuell aufgewogen werden durch Erhaltung von Resourcen, stärkere För-

derung der Kohle, bessere Ausnutzung der verschiedenen Versorgungsnetze und verschiedene erneuerbare alternative Energien.

Auch die ökonomischen Probleme sind Erfolge der Ökologie-Bewegung

Wenn aber die Atomindustrie wirklich durch ökonomische Probleme auf die Knie gezwungen wird, dann sind es die Bewegungen für Umweltschutz, Sicherheit und einfach gegen Atomkraft. Sie haben eine ganz andere ökonomische Berechnung durchgesetzt, eine Berechnungsweise, die unsere biologische und soziale Umwelt miteinbezieht, die von der Atomindustrie als „äußere" Faktoren betrachtet werden.

Vorerst hat das Versogungsunternehmen Metropolitan Edison, das das AKW Three Mile Island betreibt, ein paar Extraprobleme: es braucht 1,14 Milliarden Mark täglich, um woanders Strom zu kaufen; es verliert beinahe 1,9 Milliarden, wenn das AKW nicht wiedereröffnet werden kann (was wahrscheinlich ist), möglicherweise kostet das Aufräumen der ganzen Scheiße ein paar hundert Millionen Mark, und dann kommt eine Flut von Schadensersatzprozessen.

Der pennsylvanische Staatsparlamentarier Harold Brown, dessen Wahlkreis in der Nähe von Harrisburg liegt, kämpft dagegen, daß die Versorgungsunternehmen die Kosten des Fiaskos auf die Öffentlichkeit abwälzen. Er will garantiert sehen, daß die Bewohner eines Kreises (county) abstimmen können, ob ein AKW dort gebaut werden darf. „Die Aktionäre machen den Gewinn", sagt er – „sie sollten also auch den Verlust bezahlen, wenn sie falsch investieren. Das Leben ist zu kompliziert, als daß man solche Entscheidungen wie ein AKW zu bauen ein paar Politikern überlassen kann, auch nicht ein paar hundert. Die Leute haben kapiert, daß die Experten eigentlich gar nicht wissen, wovon sie reden. Aber die Firmen und das Parlament wollen die Entscheidungsgewalt nicht ernsthaft dem Volk anvertrauen. Was wir jetzt brauchen, ist der radikale Geschmack reiner Demokratie."

Solche eine „reine Demokratie" würde wahrscheinlich das Ende der Atomkraft bedeuten. Aber sogar die jetzt bestehende Demokratie hat die Kosten der Atomkraft so in die Höhe getrieben, daß auch die Kapitalisten ihre Liebesaffaire mit der „friedlichen Nutzung der Atomkraft" überdenken müssen.

Kontakte: „In these Times", 1509 North Milwaukee Avenue, Chicago, Illinois 69622, USA; Tel.: 001-312 / 489-4444; „Environmental Policy Institute", 317 Pennsylvania Avenue, South East, Washington, D.C. 20003, USA; Tel.: 001-202 / 544-8200.

GEFAHR IM VOLLZUG

ERKLÄRUNG ZUM HUNGERSTREIK

SEIT DEM 8. DEZEMBER HABE ICH KEINEN ANDEREN GEFANGENEN MEHR GESEHEN, GESPROCHEN, GEHÖRT, GEFÜHLT...

Frankfurt 17. April *Seit dem 16. 3. 1979 stehen die Gefangenen Karl-Heinz Dellwo, Heinz Herlitz und Harry Stürmer im Hungerstreik. Sie fordern die Schließung des Isolationstraktes in der JVA Celle I, Aufhebung der Isolation. Harry Stürmer schreibt dazu:*

Ich bin am 14. 3. 79 mit der – bereits am 10. 12. 78 gestellten und bis jetzt unbeantworteten – Forderung nach völliger Integration in den normal-beschissenen Vollzug in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, obwohl ich die Wirkungskraft dieses letzten Druckmittels auf unseren menschenfressenden „Wir-sind-wieder-wer"-Staat nicht gerade hoch einschätze. Da ich aber ohnehinständig kotzen muß, wenn ich die dreckigen und und dämlichen Politikerlügen über die Haftsituation von politischen Gefangenen in der bürgerlichen Presse unwidersprochen abgedruckt finde, ist das nicht das Entscheidende.
Entscheidend ist vielmehr, daß ich am 8. 12. 78 neben Heinz Herlitz und Karl-Heinz Dellwo nach Celle in einen mit Millionenaufwand auf den neuesten technischen und psychologischen STand gebrachten Terror-Trakt gebracht worden bin (offizielle Begründung vom Kammergericht Berlin: ich habe „in der Tat in der Hauptverhandlung vor dem Senat (meine) Mißachtung vor der Verfahrensordnung und die Ablehnung der bestehenden staatlichen Ordnung zur Schau getragen".)
Seit dem 8. Dezember habe ich (für Heinz und Karl-Heinz gilt dasselbe) keinen anderen Gefangenen (sprich: Menschen) mehr gesehen, gesprochen, gehört, gefühlt . . . .Darüberhinaus darf ich weder den beiden noch sonstigen politischen Gefangenen schreiben. Jeder Schritt außerhalb der Zelle wird von 3 – 6 Beamten und zahlreichen Videokameras beobachtet, aufgezeichnet. ‚Glücklicherweise' komme ich aber gewöhnlich an jedem Tag ohnehin nur einmal aus dem Isolationssystem Zelle raus, um ein eine Stunde lang – allein – in einem etwa 4 x 20 m großen übernetzten und videobestückten Mauerkäfig Sauerstoff zu tanken. Wenn ich danach die Betonzelle wieder durch die Tresortür betreten habe, kann ich meine mauergepeinigten Augen mit einem Blick durch das von innen nicht zu öffnende Panzerglas‚fenster' auf eine Sichtblende aus Holz verwöhnen . . .
Um sich eine Vorstellung von den Auswirkungen (psychisch und physisch) dieser jetzt seit mehr als 3 Monaten unverändert an dauernden Totalisolation machen zu können, muß man nicht erst selbst Versuchsperson in diesem ExperimenTIERprogramm zur Zerstörung der Persönlichkeitsstruktur und politisch-menschlichen Identität gewesen sein, oder die Untersuchungen über Sensorische Deprivation und brainwashing studiert haben – wie die Bonner Planer dieser Programme.
Das Bild vom Werner Hoppe unmittelbar vor seiner Haftentlassung sagt da mehr als Worte – oder das von Astrid Proll, als sie 1974 nach viereinhalb Monaten unter den gleichen Bedingungen als haftunfähig entlassen werden mußte (und heute also gute Aussichten hat, sich unter eben diesen Vernichtungsbedingungen wiederzufinden).
Ich will mit dem Hungerstreik bzw. durch die Öffentlichmachung der unmenschlichen Bedingungen in Celle gleichzeitig verhindern helfen, daß sich dieses neue alte Vernichtungsmodell klammheimlich weiter ausdehnt (und nach der Einweihung durch politische Gefangene dann jeweils auch bei einem Teil der anderen

staatlichen Gefangenen angewandt wird) — während dann 30 Jahr e später dann alle wieder seufzen: das haben wir nicht gewußt, das in diesen Terrortrakten Menschen vernichtet weden werden . . .
Freiheit für alle — (& Glück & Liebe & Preßlufthämmer)

Kontakt: Harry Stürmer, JVA Celle, Celle, Zelle-Folterhölle
RA Th. Crasemann, 1 Berlin 30, Potsdamerstr. 96,
Tel.: 030 / 261 65 61

Dem Hungerstreik der drei Gefangenen im Toten Trakt von Celle haben sich auch Norbert Frühauf, Jürgen Middelhoff, Wellington Sikiti und Lutz Taufer in der JVA Schwalmstadt angeschlossen. Irrtümlicherweise — ich kann nicht mehr herausfinden, wie und warum — war im ID 277 ihr Hungerstreik in Zusammenhang mit der Verlegung von Herbert Soffel in das Knastkrankenhaus nach Kassel gebracht worden.

ZUSAGEN FÜR GÜNTER SONNENBERG

S tuttgart
5. April

Günter Sonnenberg, Roland Mayer und Siegfried Haag befanden sich vom 24. 1. bis zum 9.3. im Hungerstreik mit folgenden Forderungen: Sofortige Rückverlegung Günters und Gewährung des bisher üblichen gemeinsamen Hofganges zusammen mit Roland und Siegfried / oder Normalvollzug für Günter (Günter Sonnenberg war kurz zuvor von Stammheim in den Bruchsaler Knast verschleppt worden, wo er total isoliert wurde. Da minimale menschliche Kontakte für den schwerverletzten, eigentlich haft- und verhandlungsunfähigen Günter Sonnenberg lebensnotwendig sind, bedeutete diese Maßnahme ein Angriff auf sein Leben und seine Gesundheit). Nachdem sich 33 weitere politische und soziale Gefangene dem Hungerstreik angeschlossen hatten und zum Teil zusätzlich in den Durststreik getreten waren, gab das Justizministerium von Baden-Württemberg den Anwälten von Günter Sonnenberg folgende Zusage:

1. Günter Sonnenberg wird nach seiner Genesung von den Folgen des Hunger- und Durststreikes in eine JVA in Baden-Württemberg verlegt, und zwar nicht auf die Krankenstation.
2. Er erhält grundsätzlich die normalen, üblichen Haftbedingungen eines Strafgefangenen, insbesondere: Keine Unterbringung im Sondertrakt, sondern auf normaler Station; üblicher Hofgang und Freizeitveranstaltungen; keine Auswahl von Mitgefangenen seiner Gefangenengruppe, insbesondere nicht nach politischen Kriterien („Symphatisantenkriterien").
3. Die einzigen Einschränkungen gegenüber Normalvollzug sind: baulich gesicherte Zelle (d. h. keine Fußleisten, kein bröckelnder Putz o. ä.); Kontrolle nach jedem Kontakt mit Mitgefangenen, jedoch nur durch Abtasten über der Kleidung (kein Aus- oder Umziehen); zunächst wegen der Kopfverletzung keine Teilnahme am Fußballspiel, dafür andere Sportart.
4. Günter Sonnenberg darf an einer Therapie teilnehmen.

Daraufhin wurde der Hunger- und Durststreik abgebrochen. In einem Brief vom 31. März beschreibt Günter Sonnenberg seine Haftbedingungen:

„Die Situation ist halt jetzt, daß das Baden-Württembergische Justizministerium an Rechtsanwalt Heinisch und Rechtsanwalt Fischer am Freitag, den 9. März 79 die Zusagen über meine künftigen Haftbedingungen versichert hat (das Justizministerium weigerte sich allerdings, bei diesen Gesprächen einen schriftlichen Vertrag über meine zukünftigen Haftbedingungen zu fixieren, „weil diese Zusagen als Vertrag zu verstehen sind und es keinen Grund gibt, und außerdem unüblich ist, diese zugesagten Haftbedingungen zu fixieren", — dieses Gespräch wurde von den beiden Rechtsanwälten auf der einen Seite und von Jung, dem Stellvertreter Rauschenbachs, der oder die über unsere Haftbedingungen in Baden-Württemberg zuständig sind).
Nur die Situation, oder vielmehr meine Situation in Hohen Asperg, ist natürlich alles andere als Normalvollzug. Nur einmal am Tag habe ich nur Kontakt zu anderen Gefangenen vom Krankenrevier, wo ich immer noch drin bin und das ist beim einstündigen Hofgang. Danach werde ich, wenn ich wieder in meine Zelle komme, wieder abgetastet. Der Hofgang ist eine Stunde am Tag. Beim Hofgang sind zwei Weißkittel (Sanitäter) dabei, das ist erst seitdem ich beim Hofgang dabei bin, vorher war immer nur einer dabei. Außerdem steht regelmäßig auch noch ein Dritter hinter einem der Fenster und kuckt und notiert, mit welchem Gefangenen ich zusammen bin und mit wem ich rede.
Nach jedem Kontakt (beim Hofgang, nach der Kirche am Sonntag und nach jeder Diskussion mit dem katholischen Pfarrer, die immer dienstags nachmittag und ca. eine Stunde lang dauert) werde ich immer abgetastet. Ansonsten bin ich als einziger Gefangener in der Station weiterhin in einer Einzelzelle.
Die Anstaltsleitung weigert sich, mir mehr Kontakt mit den Gefangenen in dieser Station zuzulassen, „weil das in der Krankenabteilung nicht üblich ist". Als einziger Gefangener bin ich aber weiterhin (in dieser Abteilung) in einer Einzelzelle.
Also bis auf Hofgang, Diskussion und Kirche bin ich weiterhin in Isolation. Umschluß mit den anderen Gefangenen in der Station wurde von der Anstaltsleitung abgelehnt, weil „es sowas in der Abteilung nicht gäbe oder üblich sei".
Mir wird jetzt immer wieder zugesichert, daß, wenn ich in nächster Zeit in ein normales Gefängnis zurückverlegt werde, daß mir dort dann die Zusicherungen des Justizministeriums gegeben würden.
Wann ich wieder in ein anderes „normales" Gefängnis gebracht werde, hängt jetzt davon ab, ob jetzt in nächster Zeit diese Plastikkappe an meinem Schädel angebracht werden kann. Bis jetzt bewegt sich da aber noch nichts, d. h. aus irgendwelchen Gründen können bisher weder die notwendigen Voruntersuchungen und dann natürlich auch die Operation nicht. Aber dazu werde ich im nächsten Brief was sagen.
Heute habe ich jetzt mit Becker, einem der Anstaltsärzte von Asperg, geredet und gesagt, daß ich, wenn es aus irgendwelchen Gründen noch einige Zeit dauert, bis diese Voruntersuchungen und die OP gemacht werden kann, ich schon vorher von hier in ein normales Gefängnis verlegt werden will, um auch endlich in diesen mir zugesicherten Normalvollzug zu kommen.
Von dieser Meldung (gemeint ist die Meldung von den angeblich geplanten Selbstmorden) von der du da redest, habe ich auch ge gehört. Die Folge war, daß um Asperg und den Knast herum welche vom Grenzschutz patroullie (ich glaub, das schreibt sich irgendwie anders) liefen und möglicherweise auch noch laufen. So, das reicht mal für heute, ich tus nicht mehr kontrollieren, weil jetzt gleich das Licht ausgeht. Du wirst es trotz Fehler lesen können. Ne feste Umarmung, Günter"

LEYLA BOCOOK HAT HAFTVERSCHONUNG

FRANKFURT
5. April '79

Leyla Bocook, die seit September 1978 im Knast Frankfurt-Preungesheim saß und der "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" verdächtigt wird, hat uns kurz geschrieben:

„Bin seit dem 22. Februar auf Haftverschonung raus. Bekomme jetzt Spezialuntersuchungen für eine Blutkrankheit, die ich seit über eineinhalb Jahren habe, und die im Knast ziemlich ausgeartet ist. Habe Auflagen: zweimal wöchentlich melden, Papiere abgeben etc."

Kontakt: Rechtsanwalt Edgar Liebrucks, Große Eschersheimer Str. 43, 6 Frankfurt 1, Tel.: 0611 - 28 77 66.



SIBYLLE STRAUB IST FREI

Frankfurt 17. April Seit nunmehr neun Monaten, genau seit dem 24.6.78 saß Sybille Straub in Isolationshaft in Stammheim. Grund: Eine angeblich belastende Aussage ihres Verlobten Herrmann Feiling, der am 23.6.78 beim Hantieren mit Sprengstoff durch eine Explosion beide Beine und das Augenlicht verlor (siehe ID Nr. 273). Bei ihrem letzten Haftprüfungstermin am 22. März wurde Sibylle Straub gegen Stellung einer Kaution und mit verschiedenen Auflagen (sie muß sich u.a. täglich bei der Polizei melden) aus dem Knast entlassen.

Es gibt eine Dokumentation zu Sibylle Straub und Herrmann Feiling: „Wendet das Blatt bevor es welkt". Sie enthält auch Beiträge zu Silvia Herzinger aus Frankfurt. Diese Broschüre ist zu erhalten über

Politische Buchhandlung, Marstallstr. 11a, 69 Heidelberg 1, Tel.: 06221-29153

"KURZFRISTIGE BEEINTRÄCHTIGUNGEN DURCH DIE POLIZEI"

Hamburg 8.März *„Damit ihr mal seht, wie das MEK (Mobile Einsatzkommando) arbeitet, hier ein Bericht aus Hamburg":*

Neuhof, ein Wohngebiet mit preisgünstigen, alten Wohnungen und guten sozialen Kontakten unter den Bewohnern, soll abgerissen werden für die Erweiterung des Hafengeländes. In diesem hafennahen Wohngebiet haben mal Tausende von Familien gewohnt. Heute wohnen dort nur noch ca. 50 Familien, zum größten Teil ausländische Kollegen. Auch diese werden in Kürze aus diesem Gebiet, welches schon total zerstört ist, vertrieben werden. Das gesamte Gebiet (es gehört der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA) wurde von der Stadt Hamburg gekauft, damit der Welthafen Hamburg sich weiter ausbreiten kann und den Firmen weiter ihr Profit gesichert bleibt, wodurch angeblich ja auch Arbeitsplätze gesichert werden.

Klar wird dann jedem, daß ein Wohngebiet, in dem nur noch wenige ausländische Familien wohnen, sich gut eignet, um neue Sachen, die nicht jeder Bürger mitbekommen soll, auszuprobieren.

So dachte es auch das MEK.

Als wir ahnungslos durch das — nicht abgesperrte — Wohngebiet zogen, um noch Sachen aus leerstehenden Wohnungen zu retten, trafen wir auf bürgerkriegsähnliche Zustände.

Vor einem Hinterhofeingang standen Mannschaftswagen, ein Gerätewagen und die dazu üblichen Spitzelfahrzeuge. Fahrzeug - Nr.: weißer Benz HH - ZN - 604, weißer BMW HH - ZH - 842, weißer Ford Taunus HH - JC - 1264.

Wir gingen in einen Hinterhof und sahen MEK-Bullen mit Maschinenpistolen, kugelsichere Westen, rundum mit allem, was zu ihrer Standardausrüstung gehört. Einige MEK-Bullen waren gerade dabei, eine große Leiter vom Fenster zu ziehen, zwei andere sprachen uns an. Was wir hier wollten — und: wir sollten abhauen. Als wir sagten, wir wollten mal sehen, was hier passiert, und daß wir draußen an der Tür einen Zettel mit folgendem gelesen haben:

> Liebe Bürger,
> Die Polizei führt in der Nähe Ihrer Wohnung eine Übung durch. Bitte haben Sie für kurzfristige Beeinträchtigungen Verständnis. Sollte es jedoch zu Belästigungen kommen, teilen Sie uns dieses mit. Wir werden für Abhilfe sorgen.
> Ihre Hamburger Polizei",

wurden sie stinkig. Der MEK-Bulle griff mir in meine Klamotten und schrie, wenn wir nicht gleich fluchtartig abhauten, würden sie uns dabei behilflich sein. Wir bekamen Angst und verließen fluchtartig den Hinterhof. Draußen auf der Straße war inzwischen ein MEK-Bulle dabei, sich unsere Autonummer zu notieren. Im Wohngebiet selber trafen wir noch einzelne MEK-Bullen, die u.a. mit Hammer und Nägeln bewaffnet waren. Wahrscheinlich, um die schon zum Teil zerstörten Wohnungen wieder dicht zu machen, um dann ihren geplanten Einsatz ohne die große Öffentlichkeit durchführen zu können. Die MEK-Leute ballerten auch eifrig mit Übungsmunition herum.

Nachdem die neuen Gesetze im letzten Jahr den Bullen die Durchsuchung ganzer Häuserblocks rechtlich ermöglichen, wenn die sogenannte "Gefahr im Verzug" ist, proben sie erst ihren Einsatz. Seid wachsam, wer weiß, wo das MEK überall sein Trainingslager aufschlägt.

Wiebke

Anbei noch der Briefkopf des MEK:

Polizei
Spezieller Kriminaldienst
FD 653
Hindenburgstr. 45, 2000 Hmb. 60

Wer hat ähnliche Beobachtungen in anderen Städten gemacht?

Kontakt über ID, Stichwort POLIZEIFEST.

LOU REED IN DER OFFENBACHER STADTHALLE „IT'S SO COLD IN ALASKA"

Offenbach
7. April

Frostiger Freitagabend in Offenbach. Parkplatzsuche, vorbei an den riesigen Trucks für das Equipment zum dunklen abgesperrten Vorplatz. Eintritt eine LP, dafür dürfen wir einzeln in die Gehege: Schafe im Wolfspelz. Ein letzter Check noch durch die besoffene, lumpenproletarische security guard; Banane genehmigt, die Flasche unter dem Mantel. Dann dürfen wir die Traumhalle betreten, zwei Stunden lang unter Aufsicht unsere Sinne schärfen und die ganze Scheiße von „drüben" vergessen. Science fiction.

Zweimal wurde Lou Reed angesagt, er wollte oder konnte nicht kommen, (zuletzt, weil er in Rom zusammengeschlagen wurde), jetzt erschien er vor etwa 2000 Leuten in der Stadthalle, die Hälfte davon GI's.
Ich weiß nicht, ob jemand noch Lou Reed kennt, er geht schließlich auf die 40 zu. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre war die Hofkapelle Andy Warhols, „The Velvet Underground" mit Lou Reed etwas, was es vorher noch nicht gab und die Platte mit der Banane war ein Renner. „The Velvet Underground" löste sich in Einzelunternehmen auf, gemeinsam blieben der schlechte Stil und die schwachen Nerven, auch bei John Cale.
Anyway, nachdem Reed die Leute in Frankfurt zweimal verarscht hatte, konnte er keinen rosa Rosenstrauß erwarten. Seine Angst vor Attentätern, die vielleicht keiner puren Paranoia entstammt, sorgte gleich für eine weitere Provokation: die Lichter im Saal blieben an. Daß man sich für die 22 Mark nicht einmal in Ruhe seinen Joint rauchen und sich den Sensationen der light-show überlassen konnte, machte das Publikum so sauer, daß das Licht schließlich doch etwas abgedreht wurde. Reed sang unkonzentriert, manche Lieder mit der Zigarette, nach Luft schnappend. Für einen Titel lang gelang ihm das Rocken, dann ging ihm die Puste aus oder er hatte keinen Bock mehr. Vergebens schrien ihm zwei Frankfurter Schwule immer wieder zu: Sex! Sex! Sex! er schaffte bestenfalls seine angehende Pensionärshaltung zu verbergen, sein Go-Go Gehabe vertrug sich mit seinem Bäuchlein kaum noch. Es kam immer wieder etwas Musik durch, das machte die Sache nur noch bitterer. Als er dann nach den vertraglich abgesicherten 59,5 Minuten good night sagte, konnten wir es nicht fassen. Niemand ging, großes Geschrei. Ein Manager erschien: „Lou ist sehr sauer. Wenn jemand seine Musik nicht mag, der soll's lassen und weggehen. Er macht jetzt 10 Minuten Pause und kommt dann wieder und ich glaube es wird dann kein Problem mehr geben".
Laßt uns die Szene nochmal ablichten: kalter Abend in Offenbach am Main in Germany, eine Stadthalle zum Kotzen, gefüllt mit jungen Freiwilligen aus Nord-Amerika, Bauern- und Arbeitersöhne aus Iowa, aus Wyoming oder auch aus New York, vollgestopft mit uppers und downers, 10 dollar bezahlt, um diesem Vertreter der East-Coast Dekadenzia zuzuhören, einem reichgewordenen junkie, einem Anführer der hedonistischen Revolution, der mehr Typen umgelegt hat, als ein Vietnam-Held. Ein überempfindlicher, alternder New-Yorker Freak, von seiner Plattenfirma gezwungen an diesem Abend in der Offenbacher Stadthalle seinen Kopf zu riskieren, traf also auf Leute, die seine Kinder sein könnten, sang und erzeugte Schwingungen, über deren Tiefen - und Langzeitwirkungen weniger bekannt ist, als die der radioaktiven Strahlen.
Nach halbstündigem Geschrei kam Reed tatsächlich zurück. Er brachte wieder eine Nummer auf die Beine, die einen die Scheiße beinahe vergessen ließ, dann brach er die Show ab; solange da irgendeiner in den vorderen Reihen nicht aus dem Saal geht, wollte er nicht mehr weitermachen. Gleich zu Beginn ließ er schon einige durch seine security guard rausschmeißen, jetzt ließ er den Scheinwerfer auf einen der GI's richten. Als er nicht ging, stellte Reed das Publikum vor die Wahl — und wurde nach Hause geschickt. Kaum hatte er ihm den Rücken gekehrt, schon flog der erste Stuhl auf die Bühne und es flogen noch ein paar Hundert hinterher. Die Band verschwand, zwei Roadies versuchten zaghaft, die Bühne zu verteidigen.
Meist GI's, vielleicht 150 an der Zahl, begannen systematisch die Sitze zu zerstören, die Bühne mit dem Rest zu bewerfen und einige Hi-fi-türme runterzureißen. Der Rest von 1000 Leuten stand herum und überließ die Arbeit den Amis. Stellenweise entstanden kleinere Gruppenschlägereien, die Altamont nicht nachstanden, bei denen aber seltsamerweise keiner totgeschlagen wurde.
Nach einer viertelstunde erschienen dann zehn Grüne, die sich vor die Bühne stellten. Der Einsatzleiter versuchte vorschriftsmäßig einen der Störer festzunehmen, angesichts der voll aufgedrehten GI.s mit Nahkampfausbildung siegte jedoch seine Angst über sein Pflichtbewußtsein und er blies zum Rückzug.
Als die MP endlich eintraf, standen die meisten GI's nur noch herum nach der gewonnenen Schlacht und warfen die Fäuste in die Luft: „Rock 'n Roll! Rock 'n Roll!"
Ein Blick auf den Zeitplan von Reeds Tournee, worauf sich die Reibach-Männer von Mama-Concerts inzwischen einlassen: 13 Konzerte in 13 Städten Europas, innerhalb von 2 Wochen, verordnet von der Plattenfirma — bißchen zuviel für einen alternden Rauschgiftabhängigen. Ich glaube, es war nicht zuletzt ein Generationskonflikt: die Mehrheit seines Publikums war etwa 20 Jahre jünger und in einem Alter, das kein Mitleid mit einer nervenschwachen Primadonna empfindet. „The Village Voice" schreibt zu Reed: „May be Reed wants to be a superstar . . . he's in no need of restraint any longer, or sympathy". (Vielleicht will Reed ein Superstar sein . . . er braucht keine Zurückhaltung mehr und keine Sympathie.) Darauf lautete in Offenbach die Antwort: fuck yourself!
Hier wird eine Generation wie ein Stück Scheiße behandelt: sie stecken drei Stundenlöhne von dir ein, lassen dich von besoffenen Pennern herumschubsen, von einem frustrierten Egoisten verarschen und von den grinsenden Grünen des zweiten Reviers aus dem zerschlagenen Traumhaus wieder auf die Straße werfen. Laut Frankfurter Rundschau vom letzten Montag wurde Reed nach dem Konzert festgenommen, das Konzert in München platzte. Das bringt hoffentlich genug PR für ein Heimspiel mit LP. (P.S Dabei ist er gar nicht so schlecht!)



MILCHBAND — SONGS AUS DEM SOZIALGHETTO

Ffm
16. April

Eine Siedlung im Osten von Frankfurt — früher Obdachlosen-Siedlung, heute "Sozialbau" genannt. Eine Siedlung wie viele andere rund um Frankfurt, dort gelegen, wo absolut nichts los ist, wo die Stadt häßlich ist, wo keiner mehr wohnen würde, wenn er genug Geld hätte — ein Ghetto.

In dieser Siedlung gibt es eine Spielstube und ein jahrelang erkämpftes Jugendzentrum. Hier entstanden Bands, die in ihren Texten und in der Musik das ausdrücken, was die Leute in ihrer Siedlung denken und empfinden. Diese Kinder und Jugendlichen haben einen Weg gefunden, sich auszudrücken — so

auszudrücken, daß man sie vielleicht auch draußen, außerhalb ihres Ghettos, versteht. Ihre Lieder sind ein Sprachrohr für die Wünsche und die Schwierigkeiten, mit denen sie sich jeden Tag herumschlagen müssen: Krach in der Schule, Ärger mit der Lehrstelle, Arbeitslosigkeit, kein Geld, Krach mit den Eltern, Kontrolle durchs Sozialamt . . .

Der Beginn dieser Bands waren die "Chopper", eine Gruppe von älteren Jugendlichen — von ihnen sind auch die meisten Lieder eines Hefts, das für 2 Mark zu haben ist. Ihr Nachfolger ist die "Milchband", Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 11 und 14 Jahren, die jetzt die Arbeit der "Chopper" fortsetzen. Von ihnen sind die Lieder "Charly" und "Die Schule ist beschissen".

Demnächst wird diese Band zusammen mit der Theatergruppe des Jugendzentrums ein Musical machen.
Kontakt: Jugenzentrum in der Borsigallee 8 - 10, 6000 Frankfurt

Nachfolgend einer der Songs:
ICH WOHN' IN EINER GEGEND

Ich wohn' in einer Gegend
für Menschen ist's verwegen
in dieser Gegend wohnt nur
der Abschaum der Natur

So hört man Leute reden
in anderen Gegenden
denn die wissen nur
wie's zu Haus ist in ihr'm Flur

Man hört die Leute sagen
die tun sich zwar ganz gut vertragen
aber trotzdem bleibt es nur
der Abschaum der Natur

Weil die meisten ja nicht wissen
wie's bei uns ist, wie beschissen
reden sie aus Dummheit nur
den größten Blödsinn der Natur.

KULTURFÖRDERUNG IN ALLEN GOSSEN

Es kommt nicht aus Verstärkern, sondern direkt von einer Klarinette, einem Klavier, oder gar aus einer Kirchenorgel (igitt). Disc-jockeys würden einen Defekt an der kostbaren Anlage vermuten und im Supermarkt hätte man es gar nicht mitbekommen.

Wer hierin unsere Mängel sieht, ist nicht der Zuhörer. Es sind jene, die hierzulande von berufswegen (und kaum jemals aus Berufung) über die "Marktchancen", Gedeih und Verderb eines jungen Hungerleiders entscheiden. Dies ist mehr denn je ein Markt um seiner selbst willen. Künstlerische Ambition ist hier ein Fremdkörper undman gibt damit eine lächerliche Figur ab. Wer es sich nicht erklären kann, warum die 60'er Jahre kulturell so bewegt waren, während man sich selbst noch am Ende dieses Jahrzehnts an deren Nachgeburten die Finger blutig saugt, ohne daß etwas Neues publiziert wird, soll sich bei diesen Leuten die Adressen manch derer geben lassen, die hier nur den Ausgang fanden. Natürlich gibt es in all diesen Institutionen immer noch einige wenige, von denen der anbietende Künstler nicht zum Bittsteller herabgewürdigt wird. Mancher von ihnen sieht seine Berufswahl sogar noch mit der sozialen Verpflichtung zu ernsthaftem Engagement verknüpft. Ein derart unzeitgemäßes Verhalten läßt einen jedoch für diese Posten im selben Maß entbehrlich werden, in dem man der weiteren Stabilisierung der kulturellen "Endlösung" entgegenwirkt, wenn nicht dieser Posten selbst schon zu einer Farce geworden ist und sich dessen Bedeutung nur noch in Bezug auf die ermunternden Schilder zur Unterscheidung der Zimmertüren als nützlich erweist.

Man kann die Verantwortung für unsere totale Kulturflaute allein auf diese Seite schieben. Wir erleben die Lebendigkeit der hiesigen Kulturszene und wie sie von jeglicher Unterstützung ausgeschlossen wird. Unsere persönlichen Erfahrungen auch mit dem Publikum reichen zumindest aus, um festzustellen, daß man nach Abwechslung Ausschau hält und noch schneller etwas derartiges aufnimmt, als wir das z.B. von unserer Musik selbst erwartet hätten. Das Werbefernsehen und die sonstige Medienverdummung (hier spreche niemand mehr von einem Schlagwort) trägt an uns allen zwar schon Früchte: So hält man den möglichen Konzertbesucher z.B. durch ein "Eintritt frei" eher fern, als ihn zu locken und alle wollen immer gleich ganz genau wissen, wie man denn sowas neues zu nennen hätte, damit eine neue Schublade aufgetan werden kann. Dies aber sind Symptome, die wir in anderen Bereichen leider auch an uns selbst beobachten. Wirklich schlimm ist manchmal nur, wenn zur Versicherung, ob sich hier denn auch etwas Bedeutendes entwickelt hat, von den Erzeugern erwartet wird, daß sie das Maul auch recht weit aufreißen und sich mit zünftig deutschem Totalitätsanspruch und Todesernst (so a la Josef Beuys) hinter "ihre Sache" stellen. Verzeihung, aber das ist Plattenboßideologie und liegt uns nicht so. Wir kennen im Leben noch was anderes als Musik, auch wenn unsere Ergebnisse so manchen gefährdeten Charakter vielleicht zum Größenwahn oder zur "Verklärung" verleiten würden und wir die Eigenproduzenten unserer persönlichen Lieblingsmusik sind.

Zu dieser Musik

Am Begriff "neu" ist inzwischen zurecht eine gewisse Lächerlichkeit hängen geblieben. Auf unsere Musik bezogen ist er in mancherlei Hinsicht sogar ein Anachronismus, an anderer Stelle bekommt er wiederum seinen Inhalt zurück. Die Musik entwickelt sich ohne irgendeine Vorausplanung ausnahmslos in der Improvisation. Das erinnert sofort an Free Jazz, mit dem jedoch kaum eine Verwandtschaft entsteht. Die Stücke wirken eher wie ausgearbeitete Kompositionen unter unbelasteter Verquickung aller erdenklichen harmonischen und dissonanten Ausdrucksmöglichkeiten der Musikgeschichte, jedoch ohne eklektizistische Tendenzen, wie bei sogenannten "Bach-Jazzern" oder "Avantgarde-Rockern". Das Klanggeschehen ist so weit "aufgeknackt", daß lehrmeisterliche Anleihen meist keine Eigenwertigkeit mehr besitzen. Der Wille zur Eigengestaltung war bei uns rechtezitig stark genug, um auf autodidaktischem Weg den wachsenden Nachteilen einer all zu intensiven "Musikerziehung" (das Wort entlarvt sich selbst), die wir auch genießen durften, ausweichen zu können. Auf dem Konservatorium (siehe letzte Klammer) haben wir im wahrsten Sinne des Wortes nichts verloren.

Eine besondere Gemeinsamkeit besteht bei uns im Zustand während des Spielens. Im Idealfall hat er etwas von völliger Gedanken- und Gefühllosigkeit. Die Ergebnisse werden stets um so überzeugender, je gelöster wir sie eingespielt haben. Unsere Musik wächst also mit dem Mut, auf bewußte Steuerung zu verzichten. Gerade dann scheint die Erfahrung zur Verhütung von Irrwegen und die wirkliche Eigensubstanz mit

ganzer Kraft herauszukommen und beim späteren analytischen Abhören befällt uns oft ein Gefühl angenehmer Distanz, ein bißchen so, als wenn die Instrumente uns gespielt hätten und nicht umgekehrt.

Worauf wir aus sind, ist nicht Ehrfurcht, sondern lustbedingter "Hausgebrauch". Zwischen Computer- und all den anderen Spezialisten wollen wir nicht so enden, unsererseits wiederum nur den Musikspezialisten die Kompetenz für den Umgang mit unserer Musik zu überlassen. Der Hörer braucht ganz gewiß nicht über unsere musikalischen Voraussetzungen zu verfügen, um dieser Musik folgen zu können. Wer schon seine Stirn in Falten legt, hört sie kaum noch. Das Unterscheidungsvermögen zweier voneinander verschiedener Töne und ein bißchen Überdrüssigkeit des "Depro-Sound" sind dagegen schon von Vorteil.

Wir hoffen, daß der eine oder andere Leser weiß, warum wir diesen Artikel hier veröffentlichen und uns auf diesem Weg mal irgendeine Hilfe zuteil wird. Aufmunternde Worte von teilweise berühmten Leuten haben wir genug gehört, aber ansonsten ist, außer Spesen, nicht viel gewesen. Jetzt verkaufen wir eine Kassette zum bedauerlichen Preis von 35,- DM (in winziger Auflage), damit wir wenigstens mal etwas von unserem Minus abtragen können

Jak Reis/Gecco Lorenz

Interessenten und Helfer empfange ich in den nächsten Wochen jeweils Sonntags von 12 - 13 Uhr in meiner Wohnung:

G.Lorenz
Ohmstr. 31
6000 Frankfurt 90 (Bockenheim)

ANTI-CITY CIRCUS

Amsterdam
12. April

Am 28., 29. und 30. April wird auf der Waterlooplein im Herzen Amsterdams, wo früher der Flohmarkt stattgefunden hat, ein ‚Anti-City Circus' organisiert werden. Die Waterlooplein wird von den Regierenden als zukünftiges Verwaltungszentrum der Region Amsterdam betrachtet. Aus diesem Grund hat man die Straßenhändler und die Einwohner der Waterlooplein schon von dort verbannt und alles abgerissen.
Im letzten Jahr hat die Nachbarschaft der Umgebung der Waterlooplein eine Initiative gestartet und mit einem Anti-City Circus gegen Stadtplanung und Rathauspolitik protestiert, deren Folgen im gesamten östlichen Teil der City zu spüren sind.
Auch in diesem Jahr soll ein Anti-City Circus stattfinden, auf dem ein Park entworfen werden soll, außerdem soll ein Kinderzoo errichtet werden, eine Skateboard-Bahn und ein Demonstrationsmodell der Rathauspläne, die das Ausmaß der Pläne vor Augen führen sollen. Auch an Musik und andere Veranstaltungen ist gedacht.
Im Kampf gegen die Zerstörung der Umwelt würden die Initiatoren gerne mit Leuten zusammenkommen, die Erfahrung in alternativer Technologie und Energie besitzen, um sie gegen die Pläne für das neue Rathaus zu verwenden.
Interessenten sollen (auch wegen Unterkunft) schreiben an:
Antonia Bosshard, Groenburgwal 15a, 1011 HR Amsterdam
Tel.: 020 – 225855 (Kaffeebar ‚Roodmerk')
020 – 245979 (abends)



PODIUMSDISKUSSION ZUR UNTERSTÜTZUNG VON CHRISTIAN SIGRIST

Münster
28.Mai

Christian Sigrist, Soziologieprofessor in Münster wurde in erster Instanz vom Münsteraner Schöffengericht wegen Verunglimpfung des Staates, Beleidigung und Volksverhetzung zu 5.400 DM, ersatzweise Haft verurteilt. Anlaß für die Anklage waren die Äußerungen Sigrist auf einer Podiumsdiskussion am 5.5.76 in Stockholm. Er charakterisierte die BRD als ein Land mit faschistischen Tendenzen, für die die Berufsverbote und EX–Nazis in führenden Positionen typische Indizen seien. Sigrist legte gegen dieses Urteil Berufung ein.
Zu seiner Unterstützunq findet am 27. April in Münster eine Podiumsdiskussion mit dem Thema ‚Wissenschaftsfreiheit heute – Zensur und Kriminalisierung' statt.
Kontakt: AStA der PH Münster, Scharnhorststr. 100, 4400 Münster
Tel.: 0251/46830 0der 42029



PROZESS WEGEN BEZEICHNUNG TODENHÖFERS ALS „KETTENHUND DES FINANZKAPITALS"

Kaiserslautern
10. April

Am 11. Mai 1979 findet beim Amtsgericht Kaiserslautern ein Prozeß gegen Genossen statt, die den entwicklunqspolitischen Sprecher der CDU Todenhöfer auf einem Wandplakat als „Kettenhund des Finanzkapitals" bezeichnet hatten. Zur Prozeßvorbereitung wird jegliches Material gesucht, das geeignet ist, die Beleidigungsklage des MdB begründet abzuweisen. Es gilt nachzuweisen anhand von Reden, Interviews etc. daß Todenhöfers entwicklungspolitisches Treiben einzig und allein im Auftrag und zugunsten des Finanzkapitals erfolgt. Zur Unterstützung der Genossen wird eine rege Prozeßbeteiligung erwünscht und erwartet.

Kontakt: Ingeborg Schulte, 6750 Kaiserslautern, Benzinorring 35

Ein toter Indianer ist ein guter Indianer:
die Devise, der die USA ihre Existenz verdanken.
Keine AKW's sind gute AKW's:
die Devise mit der diese USA-Menschen überleben wollen.

(Foto von Burkhard, der in Harrisburg war)



TUTTLINGEN KEINE NEUEN NAZIS!

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, kurz NPD genannt, will am 6. Mai in der „Festhalle" ihren Landesparteitag durchführen. Leute aus der Region wollen dagegen demonstrieren und in der ganzen Stadt Tuttlingen über die alten und neuen Nazis diskutieren. – Kontakt: *Kneipe „Valentin", Donaustr. 16, 7200 Tuttlingen; Tel. über Joachim 07461 / 73787 oder Hans 07461 / 75822.* Spendenkonto des antifaschistischen Arbeitskreises Tuttlingen: Postscheck Stuttgart 113315-702.

Münster Dokumentation: Peter-Paul-Zahl-Seminar verhindert

Im Wintersemester 1978/79 wurde ein Seminar an der Universität Münster über Peter-Paul Zahl nicht genehmigt. Der betroffene Lehrbeauftragte Jörg Scheibe protestierte öffentlich dagegen – sein Lehrauftrag für das Sommersemester wurde nicht verlängert.
Über diese Vorgänge an der Uni Münster gibt es also eine Dokumentation. Im Sommersemester wird im Auftrag des ASTA ein Zahl-Seminar durchgeführt.
Kontakt: Jörg Scheibe, Laer 4, 44 Münster, Tel.: 0251/314745

Kassel Plakat zum Jahr des Kindes

„oh selig – oh selig ein kind zu sein" heißt ein Plakat der edition Katharina + Xenia Fiebig, Querallee 38, 3500 Kassel, 0561/77429. Pro Stück kostets 5,–, ab fünfzig Stück nur noch 2,50 DM.

Bonn Dokumentation zu Schülerzeitungszensur

Gegen eine Zusendung von 3,- DM in Briefmarken kann man bei uns die Broschüre „Schülerzeitungszensur in NRW, am Beispiel der FIASCO" haben. Wer will, kann zusätzlich die letzte FIASCO bekommen.

Kontakt: DE SCHNÜSS, Bonner Stattzeitung, Schülerredaktion, Wilhelmstr. 3, 5300 Bonn 1

ERFAHRUNGSBERICHTE AUS STADTTEILAMBULANZEN

DÜSSELDORF 6. April „Hoffentlich gibt's in Düsseldorf bald eine Stadtteilambulanz! Wir wollen's jedenfalls versuchen, finden es aber völlig unnötig, gemachte Fehler wiederholen. Deshalb benötigen wir dringend Erfahrungsberichte aus laufenden Projekten. Vielleicht habt Ihr auch ein paar ganz heiße Tips für uns. Ihr bekommt Eure Unkosten ersetzt. In der Hoffnung, daß wir schneller vorankommen, und Eure Arbeit noch mehr Früchte trägt, freuen wir uns auf Eure Post.
Eva Kenkenberg, Cranachstraße 6, 4000 Düsseldorf 1."

Hameln Sitzen, Blockieren, Wachen, Mahnen

Nachdem sich AKW–Gegener aus dem Weserbergland und Hameln die Köpfe über die eine oder andere Art von Aktionen heißgeredet hatten, entschlossen sie sich am 30. April zweierlei zu machen: zum Prozeß des Grohnde-Angeklagten Gerd Kovacs versammeln sich erst alle AKW–Gegner um viertel nach neun und gehen zum Gericht. Dazu werden einige Gruppen in der ganzen Stadt und am AKW Grohnde Mahnwachen abhalten, während andere vor dem Hauptteil des Grohnder Atomkraftwerks zeigenwollen, daß sie nicht nur damals bereit waren, mit Sitzblockaden die einfahrenden Lastwagen anzuhalten.–
Kontakt über den Buchladen, Neue Marktstr. 17, 3250 Hameln, Tel. 05151/26161

Neues aus dem Bilderdienst

Der Burkhard vom ID war in Harrisburg gewesen und hat dort Fotos gemacht. Die ihr über den Bilderdienst bestellen könnt. Fotos von Solidaritätsveranstaltungen und Demonstrationen in New York und anderswo (Goldsboro, Middletown).
Die Fotos kosten 5 .-, damit er ein bißchen Geld für seine Unkosten zurückbekommt.
Ansonsten noch einmal eine Liste von allen Fotos, die wir von Aktionen zu Gorleben haben:
Kirchenbesetzungen in Berlin, Karlsruhe, Hamburg (Petrikirche), Baumpflanzung auf dem Stuttgarter Markt, Demonstrationen in Offenbach, Frankfurt, Wyhl, Berlin, Treck auf Hannover, Flaschenaktionen in versch edenen Städten (Berlin, Frankfurt), und natürlich von der großen Monsterdemo in Hannover.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID Nr. 278 Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.

4400 E 281 !?! 1
UTE LAMPING
HORNERSTR. 17
D-2800 BREMEN 1

Achtung 'iebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwieser werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

KURZES

MEDIEN

REPRESSION

UMWELT

AUSLAND

INLAND

KULTUR

HERAUSGEBER

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

Verantwortlicher Redakteur: Richard Herding,

Abonnement:
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18 - für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72.- für ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 - 602**